

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis halbjährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplizierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Prezisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedruckte und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 16. September 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Debatte über die Erbschaftssteuer.

Am Dienstag konnte Genosse Singer konstatieren, daß die Frage der Haltung der Fraktion zur Erbschaftssteuer „erfreulicherweise in den Formen“ stattfand, „in denen Meinungsverschiedenheiten unter Genossen ausgetragen sind“. Am Mittwoch ist es leider anders geworden, da eine Anzahl Genossen sich bemühten, die bisher sachliche Debatte zu persönlichem Zank und Streit zu erniedrigen. Das ist bedauerlich, es enthebt uns aber nicht der Pflicht, in aller Ruhe und Sachlichkeit das Für und Wider und die Ergebnisse der Debatte zu behandeln.

Fest steht, daß zwei Ansichten über die Sache vorhanden sind, auch unter den Mitgliedern der Reichstagsfraktion. Welche Ansicht die Majorität für sich hat, ist nicht zum Austrag gekommen, weder in der Fraktion, noch auf dem Parteitage. Inzwischen ist sicher, daß es sich nicht etwa um einen zwecklosen Streit handelt, sondern ganz sicher die Partei früher oder später von neuem vor die Entscheidung gestellt werden kann.

Zun allgemeinen dreht sich die Frage darum, ob die Vertreter der Partei auf Grund des Programms verpflichtet sind, für direkte Steuern zu stimmen. Sonderbarerweise wird die Anschauung, daß dem so sei, tatsächlich vertreten! Allerdings haben verschiedene Genossen — besonders durch Zusage — abgeleugnet, daß sie diese Anschauung vertreten, sie haben es sogar eine „Dummheit“ genannt, was indessen andere, zum Beispiel Genossen Richard Fischer nicht abhielt, sich auf diese „Dummheit“ zu verlassen, indem er erklärte, die Revisionisten stützen sich auf das Programm, wenn sie erklären, man müsse für die Erbschaftssteuer stimmen. Daß unser Programm uns dazu nicht verpflichtet, ist ja wohl durch die Genossen Singer, Wurm, Kautsky, Geyer u. a. m., die jedenfalls einige Ahnung von unserem Programm haben dürften, festgesetzt. — Wir möchten noch hinzufügen: wäre es richtig, daß tatsächlich unser Programm uns verpflichtet, für jede direkte Steuer einzutreten, so wären unsere Vertreter im preussischen Landtage zum Beispiel in sehr eigentümlicher Lage, da der größte Teil der Ausgaben des preussischen Staates durch direkte Steuern gedeckt wird. Es wäre absurd, zu behaupten, unsere Genossen seien verpflichtet, für die Erhöhung dieser Steuern unter allen Umständen zu stimmen.

Also das Programm entscheidet hier nicht, und es kann auch nicht entscheiden, da es sich um eine Frage der Taktik handelt. Ob wir der Regierung die Einführung einer neuen oder die Erhöhung einer bestehenden direkten Steuer bewilligen wollen oder nicht, hängt von einer Reihe von Erwägungen ab, die wir nach den allgemeinen Prinzipien unserer Taktik, der Taktik des proletarischen Klassenkampfes zu entscheiden haben.

Nun sagen wir — und mit uns eine ganze Reihe von Theoretikern und parlamentarischen Vertretern der Partei: da in gegebenen Falle die von der Regierung geforderte Erbschaftssteuer 1. eine absolut unzulängliche war, eine „verhufte“, eine „lumpige“ Steuer ist sie genannt worden, 2. nur ein Mittel sein sollte, um die Massen zu fördern, den freisinnigen Volksvertretern die Annahme immenser indirekter Steuern gegen ihr Prinzip zu bewilligen, 3. dazu dienen sollte, die Steigerung der Ausgaben für den Militarismus und Marinismus zu ermöglichen, so war die Ablehnung dieser Steuer geboten, und auch in zukünftigen analogen Fällen werden wir der Regierung unter solchen Umständen direkte Steuern nicht bewilligen.

Was wird nun dagegen geltend gemacht? Eine Reihe von Opportunitätsgründen. Man sagt uns, es wäre ungünstig für uns gewesen, wenn wir durch unsere Abstimmung die Erbschaftssteuer zu Fall gebracht hätten und somit gegen die Liberalen und mit den Junkern und Pfaffen gegangen wären. Die Verkehrtheit dieses Argumentes liegt auf der Hand. Wir haben nicht gezögert, mit den Pfaffen gegen die Kolonialpolitik und mit den Ueberagrariern gegen den Zolltarif zu stimmen.

Inzwischen lag hier, so wird behauptet, die Sache insofern anders, als wir dann eben mit den Junkern und Pfaffen nicht gegen einen Akt volksfeindlicher Politik gestimmt hätten, sondern gegen eine Steuer, die die Reichen trifft. Das ist ein ernsthafter zu nehmendes Argument. Aber aus schlagend bleibt hier doch unter allen Umständen der Verwendungszweck: die von den Reichen gezahlte Steuer sollte dem Staate ermöglichen, seine militäristischen Zwecke weiter zu verfolgen. Es bleibt von dem Argumente also nur eines übrig: wir hätten gegen eine „populäre“ Steuer gestimmt. Das scheint in der Tat vielen Genossen das meiste Kopfzerbrechen zu verursachen. Zum Glück aber hat die Sozialdemokratie es noch nicht verlernt, gegen den Strom zu schwimmen, wo es sein muß. Sie hat mit Recht seinerzeit das Gesetz über die Krankenversicherung bekämpft, trotzdem es populär war, und sie hat schließlich das Verständnis der Massen für ihre Haltung gefunden.

Dann wird gesagt: indem wir für die Erbschaftssteuer stimmten, verhinderten wir, daß den Massen weitere indirekte Steuern aufgebürdet wurden, also mußten wir nach dem Prinzip des kleineren Übels für die Erbschaftssteuer eintreten. Das hieße indessen, jenes an sich brauchbare Prinzip des kleineren Übels in einer Weise überzubringen, die wir nicht verantworten können. Es ist mit Recht betont worden, daß dann die Regierung einfach nur recht viel indirekte Steuern zu fordern brauchte, um für die Zwecke des Militarismus direkte Steuern mit unserer Zustimmung zu erhalten, wenn die bürgerlichen Parteien eben diese direkten Steuern bewilligen; wir wären dann einfach in unserer Taktik durchaus abhängig vom Willen der Regierung und der bürgerlichen Parteien. — Das letzte Argument lautet: Wir mußten für die Erbschaftssteuer stimmen, um die Auflösung des Reichstages zu erzwingen. Das widerspricht durchaus den Tatsachen. Es lag die Situation nicht so, daß durch die Annahme der Erbschaftssteuer die Auflösung zu erzwingen war, das hat ja die Erfahrung gelehrt!

Weitere Argumente für die Festlegung der Partei, für die Forderung, unter allen Umständen für direkte Steuern zu stimmen, sind in der Debatte nicht vorgebracht worden. Die Frage bleibt offen, sie steht zur Diskussion und sie muß entschieden werden!

Indessen ein Resultat hat die Debatte gezeitigt: die Annahme der Resolution von Berlin I, die den Kampf in schärfster Form gegen die Freisinnigen eröffnet, und damit, glauben wir, ist auch ein gut Teil des Streites über die Erbschaftssteuer erledigt. Denn soviel ist sicher, daß eines der Motive, warum von manchen Genossen die Stellungnahme der Partei für die Erbschaftssteuer unter allen Umständen gefordert wurde, darin lag, ein Zusammengehen mit den Liberalen zu ermöglichen. Nach Annahme dieser Resolution dürfte die Frage manches von ihrer Zuspitzung verlieren.

Der Kampf in Schweden.

Stockholm, den 15. September. (Privatbesuche des „Vorwärts“.)

Die Erledigung der Konflikte außerhalb des Arbeitgebervereins nimmt ihren ruhigen Fortgang. Die Bäckereiernehmer in Malmö haben ihre Forderungen zurückgezogen, so daß hier die Angelegenheit erledigt ist. In Stockholm werden Verhandlungen zwischen den Bäckermeistern und den Bäckerarbeitern geführt. Kleinere Demonstrationen fanden gestern abend gegen die Streikbrecher statt.

Die Straßenbahngesellschaften geben bisher nicht nach. Ederborg hält immer noch die Gesellschaften in ihrem Vorhaben, indem er sie als nicht unter die Vereinbarung gehörend hinstellt.

Das Rathhausgericht hat den Genossen Gustafsson zu zwei Monaten Zuchthaus wegen seiner Demonstrationen bei Liljans verurteilt. Gustafsson hatte eine Resolution zur Annahme verlesen, die eine Mahnung an die Eisenbahner, sich dem Ausstande anzuschließen, enthielt.

Der Umfang des Kampfes ist fortwährend unverändert. Das Bedürfnis nach Unterstützung ist naturgemäß ein großes.

Das Zuchthausurteil gegen den Genossen Gustafsson ist die Frucht einer unerbittlichen Klassenjustiz. Unser Genosse hatte nichts weiter verbrochen, als eine Resolution vorzulegen, die die Teilnahme der Eisenbahner an dem Ausstande wünschte. Die Justiz findet darin eine Aufforderung zur Verneinung unerlaubter Handlungen, obgleich die Resolution davon kein Wort enthält. Es stand in der Resolution nichts davon, daß nicht die vertraglichen Verpflichtungen der Eisenbahner innegehalten werden dürften; lediglich die Aufforderung zur Teilnahme am Ausstande wurde erhoben.

Ähnliche Resolutionen wurden in mehreren Streikversammlungen im ganzen Lande angenommen. Die Justiz muß sich aber auf eine größere Arbeitsleistung vorbereiten. Denn die Konsequenz des Urteils gegen Gustafsson ist, daß nicht nur derjenige, der eine solche Resolution einer Versammlung vorliest, sondern vor allem die, die die sie nachher beschließen, unter Anklage gestellt werden. Nicht das Verlesen einer Resolution, wohl aber ihre Erhebung zum Beschluß enthält logischerweise die „strafbare“ Handlung. Nicht der eine Gustafsson hat dieses Verbrechen begangen, sondern die 30- bis 40 000 Streikenden, die die Resolution einstimmig zum Beschluß erhoben, sind die „Schuldigen“. Wenn schon das Verlesen der Resolution mit zwei Monaten Zuchthaus nach schwedischem „Recht“ bestraft werden muß, welche Strafe wird das Stockholmer Rathhausgericht dann nicht für die beschließenden Massen jener Versammlung in petto haben! Das ist eine treffliche Illustration zu dem Thema, wie in Schweden die sozialen Gegerfänge „verföhnt“ werden.

Die „Liberalen“ „Stockholmstidningen“ tut sehr entrüstet über den „Vorwärts“, weil wir das soziale Pflichtgefühl jener kapitalistischen Sumpfpflanze am letzten Sonnabend unter die Lupe nahmen. Wir stellten da die Ungeniertheit fest, mit der eine Kunstkritikerin Knoll und Jall nach 17jähriger Tätigkeit entlassen wurde, weil sie die legitime Ehefrau eines Arbeiterführers ist.

Das übliche Blatt — ein würdiges Exemplar der von der indifferenten Arbeiterschaft in allen Ländern leider aus-

gehaltenen Generalanzeigerpresse — behauptet nun, diese Entlassung sei „eine reine Privatsache“, die als solche von schwedischen Blättern nicht erwähnt worden sei. Wranting bezog seine Frau werden sodann verächtlich, die Mitteilung in den „Vorwärts“ lanciert zu haben. Unserem Genossen wird dadurch in verdeckt verlogener Weise Feigheit vorgeworfen, eine Sache im Auslande zur Sprache gebracht zu haben, über die im Inlande geschwiegen wird.

Dieses schöne Programm des gelben Blattes müssen wir zerstören. Wranting hat weder unser Eingreifen veranlaßt, noch hat er unserer Redaktion eine Mitteilung von der Angelegenheit gemacht. Mit Frau Wranting, dem Opfer der sozialen Bestimmung der Kapitalistenclique, die die „Stockholms tidningen“ herausgibt und aus der Haut der Arbeiterklasse Riemen schneidet, sind wir nie in Verbindung gekommen. Auch hat sie sich nicht, weder direkt noch indirekt, an uns gewandt.

Wohl aber hatten wir ein großes Interesse daran, die soziale Moral eines Organs der öffentlichen Korruption, als welches sich jenes Blatt in den letzten Wochen entpuppt hat, ans Tageslicht zu zerren. Die Entlassung der Frau Wranting war in Stockholm längst kein Geheimnis mehr, piffen doch alle Späßen diese „Privatsache“ der „Stockholms tidningen“ von den Dächern herab. Daß die bürgerlichen Blätter nichts davon meldeten, zeugt nur davon, daß sie innerlich kreuzvergnügt über diese Wahregelung sind. Der Stockholmer „Sozialdemokraten“ hat aus Gründen, die wir nicht kennen, aber wohl erraten und billigen können, zu der Sache geschwiegen. Für uns bestand dazu keine Veranlassung. Der Fall war eben sehr charakteristisch für die Arbeiterfreundlichkeit jener Sorte Presseorgane, denen das Geld der Arbeiterklasse sehr angenehm ist, die aber in entscheidenden Stunden ihre „Unparteilichkeit“ lüften. Wobei das gewöhnliche Gesicht eines kapitalistischen Ausbeuteters entblöht wird.

„Stockholmstidningen“ hat nicht nur eine geistige Arbeiterin brutal mißhandelt, sondern auch die Zeitungsaussträger ihres Koalitionsrechts zu berauben gesucht. Das ist das wahre Gesicht eines Blattes, das seinen Leserkreis durch Vorschüben der „Unparteilichkeit“ und mit „liberaler“ Rohkäuferei in der Arbeiterschaft sucht. Leider bisher mit Erfolg. Die schwedische Arbeiterschaft hat jetzt die Konsequenzen gezogen, indem sie jene Blätter boikottiert hat. Wir haben den „Fall“ durch die Mitteilung der schollen Wahregelung der Frau Wranting ergänzt und als eine Anregung für die deutsche Arbeiterschaft erachtet, nun ebenfalls dafür zu sorgen, daß jene Presse aus ihrem Heim verschwindet.

„Stank“.

Wenn sich innerhalb der Partei die Klärung einer Streitfrage notwendig macht, gibt es eifrig-ästhetische Gemüter, die sofort über den „Stank“ zernern, der wieder einmal zum Gaudium der Gegner und zum Schaden der Partei produziert werde. Diesen „Stank“ sollen natürlich allemal die „Radikalen“ anrichten. Wobei wir uns eine Zwischenbemerkung gestatten wollen. In dem Kasseler Parteiorgan war es längst gerügt worden, daß die auf dem Boden der alten Parteigrundsätze Stehenden sich immer als „Radikale“ bezeichnen. Sie sollten doch auf diese besondere Hervorhebung ihrer grundsätzlichen Anschauungen verzichten und sich einfach Sozialdemokraten nennen. Das ist natürlich ganz unsere Meinung und die Meinung der „Radikalen“ überhaupt. Wir wollen selbstverständlich gar nichts anderes sein, als schlechthin Sozialdemokraten. „Radikale“ sind wir nur im Gegenfag zu den „Revisionisten“. Wobei man doch auch der Tatsache eingedenk sein sollte, daß gerade die Revisionisten und Sozialdemokraten immer als Leute hingestellt werden, die das „revolutionäre“ M besonders dramatisch zu rollen pflegen — ein Scherz, den man nachgerade der bürgerlichen Witzpresse endgültig abtrotzen sollte.

Doch um auf den „Stank“ der „Radikalen“ zurückzukommen, so entpuppt sich der bei näherem Zusehen jedesmal als ein revisionistischer Märchen, als eine lede Spekulation auf die Unkenntnis der Massen. So, wenn man von dem „Stank“ phantasierte, den in Dresden die Radikalen verursacht haben sollten. In Wirklichkeit ward der widerliche persönliche Skandal gerade von revisionistischer Seite inszeniert. Und den Teilnehmern am Nürnberger Parteitage wurde es vollends offenbar, in welcher unerhörten Weise man, wiederum von revisionistischer Seite, in eine sachliche Debatte den abscheulichsten „Stank“ hineinzutragen suchte.

Von den Verhandlungen des Leipziger Parteitage konnte man bis zum Dienstagmorgen mit Genugtuung feststellen, daß sie im allgemeinen völlig sachlich verlaufen waren. Natürlich wird man wieder versuchen, die Diskussion über die Erbschaftssteuer als einen „Streit um des Kaisers Bart“, also eine unnötige Debatte darzustellen. Als ob sich nicht herausgestellt hätte, daß innerhalb der Reichstagsfraktion die denkbare größten Meinungsverschiedenheiten über die Abstimmung in dritter Lesung vorhanden gewesen sind! Wenn man sich aber überhaupt darum streiten konnte, ob bei einer Abstimmung das Für oder das Gegen die Mehrheit gefunden haben würde, so ist das doch der schlagendste Beweis dafür, daß die Vertretung der Gesamtheit der Partei, der Parteitag, geradezu die unausweichliche Verpflichtung hat, in diesem Streit der Meinungen den Ausschlag zu geben. Nur Freunde diplomatischer Schleich- und Ueberumpelungspolitik könnten wünschen, daß diese Streitfrage solange ungelöst bleibt, bis sie in der Fraktion vielleicht

durch eine knappe Mehrheit entschieden wird, die möglichst weise nur eine Zufallsmehrheit ist, von der man aber in jedem Falle nicht weiß, ob diese Mehrheit sich auch mit der Mehrheit der Partei selbst deckt! Man war also den Fraktionsmitgliedern geradezu Dank schuldig, die die Streiffrage vor das Forum des Parteitag gebracht hatten! Ueber „Indiskretion“ oder „Verren an die Öffentlichkeit“ sollte doch nur der klagen, der es einer demokratischen Partei für würdig erachtet, daß selbst schwerwiegendste Meinungsdivergenzen innerhalb der Fraktion künstlich der Kenntnis und dem Mitbestimmungsrecht des Parteitag entzogen werden! Das mag der Taktik des Zentrums oder des Magdan-Freisinn's würdig sein; die Sozialdemokratie aber möge allezeit vor solch korruptierender Geheimniskrämerei bewahrt bleiben!

Die Debatte blieb auch, trotz aller Gegenfähigkeit der Anschauungen und trotz aller Leidenschaftlichkeit der Redner, sachlich, bis Genosse Richard Fischer Gelegenheit fand, unter größlicher Verdröhnungen der Tatsachen seine Invektiven gegen die von ihm bitter gehäßte „Vorwärts“-Redaktion in die Öffentlichkeit zu schleudern. Die Fraktion und der Parteivorstand sollten vom „Vorwärts“, so halluzinierte Fischer, beleidigt und herabgesetzt worden sein. Selbst, daß gerade Richard Fischer diese Entdeckung machen mußte, die bis dahin offenbar sowohl dem Parteivorstand wie allen inzwischen zum Wort gekommenen Mitgliedern der Fraktion entgangen war! Diese Ehrenkränkung und Herabwürdigung bestand in einer streng sachlichen und in der Form überaus gemäßigten Kritik unseres Kampfes gegen die Reichsfinanzreform. Diese Kritik befand sich zwar in einem Artikel, der vom Genossen Karski persönlich gezeichnet war, aber wir erklären mit der größten Bereitwilligkeit, daß dieser Artikel durch aus der Auffassung der Redaktion des „Vorwärts“ entsprang und auch auf ihren Wunsch geschrieben worden war. Wir übernehmen also jede Verantwortung für den Artikel, bestreiten aber nichtsdestoweniger dem Genossen Fischer jedes objektive Recht, aus unserer Erklärung irgendwelchen Vorwurf gegen die Redaktion zu erheben. Fischer hatte höchstens das subjektive Recht revisionistischen Verärgertseins und traditioneller Schimpffreiheit für seine unqualifizierbaren Bemerkungen. Wer Fischer kennt — und wir kennen ihn nur zu gut — wird ja auch solche Ausbrüche eines ungewöhnlich erregbaren Temperaments und sein Kostetieren mit einem sein intensives Heimatgefühl bezeugenden Ueber-Bojwarismus des Ausdrucks nicht allzu tragisch nehmen; es gibt aber immerhin auf Parteitagen Reulinge, die Fischer ernsthafter nehmen könnten, als er sich selbst träumen lassen mag, und ihret- und der Öffentlichkeit wegen sehen wir uns denn doch zu diesen Bemerkungen genötigt. Freilich war es ja ein Schauspiel für Dörfer, daß derselbe Fischer, der von „Gänserichen der Fraktion“ sprach und die Ansichten seiner Gegner einfach einen „Dreck“ nannte, Parteivorstand und Fraktion gewissermaßen für tabu, für erhaben über jede, auch die in Form wie Inhalt gemäßigteste Kritik erklären wollte! Und das tat derselbe Richard Fischer, der sich nicht genug in der Verhöhnung wissenschaftlicher Autoritäten des Sozialismus zu leisten vermag!

Trotz alledem tönen wir das geschmackvolle Auftreten des Genossen Fischer auch diesmal ignoriert haben, wenn er nicht wieder einmal gar so lässlich bewiesen hätte, daß der Staat, um in dem unwillkürlichen Jargon Fischers und seiner Freunde zu sprechen, jedesmal von revisionistischer Seite ausgeht, von jenen Leuten, die nachher über die Parteischädigung durch „Stänkereien“ so beweglich zu kammern pflegen!

Leipzig, 15. September.

In seinem

Schlusswort zum Parlamentarischen Bericht

wußte Ledebour zuerst sein Temperament in geradezu bewundernswürdiger Weise zu zügeln, obwohl ihn doch dieser und jener Diskussionsredner — und gar oft nicht gerade loyal — attackiert hatte. Erst als man ihn auch jetzt wieder durch Zwischenrufe mit Absicht reizte, und als Genosse Dr. Frank der subjektiven Meinung seines Fraktionsflügels in erregten Zwischenrufen partout zum Durchbruch verhelfen wollte, erst da ging Ledebour gegen David, Frank und deren nächste Nachbarn so scharf an, daß es haben und dröhnen zu stürmischen Unterbrechungen kam. Genosse Robert Schmidt, der im Bunde mit seinen Freunden so oft den „guten Ton“ in der

kleine Zusammenkunft mit Sinaida Jutchenko in Berlin.

Von Wladimir S. Burgew.

Ich will hier die Gesichte der außergewöhnlichen Zusammenkunft erzählen, die ich vor kurzem in Berlin hatte. Angesichts zu Angesicht sah ich einen agent provocateur, einer Frau, einem neuen Agent im Unterrock gegenüber. Viele Stunden habe ich mich mit ihr unterhalten in dem Bemühen, in ihre Seele einzudringen und alle die nützlichen Mitteilungen über jene Sachen zu erhalten, die sie auf Grund ihrer langen Dienste dem Polizeidepartement von Grund auf kennen mußte. Während meiner Reise von Paris nach Berlin und in Berlin selber erwartete ich, während ich an den Versuch dachte, den ich zu machen hatte, daß ich auf absoluten Reagenzien stehen würde, daß mich eine Szene von mit mehr oder weniger Kunst gespielter Enttäuschung, Kränklichkeit und hysterischen Schreien, Protesten und Vertuschungen erwarteten. Die Wirklichkeit, die gräßliche Wirklichkeit hat mir etwas viel Außergewöhnlicheres beschied. Es war das erste Mal, daß das Verbrechen nicht bestürzt und beschämt vor uns floh, daß es keine Schleimwege und Winkelzüge suchte, um sich zu verteidigen und zu rechtfertigen, daß es nicht in Kränken ausbrach und nicht seine letzte Zuflucht in feigen Neubereuerungen suchte. Es häumte sich vor mir auf in seiner ganzen Schamlosigkeit und Niedertracht. Mit eitrem Zynismus gestand es...

Es ist schon mehr als ein halbes Jahr her, als ich aus einer sehr kompetenten Quelle eine peinliche Nachricht erhielt. Man teilte mir mit, daß sich in der Partei der Sozialisten-Revolutionäre schon seit mehreren Jahren ein sehr bedeutender agent provocateur befände. Man teilte mir zugleich mit, daß es eine Frau sei, ohne mir jedoch ihren Namen zu übermitteln. Mehrere charakteristische Tatsachen aus ihrer polizeilichen Tätigkeit wurden mir aufgezählt. Wer sie waren nicht bestimmt und vollständig genug, um danach die Persönlichkeit des Schuldigen festzustellen. Sie genügt nicht, um seine Spuren sofort zu entdecken. Zur selben Zeit hat die Partei der Sozialisten-Revolutionäre aus einer anderen Quelle eine ähnliche Nachricht bekommen. Sehr ungerne habe ich das Leben aller derjenigen, die infolge der Uebereinstimmung einiger dunkler Punkte in ihrer Vergangenheit und Tätigkeit mit der des unbekanntes Spitzels meinen Verdacht erregten, einer gründlichen Untersuchung unterzogen. Aber alle meine Schritte blieben lange Zeit vollständig unfruchtbar.

Ganz kürzlich erregte endlich eine Frau meine Aufmerksamkeit, die während der letzten Jahre hauptsächlich in Moskau als Revolutionärin wirkte. Ich durchforschte ihre Vergangenheit, ihr Verhalten und ihre Handlungen und ich hatte bald die Gewißheit erlangt, daß sie im Dienst des Polizeidepartements steht. Es war eine langsam vorwärtsdringende peinliche Arbeit, reich an Weisheitsfragen und Schwierigkeiten, die oftmals unüber-

Partei gerichtet hat, wußte gegen Ledebour schließlich keine leichter wiegenden Bortwürfe zu finden als: er habe sich perfide Bemerkungen erlaubt, das Schlusswort mißbraucht und dergleichen mehr. Die Wogen glätteten sich erst, als Singer geschickt vor der Mittagspause ein paar Anträge verhandeln ließ, die dazu angetan oder dazuricht vorbereitet waren, daß sie ohne Aufregung erledigt werden konnten.

Damit war das Parlamentarische abgetan... bis auf eine „Kleinigkeit“: Die Resolution der Genossen von Stuttgart, die den sieben württembergischen „Höfängern“ ein wenig den Text zu lesen wünschten. Lautlose Stille legte sich über den Saal, als Singer das Wort ergriff, um die Verhandlungen zur Resolution Nr. 49 einzuläuten. Die Stille wich gar bald freudiger Erregtheit, da Singer bekannt gab: daß der Wunsch, die Angelegenheit samentatschaftlich zu regeln, Verhandlungen herbeigeführt hat, und daß die Sieben eine Erklärung abgegeben haben des Inhalts: sie hätten nicht annehmen können, daß jener Reppelin-Ausflug zu einer monarchischen Huldigung benutzt werden würde, sonst wären sie, „der Parteitradition entsprechend, die auch für uns maßgebend ist, der Veranstaltung ferngeblieben“. — Die Stuttgarter zogen nunmehr ihre Resolution zurück, die Affäre war zu Grabe getragen und — ein paar bürgerliche Journalisten packten ihre Koffer...

Genosse Singer erwarb sich das Verdienst, diese Episode mit einem Nachwort zu versehen, in dem er sagte: daß der nunmehr erledigte Vorfall eine Richtschnur zu bleiben hat für alle Körperschaften unserer Partei!

Wir hoffen, daß diese Mahnung, hinter die sich der Leipziger Parteitags einmütig gestellt hat, sich ins Gedächtnis der Gesamtpartei etwas tiefer eingräbt als manche ähnliche, die ebenso stark unterstrichen war und trotzdem von gewissen, mit bestaunenswürdigem Gleichmut bepanzerten Genossen „vergessen“ worden ist.

Wir halten diesen Hinweis schon um deswillen für durchaus geboten, weil selbstverständlich die bürgerliche Presse, verärgert über die ihr wieder einmal entgangene Sensation, auf der Stelle ihre bekannnten Experimente erneuert zur Auseinandersetzung der Sozialdemokratie. Ist uns doch in ein Telephongespräch, das wir kurz vor Beginn der Nachmittagsitzung zu führen hatten, ein für die katholische „Königliche Volks-Zeitung“ bestimmtes Telephonat hineingeraten, das etwa folgendes in das große Kölner Zentrumsblatt gab:

„Die Revisionisten haben einen großen Sieg errungen. Nach einer persönlichen Erklärung Webels schließt die Debatte. Damit ist die Niederlage der Radikalen besiegelt. (1) Gleich darauf ein weiterer Sieg der Revisionisten: die mit so großem Tamtam in der Presse eingeleitete Höfängere-Debatte findet durch eine nichtsfagende Erklärung der Höfänger ihr Ende! Singer fügt der Erklärung wenige väterliche Ermahnungen hinzu. Die Revisionisten jubeln, die Radikalen sind niedergeschlagen. (2) Die Vorsitzführer der Berliner Radikalen, Vorgmann, Wels und der Führer der silddeutschen Radikalen, Abgeordneter Gell-Offenberg, stehen im Saale in Gruppen zusammen. Es sind höchstens noch zwanzig an der Zahl. (3) Der Radikale Kautsky sowie die Führer der radikalen Frauen, Klara Zetkin, haben überhaupt nicht gewagt, den Mund aufzuwachen.“

Am Freitag wollten die Parteitagsdelegierten — wenn irgend möglich — die Einrichtungen des großen Leipzig-Platzwärters Konsumvereins studieren. Darum mußte das Präsidium jede Minute aus; und Singer ließ kurz vor der Mittagspause noch schnell die Anträge zum Kapitel „Presse und Literatur“ begründen und diskutieren. In den Berliner Anträgen Nummer 28 und 29 sprach Wels mit dem Resultat, daß die Anregung, die Herstellung eines Abendblattes des „Vorwärts“ in Erwägung zu ziehen, dem Parteivorstand und der Preßkommission des „Vorwärts“ überweisen wurde.

Ein Antrag der Genossen von Potsdam-Dshabelland will, daß der Parteitags die russische Gegenrevolution und ihre Greuel brandmarke, daß er gegen die Umsiedelung Deutschlands durch den Jarenbesuch protestiere, den russischen Freiheitskämpfern aber Sympathie und Solidarität zusage. Nach kurzer Begründung durch Karl Liebknecht wurde der Antrag einstimmig ohne Debatte angenommen.

Die zweistündige Mittagspause dieses Sturmtages hatten die Delegierten sich redlich verdient.

windlich schienen. Ich verglich meine Ergebnisse meiner Untersuchungen mit den Meldungen, die mir von der kompetenten Quelle gemacht worden waren und es blieb kein Zweifel. Dann habe ich sofort — es war vor ungefähr drei Monaten — eine förmliche Anklage dem Zentralkomitee eingereicht. Die Vertreter des Zentralkomitees haben, nachdem sie mich gehört hatten, eine Untersuchung eröffnet. Sie kamen zu dem Schluß, daß meine Anklagen von sehr schwerem Gewicht seien und ihnen im höchsten Grade gerechtfertigt erschienen. In dessen beschloß das Komitee nicht, sie zur Kenntnis der Partei und der Öffentlichkeit zu bringen. Vielleicht erschien ihm die Verantwortlichkeit zu groß und es zögerte, irgend eine Entscheidung zu treffen. Wider meinen Willen und ohne mir jemals klar bewußt zu werden, stieg die dunkle Vorstellung einer tragischen Lösung, eines blutigen Endes, das den Verräter erwartete, vor mir auf. Trotz meiner Klarheit, mich nicht in die inneren Geschäfte der Partei zu mischen, entschloß ich mich in diesem Falle, das Zentralkomitee zu bitten, mir diese Frau zu überlassen, indem ich es auf mich nahm, ihren Fall endgültig aufzuheben. Die Vertreter des Zentralkomitees stellten mir einige Fragen und nach einigen Tagen der Ueberlegung teilten sie mir ihren Beschluß mit, mir die Affäre und die Person vollständig zu überlassen. Damals habe ich meinen Plan gefaßt, gerade aufs Ziel loszugehen und jede Hintertür zu vermeiden.

Ich entschloß mich, die Frau persönlich aufzusuchen, ihr meine Anklagen vorzulegen und zu versuchen, ihr ein Geständnis zu entreißen. Ich wußte, daß sie in Berlin, in Charlottenburg wohnte, und in Begleitung eines Fremdes reiste ich nach dort hin ab.

Sogleich nach meiner Ankunft in Berlin eilte ich in ihre Wohnung. Aber kaum hatte ich die Schwelle überschritten, so merkte ich, aus einigen Einzelheiten, die an sich unbedeutend waren, aber die uns bisweilen stärker beeinflussen als die großschaligsten Tatsachen, daß ich in einer deutschen Familie war, die die Jutchenko als einen ihrer Angehörigen betrachtete.

Man wird meinen seelischen Zustand, meine schmerzlichen Gefühle, meine Unruhe, meine Qual verstehen in dem Augenblick, wo ich dieser Frau, die ich noch gestern meine Genossin nannte, die schreckliche, vernichtende Anklage ins Gesicht werfen sollte, da ich sie zerschmetterten sollte in ihrer Wohnung inmitten der Jhrigen. Das erschien mir zu unmenslich und unmöglich und ich beschloß — schon im Salon — die Sache so einzurichten, daß ich mich ihr irgendwo anders erklären konnte.

In dessen hatte das Dienstmädchen, das mich in den Salon führte, mir gesagt, daß sie Madame Sina rufen werde, und ihre Stimme verriet sogleich Färllichkeit, als sie rief: „Frau Sina, ein Herr will Sie sprechen.“ Das mein Entschluß, die Erklärung in der Wohnung zu vermeiden, sich noch mehr festigte.

Einige Augenblicke waren verlossen. Ich hörte Klammern und das Geräusch geräucher Wäffel. Endlich öffnete sich die Tür und eine Frau von ungefähr vierzig Jahren und mittlerer Größe, mit Brillen, in ihrem Kußern an den verbreiterten Typus der Dorf-schullehrerin erinnernd, der sich häufig in den Kreisen der russischen Revolutionäre findet, trat ein. Sogleich wandte ich mich an sie mit den Worten:

Das Organisationsstatut.

Im Vergleich zu den Verhandlungen am Vormittag war das Thema, das nach der Pause zur Verhandlung stand, ein trockenes. Genosse Ebert hatte also als Berichterstatter der „Kommission“ wegen Aenderung des Organisationsstatuts nicht gerade einen leichten Stand. Wenn die Delegierten seinem einseitigstündigen Vortrage mit Ruhe lauschten, so beweist dies, daß Ebert dem Thema doch mehr abzugewinnen wußte, als nach allgemeinem Ermessen bei solcher Materie für möglich gilt.

Die Diskussionsredner beschäftigten sich in erster und in langer Reihe mit der Vertragsfrage. Karl Liebknecht plädierte für einen Antrag, der dem jetzigen Zustande sowie dem vom Entwurf geplanten Zustande ein Ende macht, einem Zustande, bei dem die Vertreter des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“ nach wie vor auf den Parteitagen zwischen Himmel und Erde schweben müßten. Der von Liebknecht zugewandete Antrag Potsdam-Dshabelland will, daß dem „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“ und der „Gleichheit“ das Recht zu teil wird, je einen Vertreter mit Sitz und Stimme zu delegieren. Genosse Hennig stimmt diesem Antrage — als einem demokratischen — zu und plädiert sodann für einen Hallenser Antrag, der die Möglichkeit schafft will, daß Parteitagsbeschlüsse unter gewissen Bedingungen zur Urabstimmung an die Gesamtpartei gehen sollen. Die Debatte wurde durch den Hereinbruch der siebenten Abendstunde unterbrochen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 15. September 1909.

Die Agrarier gegen Dernburg.

Eine hiesige Korrespondenz glaubt feststellen zu müssen, die Vermutung, daß es sich bei einer kürzlich stattgefundenen Besprechung des Kanzlers mit Herrn Dernburg um die Möglichkeit eines Wechsels in der Leitung des Kolonialamts gehandelt habe, unbegründet sei. Es sei zwar richtig, daß Dernburg einmal geäußert habe, er sei nicht abgeneigt, das Staatssekretariat der Kolonien mit einem anderen Amte zu vertauschen; diese Äußerung sei aber vor geraumer Zeit gefallen, und es sei jetzt die Frage, ob Dernburg heute noch ebenso denke wie damals.

Diese Mitteilung ist deshalb etwas auffällig, weil, wer dementiert, zu bestätigen scheint. Offenbar richtet sich das Dementi gegen gewisse Intrigen, die gegen den Kolonialsekretär wieder im Gange sind. Diese Vermutung wird fast zur Gewißheit durch den auffälligen Kommentar, mit dem die „Dtsh. Tagesztg.“ die Meldungen versteht. Das Agrarierblatt schreibt drohend:

Wir wissen nicht, ob Herr Dernburg diesen Äußerungen irgendwie nahesteht. Wir können es aber nicht glauben, weil sie nach unserer Empfindung nicht in seinem Interesse liegen. Man könnte durch derartige Andeutungen versucht werden, die Frage ernstlich zu erörtern, ob Herr Dernburg die Hoffnungen tatsächlich erfüllt habe, die bei seiner Berufung an die Spitze des Reichskolonialamts gesetzt und geäußert wurden. Uebrigens ist es unseres Erachtens ganz überflüssig, sich über die Gründe des Besuchs des Kolonialstaatssekretärs beim Reichskanzler den Kopf zu zerbrechen. Es ist in letzter Zeit auf kolonialen Gebiete manches geschehen, das eine Aussprache recht wohl nötig oder doch wünschenswert erscheinen ließ.

Es scheint also fast, daß Herr Dernburg geliefert ist. Er war nur eine Kreatur Wilhows, und da sein Schöpfer gestürzt ist, wird der den Junkern und dem Zentrum stets unangenehme „Emporkömmling“ bald verschwinden müssen. Bei der Geschicklichkeit, die die Herren um die „Dtsh. Tagesztg.“ im Ministerstürzen besitzen, braucht das gar nicht mehr lange zu dauern, und auch diese letzte Säule der geborstenen Blochherrlichkeit wird gestürzt sein.

Antwort auf die Steuerandplünderung.

Auch die Reichstagsersahwahl in Koblenz-St. Goar ist wiederum eine Antwort auf die vom blaueschwarzen Bloch verübte schamlose Steuerandplünderung. Wie die Zentrumswähler selbst über das von Herrn Erzberger und den anderen Fraktionsgrößen als „nationale Tat“ verherrlichte Steuerattentat denken, beweisen die Ziffern der:

„Ich bin Durzew. Ich bin gekommen, um mit Ihnen im Namen der Redaktion des „Wloie“ zu sprechen.“

Ein Ausdruck der Unruhe und des Mißbehagens huschte über ihr Gesicht...

Aber sie sammelte sich und wartete, indem sie ihr Mißtrauen zu verbergen suchte. Sie argwohnte und war auf ihrer Hut...

Um sie zu beruhigen und ihr Mißtrauen einzuschlaffen, fuhr ich fort:

„Ich reise nach Stockholm. Schon seit langem wollte ich Sie sehen. Unglücklicherweise verhinderten mich, so oft ich in Berlin war, verschiedene Umstände, Ihnen einen Besuch zu machen. Ich ergebe daher diesmal diese gute Gelegenheit und Sie werden sich sicherlich nicht weigern, mir einige historische Informationen für eine Revue zu geben.“

Sinaida Jutchenko hatte sich allmählich wieder gefaßt und antwortete ruhigen Tones:

„Ich habe Sie sofort erkannt, aber inzwischen könnte ich Ihnen nützlich sein? Meine Arbeit in der Partei war nicht regelmäßig und beständig.“

Wir vieler Nähe gelang es mir, sie dahin zu bringen, mir für den Abend ein Rendezvous in einem Café zu bewilligen, in dem ich irgend ein dringendes Geschäft vorgab. Am Abend fand ich mich zur bestimmten Stunde in dem Café ein, das sie benannt hatte, aber sie kam nicht.

Am folgenden Tage gegen 10 Uhr morgens war ich wieder in ihrer Wohnung. Es war augenscheinlich, daß ich die Erklärung, die mir in ihrer eigenen Behausung so sehr widerstrebt, nicht würde vermeiden können. Es war notwendig und ich mußte meine persönlichen Gefühle unterdrücken und die schrecklichen Geschäfte dort beginnen, wo ich es am wenigsten wollte.

Sobald wir uns im Salon gegenüber saßen, fragte sie mich:

„Ich erwarte Ihre Fragen. Worüber wollen Sie von mir hören?“

„Ueber einige sehr ernste Fragen und wenn Sie wollen, so können Sie mir Erklärungen geben, die für mich sehr wertvoll sind. Die Redaktion hat Material bekommen über Ihre Tätigkeit als Lokspiegel im Dienste des Polizeidepartements während der letzten 15 Jahre. Sie sind seit 1895 in diesem Dienst! Sie haben das erste Attentat gegen den Jaren Nikolai II. angeordnet! Zusammen mit den anderen Mitgliedern des Komplotts wurden Sie verhaftet, ins Gefängnis geworfen und deportiert! Dann sind Sie ins Ausland gegangen! Die Regierung schätzte die Dienste, die Sie leisteten, so hoch, daß Sie Ihnen eine monatliche Vergütung von 100 Rubel zahlte! Von 1905 haben Sie von neuem aktiv an der Arbeit der Organisation der Sozialisten-Revolutionäre in Rußland teilgenommen! Sie haben eine ganze Reihe wichtiger revolutionärer Unternehmungen zum Scheitern gebracht...“

Sinaida Jutchenko hörte mit gespanntester Aufmerksamkeit aber zugleich so ruhig, so selbständig zu, daß ich wahrhaftig ein wenig aus der Fassung kam. Wer uns gesehen hätte, würde geglaubt haben, daß wir uns über ganz harmlose Sachen oder über eine dritte Person unterhielten.

„Auf was gründen Sie Ihre Behauptungen?“ fragte sie mich.

Abstimmung. Die Stimmen für den Zentrums- Kandidaten Wellstein sind nämlich von 19 232 auf 11 462 herabgegangen, während die sozialdemokratischen Stimmen seit 1907 von 2172 auf 2844 Stimmen anwachsen!

Die zensurierte Kaiserrede.

Die „Magdeb. Ztg.“ will erfahren haben, daß die Verschiedenheit der Berichte über die letzte „kriegsspielfreudige“ Kaiserrede sich daraus erkläre, daß dem Wolffschen Telegraphenbureau der vorher entworfene Wortlaut der Rede mitgeteilt worden sei, während die „Frankfurter Zeitung“ die Rede so wiedergegeben habe, wie sie der Kaiser tatsächlich gehalten hat.

Es wird also nicht in Abrede gestellt, daß der schärfere Text der authentische ist. Dagegen möchten wir bezweifeln, daß die Darstellung der „Magdeb. Ztg.“ auch im übrigen stimmt. Wäre der Text im voraus festgestellt gewesen, so hätte ihn wohl der Kanzler billigen müssen. Obwohl die Studien Herrn v. Bethmann Hollwegs in der auswärtigen Politik vielleicht noch nicht sehr vorgeschritten sind, hätte ihm doch wohl die Inopportunität einer solchen Kundgebung gegenüber den Verständigungsanträgen der englischen Regierung ohne weiteres klar sein müssen. Oder reicht der Einfluß des neuen Herrn auf den Kaiser nicht so weit, um ihm für schädlich gehaltene kaiserliche Reden zu verhindern? Uebrigens ist die Lesart der „Magdeb. Ztg.“ für das persönliche Regiment noch ungünstiger als die Meinung, daß die Rede von den verantwortlichen Stellen nachträglich geändert worden sei. Doch wenn der Kaiser sich an den mit den verantwortlichen Personen einmal vereinbarten Text später doch nicht hält, so ist ja die Verantwortlichkeit des Kanzlers erst recht eine Farce.

Keine Kandidatur Willovs!

Der „hübliche Gedanke“ Willovs, der das „Verl. Tagebl.“ so in Ekstase versetzt hat, den Fürsten Willov als bürgerlichen Kandidaten im Wahlkreis Glienow-Dermbach aufzustellen, hat zum Scherz unserer braven Freisinnigen leider jede Aussicht auf Bewirkung verloren. Willov selbst will sich nicht der Gefahr aussetzen, von dem sozialdemokratischen Gegenkandidaten glatt auf den Sand gesetzt zu werden. Auch mag Willov ein Gefühl dafür haben, daß er, selbst wenn er gewählt würde, im Reichstag nur eine komische Rolle spielen würde. Der Regierung Opposition zu machen, könnte ja einem so vorsichtigen Politiker niemals einfallen. Seine Klopffedertreue gegen die Sozialdemokratie haben aber schon zu der Zeit, als er noch Kanzler war, bei der Rechten nur geteilte Aufnahme gefunden, so daß er schwerlich hoffen dürfte, mit dieser etwas riskanten Spezialität seine politische Existenz retten zu können. Sollte es ihm aber einmal einfallen, mit den Agrariern anzubinden, so würde ihm sicherlich im schönsten Zirkus-Busch-Ton eine Antwort gegeben werden, die an Deutlichkeit und Raffinität nichts zu wünschen übrig ließe. Deshalb denkt Willov als kluger Mann gar nicht daran, das bishigen Renommee, das ihm unsere braven Liberalen zuguterletzt noch attestiert haben, durch Ausübung eines Reichstagsmandats leichtfertig zu verschleudern. Auf eine Anfrage antwortete er telegraphisch aus Rordorfer:

„Ich würde die Kandidatur nicht annehmen und bitte von einer solchen abzusehen. Nachdem ich meine Klemmer niedergelegt habe, wünsche ich politisch nicht mehr in die Öffentlichkeit zu treten.“ Fürst Willov.

So schmerzlich das also auch dem Wölfenliberalismus des „Verl. Tagebl.“ und vielleicht auch den Biemer-Magdan-Deuten sein mag — Willov dankt höflich aber entschieden für die ihm zugedachte liberale Ovation.

Eigentlich ist es schade, daß diese tolle „liberale“ Farce ein so läches Ende gefunden hat.

Der rückständige Berliner Kommunalfreisinn

hat bekanntlich durch die Festsetzung der Ortszulagen für Lehrpersonen auf 750 M. verschuldet, daß die Regierung in Rücksicht auf diesen Beschluß den Beschlüssen der Vorortgemeinden Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf, die eine Ortszulage von 900 M. vorsehen, die Genehmigung

„Auf unbestreitbare Angaben“, antwortete ich. „Was meine Quellen anbetrifft, so kann ich sie nicht nennen. Ich will Ihnen nur eins sagen: Unter den Informationen, die man mir bis jetzt geliefert hat, war nicht eine, deren Genauigkeit gelassen werden konnte, und sobald ich „Ja“ sage — besser seien Sie sicher — so steht dies „Ja“ fest.“

Die Zustände stellten mir nun eine Menge Fragen. Es interessierte sie besonders, zu wissen, woher ich meine Informationen habe, von Revolutionären oder aus einer Polizeiquelle. Ich unterbrach sie mit den Worten:

„Also Sie geben die Wichtigkeit meiner Anlagen zu?“
Für mich ist Ihr Besuch keine Überraschung. Nach dem Falle Agelov habe ich meinen Chef wiederholt gesagt: Jetzt bin ich an der Reihe. Burzew wird mich entlassen und mich verderben. Ich sagte ihnen sogar: Er wird zu mir kommen und von mir Erklärungen fordern. Ich erwartete Ihren Besuch. Ich wünschte nur das Eine, daß er nicht im Juli sein möchte.“

„Warum fürchteten Sie diesen Zeitpunkt?“
„Sie wissen, ich habe einen Sohn. Ich wollte mit ihm noch seine Ferien verbringen. Es ist ein prächtiger Junge. Ich liebe ihn wahnsinnig.“

„Zum erstenmal verriet ihre Stimme Betrogenheit und Schrecken. Ich fühlte, sie sah in diesem Augenblick den schwarzen Abgrund der Verachtung und der Schande vor sich, der sich ihr aufstaut.“

Aber sogleich fuhr sie mit gefestigter Stimme fort:
„In Ihrer Erzählung haben Sie einige Fertimer begangen. So bin ich z. B. nicht im Jahre 1896, sondern im Jahre 1894 in den Dienst der Polizei getreten.“

Unwillkürlich erinnerte ich mich eines anderen ähnlichen Fertimers. Ich habe mich auch bei Agelov in einer Jahreszahl geirrt. Ich glaubte, daß er Lockspiegel seit 1893 sei, während er es schon seit 1892 war.

„Ja, ich bin im Dienste der Polizei. Sie täuschen sich, wenn Sie sagen, daß man mich auf's Polizeidepartement geladen hat und daß man mich vor das Dilemma gestellt hat, entweder die Revolutionäre zu verraten und in die Polizei einzutreten oder verhaftet und deportiert zu werden. Das ist nicht wahr! Wenn ich im Dienste der Polizei bin, so bin ich nicht aus Furcht, sondern aus Überzeugung dazu gekommen.“

„Ich bin abgiger Herkunft, meine ganze Familie war durchdrungen von wildem Haß gegen die Revolutionäre und von tiefer und glühender Anhänglichkeit an die Regierung. Obgleich ich bisweilen das heroische Verhalten einiger Revolutionäre bewunderte, so bin ich doch immer ihr bewahrter Gegner gewesen.“

„Zur Zeit meines Eintritts in den Dienst der Polizei war meine Familie mit der des Chefadjunkten der Polizei von Petersburg, Semjatin, bekannt. Er hat mir zuerst vorgeschlagen, ihm Informationen über die Revolutionäre zu liefern, die ich kannte, wobei er mir eine monatliche Entschädigung anbot. Ich habe angenommen. Als ich später nach Moskau reisen mußte, vermittelte Semjatin meinen Uebergang in den Dienst Subatoffs.“

„In Moskau bin ich in die Gruppe Roschputin gelangt, die das Attentat gegen den Zaren vorbereitete. Die ganze Gruppe wurde

verhaftet hat. Der Stadtvorstandsvorsteher von Schöneberg hat um eine Rücksprache bei der Regierung in Potsdam nachgesucht, um persönlich für die Verhaftung der 900 M. Ortszulage zu wirken. Auf dieses Gesuch hat er folgende glatte Abfage erhalten:

Euer Höchstwohlgebornen
erwidere ich ergebenst, daß die von Charlottenburg und einigen anderen Vororten beschlossene Ortszulage von der Schulaufsichtsbehörde selbstverständlich unter Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten als Vorsitzenden der Schulabteilung der hiesigen königlichen Regierung nicht genehmigt worden sind, weil sie über die Berliner Sache hinausgingen.

Es versteht sich von selbst, daß ein diesbezüglicher Beschluß der Gemeinde Schöneberg die gleiche Behandlung erfahren müßte. Hieran würde eine mündliche Bepredung nichts mehr ändern können. Der Herr Regierungspräsident befindet sich übrigens bis in die ersten Tage des nächsten Monats außerhalb Potsdams auf Urlaub.

Lehmann,
Oberregierungsrat,
Dirigent der Kirchen- und Schulabteilung.

Die obengenannten Gemeinden sind der Meinung, daß die Beschlüsse des Berliner Kommunalfreisinn eine Verschlechterung des Volksschulwesens herbeiführen werden und wollen trotzdem noch Mittel und Wege suchen, um diese Verschlechterung für ihre Gemeinden abzuwehren. Es wird ihnen hierzu fraglich kaum ein Weg offen sein. Der Berliner Kommunalfreisinn kann aber wieder einmal für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, in kommunalpolitischer Rückständigkeit den Vogel abgeschossen zu haben! Bitter ist, daß er sich das von Liberalen sagen lassen muß!

Der Schnapsbott.

Die neueste Nummer der „Vergarbeiter-Zeitung“ fordert die Vergarbeiter zur strikten Enthaltung vom Branntweingenuß auf. Sie schreibt, wenn es die Arbeiterschaft Deutschlands auch nur fertig brächte, den Schnapskonsum um ein Viertel einzuschränken — und das müsse möglich sein — dann wären die Schnapsjunker schon um ihre Liebesgabe von rund 50 Millionen gebracht.

Schnapschriften.

Der Schnapsbott kommt den frommen Zentrumschriften sehr ungelogen. Kein Wunder, Underberg-Boonckamp ist ja eine sehr kritische Marke. Die „Germania“ bringt deshalb eine längere Schimpfnotiz gegen den Beschluß des Parteitages, worin sie unter anderem läßt, die „Genossen hätten sich nie um das Stend, das der Schnaps anrichtet, gekümmert und nie habe der Kampf gegen den Alkohol auf der Tagesordnung eines Parteitages gestanden. Das ist ein bißchen unverständlich und wie bedauern wir, die „Germania“ nicht zwingen zu können, das ausführliche und ausgezeichnete Referat des Genossen Burm auf dem Effener Parteitag, das auch im Separatdruck erschienen ist, vollinhaltlich zum Nutzen ihrer Leser abzubringen.

„O welche Lust Soldat zu sein!“

Vor dem Kriegsgericht der zweiten Division zu Jasterburg (Ostpreußen) stand am 11. September der Hauptmann Simon von der 12. Kompanie des ostpreussischen Infanterie-Regiments Nr. 44. Dem Herrn Hauptmann wurden Verhörungen Untergebener in zwölf Fällen, Verleumdungen Untergebener in vier Fällen, davon in drei Fällen im Zusammenhang mit vorbestimmter Behandlung Untergebener, zur Last gelegt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Was braucht das Volk auch zu wissen, daß die Söhne des Proletariats beim Militär behandelt werden. Der Herr Hauptmann muß es schon arg genug getrieben haben, denn vom Kriegsgericht wurde dieser Erzieher zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Oesterreich.

Die ungarische Krise.

Wien, 15. September. Die Audienz Bekerles beim Kaiser dauerte zwei Stunden. In derselben ist, wie vorauszusehen war, eine Entscheidung nicht erfolgt. Nachdem die Krone nicht gewillt ist, weitere Konzessionen zu machen, dürfte dem

auf meine Anzeige hin am Vorabend der Ankunft Nikolovs verhaftet. Vor der Festnahme hatte Subatoff eine lange Beratung mit mir, um diejenigen auszuwählen, die er arrelieren möchte. Uebrigens ist es üblich bei uns, daß die Chefs mit ihren geheimen Mitarbeitern vor solchen Maßregeln Rücksprache nehmen. Subatoff schlug mir vor, mich in Freiheit zu setzen. Ich sollte irgend eine List gebrauchen, um die Aufmerksamkeit der Revolutionäre zu täuschen. Aber ich habe das kurzweg abgelehnt und verdrachte auf mein eigenes Verlangen 11 Monate im Gefängnis. Ich unterhielt mich dort mit den Gefangenen vermittelt eines Klopffsystems und erfuhr so alle Einzelheiten über das Komplott gegen den Zaren, die mir unbekannt geblieben waren, während ich mich in Freiheit befand. Ich übermittelte sie alle meinen Chefs von der Polizei, die mich im Gefängnis besuchten. Nach der Gefängnishaft wurde ich auf mein besonderes Verlangen hin in den Kaukasus verbannt, wo ich mich verheiratet habe. Nach der Geburt meines Sohnes ging ich ins Ausland. Die Sorge, die ich meinem Kinde schuldete, hat mich vollständig in Anspruch genommen und ich zog mich vollständig von aller sonstigen Tätigkeit zurück.“

Ich kann meinerseits hinzufügen, daß die Teilnehmer am Komplott Roschputin nicht vor Gericht gestellt wurden. Alle wurden auf administrativem Wege zur Deportation nach Sibirien oder zu Gefängnis verurteilt. Man vernichtete die Gerichtsverhandlung, damit die Spitzkrolle der Sinaida Zustände nicht enthüllt werde.

(Schluß folgt.)

Das Konzert im Krihallpalast.

Das Fest, das Leipziger Arbeiterschaft dem Parteitag zu Ehren am Dienstagabend gab, war für die überwiegende Mehrzahl der Delegierten ein Ereignis; denn sicherlich nur ganz wenige von ihnen haben solche Musik, vor allem aber solchen Männergesang jemals gehört.

Woran das liegt? Einmal daran, daß ja dem Proletariat in und von der heutigen Gesellschaft der Genuß der Kunst unterbunden wird (Roskennhür hat diesen Gedankenlangung untrifft in der prächtigen Rede, mit der er den Leipziger Genossen für diesen Abend dankte); dann aber auch daran, daß die Kunst, solche Kunst an die Arbeiterschaft zu bringen, den meisten unserer Organisationen — auch der Berliner — noch ein Buch mit sieben Siegeln ist. Allerdings: ein Dreitausendpersonenraum von der Art des Leipziger Krihallpalastes steht in den anderen deutschen Großstädten der Sozialdemokratie nicht leicht zur Verfügung, und einen Arbeiterchor wie die 200 vom „Männerchor Leipzig-Weit“ und von der „Sängerabteilung Leipzig-Thonberg“ hat die ganze Arbeiter-Internationale ganz gewiß nicht noch ein zweites Mal aufzuweisen. Aber in bezug auf Programmzusammenstellung, Exaktheit in sämtlichen Teilen des Gesamtarrangements konnten wir alle — und wir Berliner nicht in letzter

Rabineit Bekerle nichts anderes übrig bleiben, als dem Parlament am 23. d. M. mitzutellen, daß es seine Demission gegeben hat.

Frankreich.

Amnestie von Postbeamten.

Paris, 15. September. Der Außenminister Millerand hat ein Dekret unterzeichnet, durch welches von morgen ab 68 Beamte, 14 Unterbeamte, 14 Damen und 20 Arbeiter der Post- und Telegraphenverwaltung, welche seinerzeit verabschiedet worden waren, wieder eingestellt werden.

Spanien.

Gegen die Willkürherrschaft.

San Sebastian, 15. September. Eine Abordnung der liberalen Presse ist hier eingetroffen, um beim König eine Audienz nachzusuchen. Die Delegierten wollen dem König die der liberalen Presse vom Minister des Innern und seinen Organen bereitere schwierige Lage darstellen. Sie beschuldigen diese Beamten, daß sie die Zensur mißbrauchen und die Wahrheit fälschen, die kennen zu lernen das spanische Volk ein Recht habe.

England.

Annahme der Erbschaftsteuer.

London, 15. September. Unterhaus. Die Paragrafen des Finanzgesetzes betreffend Erhöhung der Erbschaftsteuer sind nach zweitägigen Beratungen angenommen worden, von denen die letzte bis heute früh 4 Uhr 20 Minuten dauerte.

Rußland.

Afew.

Die Burzew aus sicherer Quelle erfahren hat, befindet sich Afew gegenwärtig in Rußland, wo er einen höchst verantwortlichen Posten bekleidet. Wie sollte sich auch der Zar, obwohl Afew seinen Dheim und seinen treuesten Minister ermordete, von diesem seinem erprobtesten Lockspiegel trennen können!

Ein entlarvter Provolateur.

Vor Kurzem wurde das frühere Mitglied der sozialrevolutionären Partei Michael Woskresenski überführt, als Lockspiegel in den Diensten der Regierung zu stehen. Die Biographie dieses Lockspiegels, um dessen Entlarvung sich auch Bakai verdient gemacht hat, enthält einige recht interessante Einzelheiten, die die Praktiken der russischen Lockspiegel grell beleuchten. Der genannte Lockspiegel nahm im Jahre 1907 an einer „Expropriation“ in Zekaterinosslaw teil und begab sich dann nach Petersburg. Obwohl er dort mit Waffen in der Hand verhaftet wurde, wurde er dennoch nach 2 bis 3 Wochen befreit und in die Heimat zurücktransportiert. Dort versuchte er einige Zeit, terroristische Akte zu inszenieren; als er aber keinen Erfolg hatte, begab er sich nach Paris, wo er sein Handwerk fortsetzte. Während der Afew-Affäre wollte er Bakai ermorden.

Burzew.

Wie aus Paris mitgeteilt wird, werden auf die Initiative Professor Forels in der Schweiz Unterschritten auf einer Petition an den Föderatrat gesammelt, in welchem um die Aufhebung des Verbotes nachgesucht wird, das Burzew der Aufenthalt in der Schweiz untersagt. Die Petition wird dadurch motiviert, daß Burzew durch die Enthaltungen über Afew und Harting Europa einen Dienst erwiesen hat. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Ausweisung Burzew aus der Schweiz auf Grund einer lächerlichen Denunziation der russischen politischen Polizei erfolgt ist. Es sind schon gegenwärtig mehr als 10 000 Unterschritten gesammelt, zu denen fast alle Bekannten Namen der Schweiz gehören.

Perlien.

Der Erzähl.

Teheran, 15. September. Die Bevölkerung ist beunruhigt durch die Nachricht, der Erzähl habe unterwegs halbtig gemacht und weigert sich, die Reise fortzusetzen. Man fürchtet, daß ihm die reaktionären Stämme zur Hilfe eilen werden.

Linie — viel, sehr viel lernen! In ganz Leipzig — darüber sind die Älten geschlossen — gib's keinen bürgerlichen Männerchor, der die vom Chorleiter Michael gefüllten besten Arbeiterchöre in den Schatten stellt: ein Zerkum, das da beweist, welcher Eifer, welcher Ernst, welche Energie, welche Liebe zur Kunst in den Herzen deutscher Arbeiter aufgespeichert ist.

Dem Feste wohnte von Anfang bis zu Ende August Wewel bei, und Roskennhür sprach das als ein Zeichen an, das uns die Hoffnung gestaltet, diesen unseren Parteiführer bald wieder rüstig unter uns wirken zu sehen. Dem Feste wohnte auch — o Ironie der Weltgeschichte! — der alte Polizeimeister Försterberg bei, der unterm Sozialistengesetz unsere fälschlichen Genossen härter verfolgt, grimmer befehdet hat als sonst irgendwelcher. Der Herr Polizeimeister war wohl nur gekommen, um — wie in der „Guten alten Zeit“ — die Reden oder rüstiger: die Redner zu „überwachen“, aber das Feuer der Sänger riß auch ihn mit fort: er hörte mehr als die Reden... und kaiserte Weisfall dem deutschen Lied aus deutscher Proletariatslehre! Ein „historischer Moment“, wenn man will; denn Roskennhür, der Gräbler, hatte herausgestellt, daß sich gerade zum 31. Male jährte, daß unter Bismarcks Regime — am 14. September 1878 — der erste Entwurf des Sozialistengesetzes zur Veröffentlichung kam.

Das alles mußte Försterberg mit anhören. Und mehr noch: Er mußte hören, wie Genosse Lindblat die Lehren des schwedischen Generalstreiks entrollte, wie er darlegte, daß jetzt auch Schwedens Bürger zum politischen Kampf gegen das Proletariat, zum Kampf mit Ausnahmegegesen, zum Klassenkampf rüstet, daß aber die Arbeiterschaft Schwedens am Plage sein wird, wie Deutschlands Arbeiterschaft am Plage gewesen ist! Nur eines Mannes Rede hat der Herr Polizeimeister vermutlich mit Vergnügen angehört: die Rede des österreichischen Genossen Kieger. Mit Vergnügen deshalb, weil sie sehr witzig war, aber auch weil Kieger aus seiner jahrzehntigen Parlamentspraxis heraus der deutschen Sozialdemokratie ganz allgemein und ohne jede Einschränkung den Rat zu geben für erforderlich hielt: sich vor der Obstruktion im Parlament zu hüten, weil sie das Parlament ruiniert! Darauf jeder halbwegs beschlagene Arbeiter mit allem Respekt vor der parlamentarischen Praxis eines Jahrzehnts lachend antworten wird, daß es schließlich besser ist, es geht mal ein Parlament zum Teufel, als daß sich ein ganzes Volk in Grund und Boden ruiniert läßt!

Zum Glück ist ein Volk unerbittlich, dessen „unterste“, mit Gewalt niedergehaltene, an freiem Regeln und Schaffen gehemmte Klasse Kulturwerte schafft, sich den Sinn für Kunst und Wissenschaft durch alle Lebenspein hindurch rettet, wie wirs von je und immer wieder neu und neu anlassen, und zielbewußten Proletariat erleben und erleben. Was Leipziger Arbeiterschaft, allen Schwierigkeiten zum Trotz, an Kunstkultur sich bereits angeeignet hat, das sollte sobald wie möglich Gemeingut der Gesamtarbeiterschaft werden; denn für alle Proletarier hat der Dichter gesprochen, der da sagte:

„So, Sohn des Volkes, soß Du Feste feiern!“, G. D.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1908.

Die Statistik der freien Gewerkschaften über die Arbeitskämpfe im Jahre 1908 zeigt, daß wohl die Unternehmer das Jahr des stärksten wirtschaftlichen Niederganges und der geradezu erschreckenden Arbeitslosigkeit benutzen wollten, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, daß aber auch die Gewerkschaften dank ihres wachsenden Einflusses nicht nur diese beabsichtigten Verschlechterungen erfolgreich zurückweisen, sondern darüber hinaus noch Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen konnten. Mit dem im Jahre 1907 einsetzenden wirtschaftlichen Niedergang trat auch zugleich ein Rückschlag in der Zahl der Bewegungen ein. Dieser Rückschlag kommt für das Jahr 1908 noch erheblicher zum Ausdruck, als es im Jahre 1907 der Fall war. Die Zahl der Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zeigt eine starke Abnahme, während die Zahl der Abwehrkämpfe stieg. Bewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung wurden im Berichtsjahre 5837 geführt gegenüber 8053 im Jahre 1907; doch ist die Zahl noch höher als im Jahre 1906, das 5659 Bewegungen aufwies. Von den Bewegungen wurden im Berichtsjahre 15 758 Orte und 49 117 Betriebe mit 742 704 beschäftigten Personen betroffen. Ohne Arbeitseinstellung wurden 63,7 Proz. der Bewegungen für 449 434 beteiligte Personen erledigt. Von diesen ohne Arbeitseinstellung verlaufenden Bewegungen wurden 88,9 Prozent durch erfolgreiche Verhandlungen mit den Unternehmern, 1,7 Proz. durch Zugeständnisse der Unternehmer ohne Verhandlungen und 7,7 Proz. durch Zurückziehen der Forderungen erledigt.

Streiks und Aussperrungen fanden 2230 statt mit 126 883 beteiligten Personen. Im prozentualen Verhältnis der mit oder ohne Arbeitseinstellung verlaufenden Bewegungen zeigt das Jahr 1907 mit dem Berichtsjahre sehr geringe Differenzen, die zu irgend welchen Schlüssen keine Berechtigung geben. Während 1908 auf friedlichem Wege 63,7 Proz. der Bewegungen endeten, waren es 1907 61,8 Proz.; durch Arbeitseinstellung wurden 1908 36,3 Proz. der Bewegungen erledigt, 1907 38,2 Proz.

Von den gesamten Bewegungen waren erfolgreich: 3025 gleich 51,8 Proz., teilweise erfolgreich: 1425 gleich 24,4 Proz., erfolglos: 1183 gleich 20,3 Proz.

129 Bewegungen waren am Jahreschluß nicht beendet und von 75 Bewegungen blieb der Ausgang unbekannt. Es waren beteiligt: an den erfolgreichen Bewegungen 191 428 Personen gleich 83,2 Proz., an den mit teilweisem Erfolg beendeten Bewegungen 217 562 Personen gleich 37,8 Proz., und an den erfolglosen Bewegungen 146 238 Personen gleich 25,3 Proz.

Die Gesamtausgabe für die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung betrug 4 624 325 Mk. An den Bewegungen partizipieren 55 Verbände. Keine Bewegungen hatten die Verbände der Bureauangestellten, Friseur, Hotelbediener, Notenstecher und Zivilmusiker.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung dienten 3059 mit 401 334 Beteiligten der Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. 548 Bewegungen mit 48 100 Beteiligten wurden veranlaßt durch beabsichtigte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer. Die Zahl der Angriffsbewegungen hat sich um 36,3 Proz. und die Zahl der daran beteiligten Personen um 21 Proz. verringert. Dagegen ist die Zahl der Abwehrbewegungen um 106 Proz. gestiegen und die Zahl der daran beteiligten Personen um 174,7 Proz. gestiegen.

Die Angriffsbewegungen endeten in 54,2 Proz. erfolgreich, in 30,7 Proz. teilweise erfolgreich und in 37,2 Fällen mit 91 156 Beteiligten erfolglos. Von den 548 Abwehrbewegungen waren 79,3 Prozent erfolgreich, 9,5 Proz. teilweise erfolgreich und in 61 Fällen mit 8404 Beteiligten erfolglos.

Der Erfolg der friedlich verlaufenden Bewegungen hat sich im Berichtsjahre noch ungünstiger gestaltet als im Jahre 1907. Immerhin muß berücksichtigt werden, daß die Erfolge dieser Bewegungen auch in diesem Jahre trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur außerordentlich groß sind, zumal die erfolglosen Bewegungen doch nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Zeigt die Zahl der Streiks und Aussperrungen schon eine Verminderung um 26,5 Proz., so ist die Zahl der daran beteiligten Personen mit 126 883 gar um 54,8 Proz. zurückgegangen. Die Kämpfe hatten also auch einen geringeren Umfang. Die Ausgaben dafür betragen denn auch nur 4 477 039 Mk. gegenüber 12 364 082 Mk. im Jahre 1907. Beachtenswert ist, daß das Bestreben der Verbände, ihre Kämpfe aus eigenen Mitteln zu bestreiten, in den Jahren steigende Tendenz zeigt. Im Jahre 1908 wurden mit 99,2 Proz. fast sämtliche Streikunterstützungen aus den eigenen Mitteln, also ohne Hilfe von außen, des betreffenden Verbandes bestritten. Von den Kämpfen waren Angriffstreiks: 33,1 Proz. (1907 58,6 Proz.), Abwehrstreiks 54,4 Proz. (29,9 Proz.), Aussperrungen 12,5 Proz. (11,5 Proz.).

Die Erfolge der Kämpfe sind etwas günstiger als im Jahre 1907, sie stehen auch unter dem Durchschnitt der 18 Berichtsjahre. Den größten Anteil an der Zahl der Kämpfe hat das Baugewerbe mit 911 Kämpfen und 29 669 beteiligten Personen, dann folgt die Holzindustrie mit 309 Kämpfen und 15 196 Beteiligten, die Metallindustrie mit 240 Kämpfen weist jedoch mit 34 643 Personen die höchste Beteiligungsziffer auf. Die Bekleidungs- und Lederindustrie weisen 163 Kämpfe auf, stehen aber mit den 24 530 Personen an dritter Stelle der Beteiligungsziffern. Den geringsten Anteil an den Kämpfen hat das graphische Gewerbe mit 26 Kämpfen und 935 Beteiligten.

Beteiligt waren 92 091 männliche und 10 513 weibliche Personen, von denen 83 412 bzw. 5603 gewerkschaftlich organisiert waren. Die Verluste an Arbeitszeit betragen rund 2 045 000 Tage, an Verdienst nahezu 8 Millionen Mark.

Die Angriffstreiks haben mit 678 gegenüber 1036 im Jahre 1907 einen Rückgang von 68,5 Proz. erfahren. Erfolgreich endeten 48,0 Proz., teilweise erfolgreich 25,8 Proz. und erfolglos waren 24,5 Proz. Die Zahlen weisen eine geringe Verschlechterung gegenüber 1907 auf, sie stehen unter dem Durchschnitt der letzten 9 Berichtsjahre, sind jedoch noch erheblich günstiger als in den Krisenjahren 1901 und 1902.

Die Abwehrstreiks weisen mit 1117 gegen 834 des Jahres 1907 eine Vermehrung um 33,9 Proz. auf. Die Zahl der Beteiligten stieg mit 36 120 Beteiligten jedoch nur um 8,3 Proz. Erfolgreich endeten 47,0 Proz., teilweise erfolgreich 12 Proz., erfolglos 36,7 Proz. Auch von den Erfolgen der Abwehrstreiks gilt das von den Angriffstreiks Befagte. 573 Streiks mit 16 980 Beteiligten mählten um Zurückweisung von Lohnreduktionen geführt werden, die zu 47,7 Proz. erfolgreich und zu 10,5 Proz. teilweise erfolgreich beendet wurden. In 179 Fällen fanden Streiks wegen Wahrgelungen statt, Ueberaus bezeichnend für unsere „herrliche Gesellschaftsordnung“ ist es, daß bei der erschreckenden Arbeitslosigkeit des Jahres 1908 noch 37 Streiks geführt werden mußten, um — eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren! In 18 Fällen — 48,6 Proz. war es leider nur möglich, solche, allen Vernunftgründen hohnsprechenden, Maßnahmen zurückzuweisen. In vier Fällen wurde nur ein teilweiser Erfolg erzielt und in 15 Fällen war die Abwehr der Arbeitszeitverlängerung erfolglos. In 16 Fällen mußte gegen den vom Unternehmer verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft werden, die leider den geringsten Erfolg aufzuweisen hatten.

Die Aussperrungen sind ungefähr im gleichen Verhältnis wie die gesamte Zahl der Kämpfe zurückgegangen. Es wurden 257 Aussperrungen mit 60 576 Beteiligten gezählt gegenüber 323 Aussperrungen mit 104 738 Beteiligten im Jahre 1907. Der Zahl der Beteiligten nach sind die Aussperrungen im Jahre 1908 im Verhältnis zu den gesamten Kämpfen erheblich umfangreicher vorgenommen worden als in früheren Jahren. Von den Aussperrungen endeten für die Arbeiter insgesamt 54 = 21,0 Proz. mit 4928 Beteiligten = 8,1 Proz. erfolgreich und 84 Aussperrungen = 32,7 Prozent mit 9241 Beteiligten = 45,3 Proz. teilweise erfolgreich.

Wie bei den anderen Kämpfen ist der Erfolg der Arbeiter bei den Aussperrungen ungünstiger als in den Vorjahren, jedoch trat auch für die Unternehmer nicht der Erfolg ein, den sie erwarteten.

Die Resultate der Bewegungen insgesamt sind eine Arbeitszeitverlängerung für 59 324 Personen in Höhe von 183 751 Stunden pro Woche und Lohnerhöhungen für 230 641 Personen im Gesamtbetrag von 365 023 Mk. pro Woche. Außerdem wurden noch für 175 687 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht. Korporative Arbeitsverträge wurden 1860 für 282 958 Personen abgeschlossen.

So zeigen die wirtschaftlichen Kämpfe der freien Gewerkschaften selbst in dem so schweren Krisenjahre und bei erheblich verminderter Zahlen noch die taftkräftige Hilfe der Organisation, die den Arbeiter gegen die willkürlichen Anschläge des Unternehmertums schützt. Würde das immerhin noch große Heer der den freien Gewerkschaften noch fernstehenden Arbeiter doch erst diese Kulturarbeit der Zentralverbände richtig würdigen und durch Masseneintritte in die Gewerkschaften die Reihen der Kämpfer stärken. In so geschlossener Phalanx würden die Gewerkschaften auf wesentlich größere Erfolge blicken können.

Deutsches Reich.

Eine Kriegserklärung.

Die Delegierten des Arbeitgeberverbandes der Maler- und Anstreichermeister von Rheinland und Westfalen traten am 12. September in Aachen zu einer Beratung zusammen, zu der auch die Stadt Aachen, sowie die Handwerkskammern Vertreter entsandt hatten. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete das Referat des Vertreters des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, Hansen-Hamburg über die bevorstehenden Tarifverhandlungen. Er führte unter anderem aus: Am 1. Januar 1910 laufen in ganz Deutschland die Tarifverträge im Malergewerbe ab, und die Arbeitgeber sind so gut organisiert, daß sie den Gehilfen gegenüber die Forderung durchsetzen konnten, ihre Wünsche für die bevorstehende Tarifrevision nicht den lokalen Organisationen, sondern dem Hauptverband zu überreichen. Das ist auch geschehen, und zwar haben der sozialdemokratische sowie der christliche Arbeitnehmerverband im wesentlichen gleiche Forderungen gestellt. Es sind Lohn-erhöhungen von 10—20 Prozent, in manchen Orten 30, 35 und 40 Prozent verlangt worden. Demgegenüber vertritt Redner unter Hinweis auf die gedrückte wirtschaftliche Lage den Standpunkt, die Gehilfenforderungen seien undiskutierbar und ließen jedes Verständnis für das wirtschaftlich Erreichbare vermissen. Die Sachlage sei derart, daß man sich der Erkenntnis nicht verschließen könne, es werde im Frühjahr 1910 beziehungsweise am 1. Januar ein Kampf im ganzen deutschen Malergewerbe ausbrechen. Die Arbeitgeber hätten keinen Grund, ihn herauszufechten, im Gegenteil, sie wollten sich auf den Boden der Tarifverträge mit den Gehilfen einigen, aber diese müßten mehr Verständnis zeigen. Eine Verärgerung der Arbeitszeit sei ganz unmöglich. In der Lohnfrage hätten die örtlichen Organisationen sich schlüssig zu werden, was sie bewilligen könnten, und diese Beschlässe würden bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Berlin als Unterlage dienen. Auch wenn ein Schiedspruch erfolgen werde, würde nichts gegen die lokalen Beschlässe akzeptiert, ohne daß bei den betreffenden Organisationen Rücksprache erfolgt. Es gebe also keine Einigung über die Lokalinstanten hinweg. Ernst mahnte aber der Redner, auch zu bedenken, eine wie große Personenzahl von beiden Seiten und wie große Kapitalinteressen bei einem Kampfe in Frage kämen. Man könne einen solchen nicht auf Grund leicht gefähter Meinungen durchführen. Darum legte er den Arbeitgeberorganisationen, die Lohnreduzierungen verlangten, eine Revision ihrer Beschlässe nahe.

Sollte es zum Bruche kommen, so dürften die Arbeitgeber überzeugt sein, daß alles versucht sei, ihn zu vermeiden. Gegenüber Auslassungen im Gehilfen-Verbandsorgan schloß Redner mit der beifällig ausgenommenen Erklärung: „Bleiben wir ohne Tarif, so bleiben unsere Werkstätten in Deutschland geschlossen!“

Die Mühlenarbeiter Leipzigs stehen in einer Lohnbewegung. Der Arbeitgeberverband der sächsischen Mühlenindustrie (Sitz Dresden) verteidigt die Verhandlungen mit „betriebsfremden Personen“ und hat obenstehend erklärt: Wenn die Mühlenarbeiter nicht genug verdienen, sollten sie ihre Frauen mitarbeiten lassen; die Frauen der Mühlenbesitzer müßten auch mitarbeiten. Eine gütliche Erledigung der Lohnbewegung scheint somit aussichtslos. Die Unternehmer versuchen schon, unorganisierte Arbeiter nach Leipzig zu locken. Die Mühlenarbeiter allerorts wollen dies beachten.

Aussperrung der Holzarbeiter in Süd-West-Deutschland.

Eine am letzten Sonntag in Heidelberg abgehaltene Sitzung des Verbandes der Schreinermeister und der Landesorganisation badischer Schreinerinnungen faßte den Beschluß, bis zur Erledigung der Streiks in Mannheim-Ludwigshafen und Heidelberg sämtliche Tischler in den Städten Süd- und Westdeutschlands auszusperrern. Am kommenden Sonnabend soll die Aussperrung in Frankfurt a./M. einsetzen und dann Zug um Zug auch auf die übrigen Städte ausgedehnt werden.

Ausland.

Die Holländische Eisenbahngesellschaft, deren Wagen ohne jegliche Untersuchung auf allen Linien des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen verkehren, hat in ihrer Zentralwerkstätte in Haarlem Maßnahmen getroffen, unter denen die Sicherheit des Verkehrs zweifellos leiden muß.

Die Zentralleitung des Niederländischen Verbandes des Eisenbahn- und Tramwaypersonals hat deswegen Anlaß genommen, das nachstehende Schreiben an die geschäftsführende Verwaltung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen zu richten:

Nr. 5124/5. Utrecht, den 10. September 1908.
An die geschäftsführende Verwaltung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen, die königliche Eisenbahndirektion in Berlin.

Ergebnis erlauben wir uns die Aufmerksamkeit des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen darauf zu lenken, daß die Holländische Eisenbahngesellschaft durch außerordentlich große Verschwendung mehrerer Stückgüter die Arbeiter in ihrer Zentralwerkstätte zu Haarlem zu Ueberanstrengung und Ueberreizung zwingt. Die Zuverlässigkeit der Reparaturarbeiten wird dadurch so sehr verringert, daß wir Anlaß gefunden haben, Seine Excellenz den Minister von Waterstaat um Abhilfe zu ersuchen.

Die technischen Vereinbarungen des Vereins wirken darauf hin, daß von allen Vereinsmitgliedern die Herstellung und Verbesserung von Wagen in der Weise ausgeführt wird, daß der Verkehr möglichst gesichert wird. Weil nun das Verfahren der Holländischen Eisenbahngesellschaft den Verkehr gefährden muß, so erachten wir es als unsere Pflicht, die geschäftsführende Verwaltung des Vereins zu verständigen.

Die Zentralleitung des Niederländischen Verbandes des Eisenbahn- und Tramwaypersonals.
J. A. Rosenfeldt, zweiter Vorsitzender,
A. v. d. Berg, Sekretär.

Lohnbewegung der französischen Eisenbahner.

Das Syndikat der Eisenbahnbekleideten richtete an seine Mitglieder einen in 400 000 Exemplaren gedruckten Aufruf, worin unter Hinweis auf die Lebensmittelerhöhung zu einer einheitlichen Eintreten für allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter aufgefordert wird. Morgen findet in der hiesigen Arbeitsbörse eine große Versammlung statt, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen soll.

In Notwehr gegen Vater Staat.

In Italien sieht man am Vorabend eines Ausstandes des Inhabers der staatlichen Tabak- und Salzverkaufsstellen. Diese haben bereits seit längerer Zeit eine Bewegung ins Werk gesetzt, um von der Regierung eine Aufbesserung ihrer Lage zu erhalten. Ihre Forderungen stehen jedoch immer auf Widerstand. Nunmehr kündigen die Verkaufsstelleninhaber den Ausstand an, der gleichzeitig in allen Städten Italiens ausbrechen soll.

Soziales.

Die Verweigerung einer Arbeitsbescheinigung ist unzulässig.

Dieses an sich vollständig klare Rechtsgrundgesetz hat die Kammer 8 des Gewerbegerichts in ihrer letzten Sitzung erneut feststellen müssen.

Es klagte der Kesselreiniger Sch. gegen den Inhaber eines Kesselreinigungsinstituts namens Krüger. Er war eines Tages infolge eines Auftritts mit dem Besagten, den er in seiner Trunkenheit beanlagte, sofort entlassen worden. Bei der Entlassung wurde ihm eine Arbeitsbescheinigung nicht behändigt. Krüger hatte sie auch nicht bei der Entlassung, sondern erst am folgenden Tage gefordert. Da wurde sie ihm aber verweigert. Ihm war es nun, ohne dieselbe nicht möglich, anderweitig Arbeit zu erhalten. Vom Zentralarbeitsnachweis ging dem Gewerbegericht auf Anfrage die Mitteilung zu, daß ohne die Vorzeigung einer solchen Arbeit nicht vermittelt wird.

Das Gericht verurteilte den Besagten zur Erlegung des dem Kläger zugefügten Schadens von 36 Mk. Die Bescheinigung dürfte nicht verweigert werden.

Ein wichtiger Entlassungsgrund.

Der Hausdiener V. ist nach dreijähriger Beschäftigung bei der Firma Jeannot u. Co., Alte Jakobstr. 144, plötzlich entlassen worden. Er bewarb sich um die im Geschäft freigewordene Stelle eines ersten Paders, die ihm mit dem Hinweis auf zu große Arbeitszeitverhältnisse, die der Kläger meistens in dem von seiner Frau betriebenen Geschäft zugebracht haben soll, vorenthalten wurde. Kläger war darüber sehr ungehalten und gab auch seinen Unwillen zu erkennen. Dies trug ihm die sofortige Entlassung ein. Er klagte nun am Gewerbegericht gegen die Firma auf Zahlung einer vierzehntägigen Lohnentschädigung. Im Termin machte die Firma geltend, daß der Kläger den ablehnenden Bescheid als eine Unverschämtheit bezeichnet hätte. Das sei eine Beleidigung der Besagten, die sich dieserhalb auch berechtigt hielt, den Kläger sofort zu entlassen.

Das Gericht kam aber zu einer anderen Auffassung der Sache. Da der Besagte die gewiß recht unpassende und ungehörige Äußerung des Klägers erst hinterbracht worden sei, als die Entlassung des letzteren schon ausgesprochen war, könne sie zur Begründung derselben nicht mehr herangezogen werden. Das unwillige Verhalten des Klägers über die Abweisung seiner Bewerbung durch die Firma stelle aber nach dem Gesetz keinen Entlassungsgrund dar. Die Firma war deshalb zur Zahlung der geforderten 60 Mk. zu verurteilen.

Vom Kontraktbruch.

Die Firma Dichtenstein u. Co. verklagte die Arbeiterin Johanna Will wegen Kontraktbruchs beim Gewerbegericht. Die Besagte war am 13. Juli engagiert worden, hat aber die Stellung nicht angetreten. Die Firma fordert deshalb eine Entschädigung von 9,00 Mk., das ist der durchschnittliche Tageslohn für 6 Arbeitstage, auf den sie nach § 124b der Gewerbeordnung Anspruch machen kann, ohne daß sie den Schaden nachzuweisen verpflichtet ist. Die Besagte machte geltend, daß sie sich bei Abschluß des Arbeitsvertrages mit der Klägerin in einem Rechtsirrtum befunden habe. Sie stand in einem ausführenden Arbeitsverhältnis, das sie glaubte, an jedem Tage lösen zu können; das war jedoch nicht möglich, weil sie für eine bestimmte Frist engagiert war. Sie habe der Klägerin von diesem Rechtsirrtum sofort Mitteilung gemacht. Das Gewerbegericht hielt danach einen Kontraktbruch nicht für vorliegend, da die Besagte im guten Glauben das Arbeitsverhältnis mit der Klägerin einging und auch die pflichtgemäße Mitteilung von ihrem Irrtum der Klägerin gemacht hat. Die Besagte hatte also nicht die Absicht, die Klägerin zu schädigen. Das Gericht empfahl die Klagezurücknahme, dem entsprochen wurde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bei günstigem Wetter heute Flugvorführungen.

Im Falle günstiger Witterung wird Orville Wright am Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr seine Flugvorführungen auf dem Tempelhofer Felde wieder aufnehmen.

Deutsch-französische Beziehungen.

Paris, 15. September. (B. L. Z.) Bezüglich der gestrigen Unterredung des Reichskanzlers mit dem französischen Botschafter in Berlin, Cambon, will der „Temps“ erfahren, daß die beiden Staatsmänner sich gegenseitig zu den seit Abschluß des Marokkoabkommens zwischen den beiden Nationen bestehenden guten Beziehungen beglückwünscht haben. Sie stellten das zwischen französischen und deutschen Interessen in Marokko herrschende Einvernehmen fest, welches es ermöglicht habe, dem zwischen der Firma Kenschhausen und dem Nachen anlässlich der Bezahlung für die Langer Hafenbauten entstandenen Zustände ein Ende zu machen. Man glaubt in den berufenen deutschen Kreisen, daß die von Frankreich zugestandenen Vereinbarungen Deutschland und Frankreich gleich nützlich sein werden für die Entwicklung ihrer Handelsinteressen in Marokko. Der Reichskanzler und der Botschafter Cambon haben nach dem „Temps“ auch verschiedene andere Fragen der Gegenwart berührt.

Landtagsberufung.

Wien, 15. September. (B. L. Z.) Morgen wird die „Wiener Zeitung“ ein kaiserliches Patent veröffentlichen betreffend die Einberufung der Landtage von Böhmen, Ober-Oesterreich, Mähren und Kärnten auf den 21. September und des Landtages von Krain auf den 23. September.

Drei Taucher getötet.

Ravenna, 15. September. (B. L. Z.) Als heute früh vier Taucher damit beschäftigt waren, eine Dynamikapsel zu entfernen, die gestern zu einer Sprengung unter Wasser im hiesigen Hafen verwendet werden sollte, aber nicht zur Explosion gebracht werden konnte, erfolgte unermutet die Entladung. Drei Taucher wurden getötet, der vierte verletzt.

Noch eine Büchse am Nordpol.

New York, 15. September. (B. L. Z.) In einem weiteren Interdium, das Peary einem Vertreter der „Associated Press“ in Battle Harbour gewährte, erklärte er, er habe das Sternenhanner, das Banner der Flottenliga und das Friedensbanner auf Zeltstangen am Pol geholt, photographische Aufnahmen gemacht und Dokumente in einer wasserdichten Büchse hinterlassen.

Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 15. September 1909.

Vormittags-Sitzung.

Lipinski eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Die Debatte über den parlamentarischen Bericht wird fortgesetzt.

Richard Fischer-Verein:

Ein eigenständiges Schauspiel! Alle Parteien beneiden uns um unsere ausgezeichnete Situation. (Sehr richtig!) Und die Parteigenossen im Lande kennen auf Auszeichnung der Scharte von 1907. (Sehr richtig!) Die Nachwahlen legen ein glänzendes Zeugnis für die zunehmende Werbekraft unserer Partei ab. (Sehr richtig!) Und da weiß nun das Arbeiterparlament nichts Besseres zu tun, als sich um ungelegte Eier herumzusprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Man fragt: Was hätte die Partei tun sollen, wenn die dritte Lesung gekommen wäre? Das erinnert mich an die Scherzfrage, ob der Hund den Hasen gefangen hätte, wenn er nicht den belannten Aufenthalt auf dem Wege gehabt hätte. (Große Heiterkeit.) Und noch wunderbarer ist, daß doch eigentlich Partei und Fraktion ganz einig sind in der Überzeugung, daß unsere Zustimmung in der zweiten Lesung der Erbschaftsteuer prinzipiell richtig und taktisch notwendig war. Und noch etwas anderes ganz Neues: Die sogenannten Revisionisten, denen man sonst nachgesagt hat, daß sie bei der Durchführung der Programmforderungen nicht ganz stubenrein seien (Heiterkeit), sind in der glücklichen Lage, sich auf das Programm zu beziehen und stützen zu können, und die sogenannten Radikalen, die sich sonst berufen glauben, das Programm als heiliges Palladium zu schützen, müssen erst wieder einmal definieren und kommentieren. (Sehr gut!) Und noch eine interessante Erscheinung! Unmittelbar vor dem Parteitag haben eben erst im Zentralorgan ein Paar Gänseriche der Fraktion das Kapitel gerettet. (Große Heiterkeit.) Nun aber macht auf einmal das Zentralorgan eine Frontänderung und eröffnet sie mit einer Kanonade auf Parteivorstand und Fraktion, die noch niemals dämmer, unfähiger und feiger gewesen seien. Es ist ja ein Zeichen von großer Kraft, daß die Partei solche Rostkuren aushalten kann. (Sehr wahr!) Aber ob solche Vorgänge gerade ein Zeichen von besonderer politischer Reife sind, darüber kann man geteilter Meinung sein. (Zuruf: Wer hat es denn geschrieben?) Daß die Redaktion es nicht geschrieben hat, darüber brauchen wir uns ja nicht zu wundern. (Heiterkeit.) — Hoch: Das ist nun eine ganz sachliche Debatte! Ja, mein lieber Hoch, es hat jeder das Recht sich zu blamieren; aber das Wesentliche ist, daß das Zentralorgan der Partei solche Kräfte bringt. Das Zentralorgan soll doch die Parteimeinung zum Ausdruck bringen und daher müssen wir bei solchen Artikeln sagen: das ist nicht die Parteimeinung, das ist Meinung des Einzelnen. Und wenn dieser Einzelne ein Ausländer wie Kautsky ist, so macht das bei aller Sympathie für die Internationalität wirklich nicht die Bedeutung des Artikels. Ich nehme mir auch nicht heraus, über belgische, französische und englische Verhältnisse zu urteilen. (Sehr gut!) Da wird in dem Artikel behauptet, von April bis August habe sich eine gewisse Müdigkeit gezeigt (Große Heiterkeit) und dabei haben wir in Hunderttausenden von Versammlungen gegen die Verbrauchssteuern protestiert, haben Millionen über Millionen Flugblätter dagegen verbreitet! Und da soll die Fraktion den Glanz unserer Agitation abgeschwächt haben? Es ist traurig, daß man über solchen Dreß noch reden muß. (Sehr wahr!) Und schließlich hat sogar die „Neue Zeit“ in dasselbe Horn geblasen. Ich denke, über die Obstruktion, die Kautsky verlangt, habe ich kein Wort mehr zu verlieren, nachdem Wollensky und Singer das Nötige gesagt haben. Wir müssen protestieren gegen den politischen Unverstand, Doktrinismus und Fanatismus. Wir haben mit unserer Stellungnahme in der zweiten Lesung getan, was die Bergangenheit und die Zukunft der Partei erfordern. (Hoch: Sehr richtig!) Wenn das der Fall ist, mein lieber Hoch, dann ist es auch nicht Parteiberat, wenn andere sagen, wir wollen warten, ehe wir nein oder ja sagen, bis die politische Situation so klar ist, daß wir ein richtiges Urteil fällen können. Zweimal hat die Fraktion beschlossen, die Abstimmung über die Frage unserer Haltung in der dritten Lesung auszusagen, um abzuwarten, wie bis dahin die politische Situation sich für uns darstellt. (Sehr wahr!) Wir haben unsere Haltung darauf zugeschnitten, die Entscheidung vor die Wähler zu bringen. Wollensky konnte nur gestürzt werden, wenn die Finanzreform verweigert wurde. Wir Sozialdemokraten wollten die Erbschaftsteuer zur Annahme bringen, weil wir dann in der Lage waren, gemeinsam mit Zentrum, Polen und Konserverativen die ganze Finanzreform zum Scheitern zu bringen. Wie die Situation sich weiter gestalten würde, konnte man nicht voraussehen, deshalb mußten wir uns die Abstimmung in dritter Lesung vorbehalten. Kautsky hat die Frage aufgeworfen, ob wir unter allen Umständen direkte Steuern zu bewilligen haben. Er sagte, es gebe Leute, die das meinen. Ich kenne keinen, der so dümm ist. Wenn aber Kautsky es als unsere erste Pflicht bezeichnet, jede Steuererhöhung zu vereiteln, selbst in dem gar nicht in Betracht kommenden Fall, daß die Steuern vollständig den Anforderungen unseres Programms entsprechen, so heißt das doch geradezu der Regierung die Möglichkeit geben, uns bei den Massen als gewissenlose Politiker zu verächtigen. (Sehr gut!) Das widerspricht durchaus unserem Standpunkt und Genosse Wobler hat bereits gestern dem Genossen Barm zugeworfen, daß es nicht ein Schachzug, sondern unser bitterster Ernst war, als wir beim Flottengesetz direkte als Ersatz für indirekte Steuern forderten. Das so etwas Wahlpolitik sein soll, habe ich schon vor 20 Jahren gehört und fürchte es nach 20 Jahren wieder zu hören. Die Partei ist dadurch groß geworden, daß sie Wahlpolitik gemeinsam mit Grundtypolitik gemacht hat. (Lebhafte Weisfall.)

Lipinski:

Eben ist ein Teilergebnis von der Nachwahl im Bezirk Koblenz eingelaufen. 1907 erhielt in den betreffenden Orten die Sozialdemokratie 2100 Stimmen, in diesem Jahre 2508 (Weisfall). Das Zentrum erhielt 1907 in jenen Orten 15 073, diesmal 9300. (Lebhafte Weisfall. Zuruf: Das ist die versumpfteste Fraktionspolitik!)

Hoch-Ganau:

Die Debatte dreht sich nicht um ungelegte Eier. (Sehr richtig!) Wir beabsichtigen nicht, ein nutzloses Geschwätz herbeizuführen. (Zuruf: Aber die Wirkung!) Nein, auch das nicht. Wir müssen zu solchen Fragen Stellung nehmen. Wir können jederzeit wieder vor die Frage gestellt werden, ob wir für direkte Steuern stimmen sollen ohne Rücksicht auf die Aufhebung indirekter. Wenn der Parteitag über irgend eine Frage zu entscheiden hat, dann über diese. Es hat mich gewundert, daß Fischer die Stellungnahme unserer Fraktion in der zweiten Lesung ausgeschrieben hat. Bei der zweiten Lesung wird doch nicht über das ganze, sondern über Einzelheiten abgestimmt. Man hat hier mit großem Feuer die Bedeutung der Erbschaftsteuer herbeigehoben. Da möchte man fragen, welche arbeiterfreundliche Regierung mag denn wohl eine so scharfe Heranziehung des Kapitals vorge schlagen haben. Dabei wissen wir doch alle, daß der Vorschlag von einer ausgesprochen arbeiterfeindlichen Regierung ausging, die die Erbschaftsteuer nur als Verzugsungsmittel vorschlug und sich gern mit den indirekten Steuern begnügen hätte, wenn sie nicht Angst vor der Sozialdemokratie gehabt hätte. Der Erfolg be-

weist, daß wir unter keinen Umständen in der dritten Lesung für die Erbschaftsteuer hätten stimmen dürfen. Das schöne Ergebnis in Koblenz beweist wieder, daß das Ergebnis der Verhandlungen im Reichstage für uns das denkbar günstigste gewesen ist. (Sehr richtig!) Siedelmann ruft: Und das wollen Sie zerstören! Mit der Theorie vom kleineren Uebel reizt man geradezu die Gegner zu arbeiterfeindlichen Beschlüssen an. Nicht dadurch, daß wir für die Erbschaftsteuer gestimmt haben, sondern durch die Empörung des Volkes über die indirekten Steuern ist die Situation für uns so günstig geworden. Allerdings ist die Empörung dadurch gesteigert worden, daß die Regierung nun nicht sagen kann: auch die reichen Leute sind belastet worden. Die Erbschaftsteuer war nur ein Vorwand für die indirekten Steuern. Wenn gestern die Kritik am Fraktionsbericht bedauert worden ist, so freue ich mich, diese Kritik herbeigeführt zu haben. Es kann nur von Nutzen sein, wenn in parteigenösslicher Sachlichkeit solche Dinge verhandelt werden. (Weisfall.)

Wöhle-Strasbourg:

Die letzten Ausführungen Hochs bestätigen, daß von dieser Seite systematisch darauf hingearbeitet worden ist, die Frage vor den Parteitag zu bringen. (Sehr richtig!) Vor der ersten Lesung hat in der Fraktion gerade Geyer ausdrücklich erklärt, daß wir uns nicht festlegen dürfen und freie Hand behalten müssen. Ich war um so verwunderter über Gebers Aufstehen hier und auf der sächsischen Landeskonferenz, als gerade Geyer, nachdem in zweiter Lesung die Erbschaftsteuer abgelehnt war, vor Freude sich die Hände rieb und erklärte, jetzt sind wir frei heraus und haben eine feine Position. Hoch und Emmel erklärten es für ihre Pflicht, die Parteigenossen über die Uneinigkeit der Fraktion in dieser Frage aufzuklären. Wir sind dabei, aber Hoch und gewisse andere Kollegen in der Fraktion würden dabei sehr schlecht abschneiden. (Große Unruhe. Zuruf: Heraus mit der Sprache! Aberne Drohung! Was soll das heißen!) Heraus mit der Sprache! hätten Sie gestern rufen müssen. (Sehr gut!) Singer hat es für notwendig gehalten, als Vorsitzender der Fraktion und der Zentralpartei zu erklären, daß er für seine Person gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hätte. (Zuruf: In der Fraktion!) Das könnte den Anschein erwecken, daß eine sehr starke Strömung in der Partei vorhanden war, in der dritten Lesung gegen die Erbschaftsteuer zu stimmen. Da kann ich im Einverständnis mit Wobler konstatieren, daß er auch in dritter Lesung für die Erbschaftsteuer gestimmt hätte, ganz im Einklang mit den vortrefflichen Worten, die er 1908 in Halle sprach: die Arbeiter erkennen in uns ihre politische Vertretung, weil sie sehen, daß wir schon jetzt nach Kräften dahin wirken, ihre Lage, soweit es auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft möglich ist, zu heben und zu verbessern. (Lebhafte Bravo!) Unseren Einfluß im Parlament können wir nur stärken, wenn wir das Parlament an sich stärken. Werfen wir die Frage des Verwendungszwecks auf, so können wir keinen Pfennig Steuern bewilligen, aber dann müssen wir aus dem Parlament überhaupt heraus und der ganze zweite Teil unseres Programms hätte überhaupt keine Bedeutung mehr.

Kautsky:

Fischer hat sich eine Einstellung zuzuschulden kommen lassen in Bezug auf meine Ausführungen über die Obstruktion. Ich habe ausgeführt, die Obstruktion hätte die Tatsache, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die gegen förmliche indirekte Steuern gestimmt hat, zu unterstreichen. Ich habe zu viel Respekt vor der Intelligenz Fischers, als daß ich nicht annehmen könnte, daß er ganz genau verstanden hat, was ich sagen wollte. (Zuruf: Beruht auf Gegenseitigkeit!) In meinen zehn Minuten kann ich nicht die Geschäftsordnung im Reichstage erörtern. Nur eine Anfrage an Wollensky: Sind mit Antritt die Dauerredner ausgestorben? (Wobler: Das war einer und dann war es fertig!) Ich bitte die Fraktion, die Pläne nicht für alle Zeiten ins Korn zu werfen. David erwartete eine Resolution von mir, die die Frage der Steuerpolitik grundsätzlich regelt. Ich erachte angeht die der Vertretung der Fraktion in dieser Frage eine solche Regelung durch den Parteitag für unbedingt notwendig und für vollständig möglich. Diese Regelung empfiehlt sich aber nicht für diesen Parteitag. Ich möchte den Antrag Geyer unterstützen, die Frage der Steuerpolitik auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. David meint ja allerdings, unser Programm entscheide bereits grundsätzlich diese Frage, aber im Programm stehe nichts darüber, daß wir unter allen Umständen die Erbschaftsteuer bewilligen müßten. (Zuruf: Das hat auch niemand verlangt!) Im Programm steht nicht, daß wir die Erbschaftsteuer auch in der vorliegenden Form bewilligen müssen. Ich glaube, daß dieser Wechselbalg von Erbschaftsteuer, den Wollensky mit den Liberalen gezeigt hat, nicht als eine Erfüllung unserer Programmforderung angesehen werden kann (Sehr wahr!), sondern daß wir alle Ursache haben, ihn abzulehnen. Robert Schmitz' Anschauung von der Verwendung als einer sekundären Frage ist sehr gefährlich. Wir wollen die Bourgeoisie doch zugunsten des Proletariats, nicht zugunsten einer Soldateska oder höfischer Elemente exportieren. Wir wollen doch nicht, daß das Proletariat nichts erbt als einen Bankrott. Nun heißt es, die Einnahmen waren schon bewilligt, und es handelte sich bloß um die Ausgaben. Aber hier handelt es sich um ein System, um eine Schraube ohne Ende. Die Ausgaben erzeugen die Notwendigkeit von Einnahmen, aber die Einnahmen erzeugen neue Ausgaben, die dann wieder neue Einnahmen erfordern. Darum war die Debatte notwendig, weil man wahrscheinlich nächsten wieder den Trieb versuchen wird, neue indirekte Steuern durch Anhängen einer Erbschaftsteuer durchzuführen, wie man dem Wollensky eine Lunte zum Spielen vorwirft. (Sehr gut!) Nicht nur bei der Bewilligung von Ausgaben, sondern auch von Einnahmen müssen wir den äußersten Widerstand leisten. Niemals dürfen wir dem heutigen System eine Steuer bewilligen zu Zwecken, die wir verwerfen. Ich glaube nicht, daß die Erbschaftsteuer unsere Fraktion so gespalten hätte, wenn die Konserverativen nicht die Dummheit gemacht hätten, dagegen zu stimmen. Erst dadurch gewann die Erbschaftsteuer den Anschein, als ob sie eine Konzession an unser Programm wäre, einen Anschein, den sie in Wirklichkeit gar nicht verdient. Nun wird gesagt, wir wären in die unangenehmste Gesellschaft der Konserverativen und Liberalen gekommen, wenn wir gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hätten. Aber nicht durch ihr Stimmen gegen die Erbschaftsteuer, sondern dadurch, daß sie unter Ablehnung der direkten Steuern für die indirekten Steuern stimmten, haben Konserverative und Liberalen eine alles übersteigende Infamie begangen. Wenn wir aber gegen alle Steuern stimmten, haben wir auch das Recht, gegen die Erbschaftsteuer zu stimmen. Wenn wir das der Masse klar gemacht hätten, hätte sie es auch verstanden. (David: Gehen Sie doch zu den Massen!) Sie wissen ganz gut, welche Gründe mich daran verhindern. — Der Trieb mit der Erbschaftsteuer hat nicht verlangen, die Liberalen werden von den Wählern ebenso im Stich gelassen, wie die Konserverativen und Liberalen. Nicht die Erbschaftsteuer ist das entscheidende, sondern die indirekten Steuern. Die Gefährlichkeit der Masse, die da zeigt, daß sie sich durch den demagogischen Erbschaftsteuertrieb nicht beeinflussen lassen, ist das erhebende Moment dieser Frage. Wenn auch die Fraktion vorübergehend gespalten war, die Massen sind nicht gespalten und stehen einmütig der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber. Darin erblicke ich die Kunst der

Situation, die Grundlage unseres Fortschreitens und die Bewährung des Sieges. (Lebhafte Weisfall.)

Auf Antrag von Schöpflin wird die Debatte geschlossen.

In einer Bemerkung zur Geschäftsordnung versucht David-John-Verein die Angriffe gegen den „Vorwärts“ zurückzuweisen, er wird aber von dem Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß das nur in Form einer persönlichen Bemerkung nach dem Schlußwort des Referenten zulässig ist.

Stadthagen protestiert dagegen, daß der Schlußantrag von einem Mitglied des Reichstages ausgegangen ist.

Lipinski teilt mit, daß noch folgende genügend unterstützte Resolution Müller-Hamburg eingegangen ist:

„Der Parteitag erklärt, daß er die Haltung der Reichstagsfraktion, insbesondere ihre Zustimmung zu der Erbschaftsteuer billigt.“

Der Parteitag fordert die Fraktion auf, weiterhin die indirekten Steuern, die die Massen der Arbeiterklasse aufs schwerste bedrücken, auf das entschiedenste zu bekämpfen und dahin zu wirken, daß den herrschenden und bestehenden Massen die Kosten ihrer bols- und kulturfeindlichen Politik auferlegt werden.“

Es entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob diese Resolution noch zur Abstimmung kommen darf.

Singer schlägt vor, die Resolution nachher besonders zu behandeln, damit die Meinung des Parteitages zum Ausdruck kommt.

Kobler Hoffmann-Berlin widerspricht diesem Vorschlag, der die ganze Debatte von neuem aufrollen würde.

Wobler bezeichnet die Resolution als einen Ueberstempelungsversuch und erucht die Antragsteller, sie zurückzuziehen. Andernfalls bitte er den Parteitag, darüber zur Tagesordnung überzugehen.

Frank-Mannheim nimmt die Antragsteller gegen den Vorwurf des Ueberstempelungsversuchs in Schutz, zieht aber angesichts der seiner Meinung nach unberechtigten Erregung des Parteitages die Resolution zurück. (Bravo.)

Rummehr erhält das Schlußwort

Redebeit:

Die Mehrzahl der vorliegenden Anträge können wir nur willkommen heißen, zum Beispiel die Anregung, daß die Reichstagsfraktion den Antrag auf gleichmäßige Einteilung der Wahlkreise so oft als möglich einbringen soll. Die Fraktion hat auch schon entsprechend gehandelt. Der Antrag und die Verwertung der Debatte darüber draußen im Lande wird ein wertvoller Beitrag zum Kampf gegen die Junker und Junkerengenossen sein. Das gleiche gilt für den Antrag betreffend die Legislaturperiode. Wir haben das größte Interesse daran, daß die Legislaturperioden wenigstens auf das Maß von drei Jahren verkürzt werden. Auch den Antrag, der ein bestimmtes Vorgehen zugunsten der Seeleute vorschlägt, kann ich nur lebhaft unterstützen. Es wird Pflicht der Fraktion sein, gerade für diese bedrückten Arbeiter einzutreten, die ihren Beruf unter ständiger Lebensgefahr ausüben müssen und unter einer ganz ausbeutungsfähigen Unternehmertyppe zu leiden haben. Für den Antrag Eisner, der eine Modifikation des Beschlusses der Landeskonferenz von Anhalt bedeutet, kann ich mich nicht erwärmen. Ich gebe zu, daß die Antragsteller von den besten Absichten ausgehen, aber insoweit ihre Anregung überhaupt ausführbar ist, ist die Fraktion von jeher so verfahren. Wir bringen in jeder Session eine Anzahl Anträge ein, von denen leider nach der Geschäftsordnung des Reichstages nur ein ganz geringer Teil überhaupt zur Verhandlung kommt. Wir haben jetzt schon in den Archiven des Reichstages eine Fülle von Anträgen lagern, die der Zeit ihrer Auserhebung harren. Eisner sprach mit hoher Bewunderung von dem Antrag Tellow-Verslow, der bereits 1903 die Welt erleuchtet hat, aber dieser Antrag hat schon damals keine Annahme gefunden und ist auch von der Fraktion bekämpft worden. Eisner verlangt eine demokratische Revision der Verfassung, eine Reichsfinanzreform, ein einheitliches Arbeiterrecht, eine Arbeiterjurisdiktion, eine Arbeiterversicherung, ein neues Strafgesetzbuch, eine Strafprozessordnung — alles zunächst. Es fehlt nur noch ein neues bürgerliches Gesetzbuch auf Grund der materialistischen Weltanschauung. Eisner hat ja selbst die Hoffnung ausgesprochen, daß sein Antrag keine Annahme finden würde, und ich kann meinerseits nur wünschen, daß diese Esperantohoffnung in Erfüllung geht. (Heiterkeit.)

In meiner Einleitungsrede habe ich darauf hingewiesen, daß wir gegenüber den bürgerlichen Parteien und insbesondere gegenüber den Liberalen keinen Anlaß zum Herausgehen aus unserer bisherigen Haltung haben. Wenn sie mit uns zusammengehen, haben wir sie niemals zurückgestellt. Wir haben sie immer eingeladen, für unsere Anträge zu stimmen. Wir haben aber keinen Grund, Bündnisse irgendwelcher Art zu suchen. Genosse Wobler hat mich gebeten, eine Erfahrung mitzuteilen, die er gemacht hat, als Raumann seinen vielbelächelten Anspruch vom Bunde von Wobler bis Wassermann in der Welt geschleubert hat. Wobler hat zufällig Herrn Wassermann getroffen und sagte: „Ra, Herr Bundesbruder, wie ist es mit dem Bund?“ Da sagte Wassermann und Wobler stimmt zu: „Ach, Unsinn!“ Wobler knüpfte daran die Bemerkung, daß, wie einmal die politische Konstellation und das Verhalten der Liberalen sind, der Glaube an ein Bündnis irgendwelcher Art zwischen Sozialdemokraten und Liberalen eine Utopie sei.

Ein paar Worte zum Genossen Winickiewicz. Er glaubte, daß unsere Presse nicht scharf genug gegen die Polen vorgegangen sei. Gewiß hat unsere Presse über die Tätigkeit der polnischen Fraktion beim Schnapsbrot nur sehr wenig berichtet. Aber man kann doch nicht über Reden berichten, die nicht gehalten worden sind. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wir werden noch gründlich mit der polnischen Fraktion abrechnen, deren Presse sich die ganz infame Verdächtigung geleistet hat, wir hätten gegen die Branntweinsteuerung gestimmt im Interesse der Gastwirte. Unser Schnapsbrotbeschluss von gestern hat den besten Beweis für die Unmöglichkeit dieser Verdächtigung geliefert. Das wird uns nicht abhalten, nach wie vor gegen die Unterdrückung der Polen Front zu machen, nicht um Dank von der polnischen Fraktion zu erwerben, sondern im Interesse der polnischen Arbeiter, die schließlich doch noch, trotz aller Widerstände, für die sozialdemokratischen Ideen zu gewinnen sein werden.

Rast die ganze Debatte hat sich auf die Finanzreform und die Stellung der Partei zur Erbschaftsteuer erwidert. Wöhle hat mit großem Eifer, aber nicht mit großem Geschick eine Attacke geritten. Er suchte es so darzustellen, als ob bei der ersten Lesung der Erbschaftsteuer von der radikalen Seite, wenn ich mich so ausdrücken soll, mit Gewalt auf einen Beschluß hingewirkt worden sei. (Wöhle: Hoch hat es ja bestätigt!) Wie ist der Beschluß, auf Grund dessen Singer seine Erklärung abgegeben hat, zustande gekommen? Frank, Wöhle und andere bestritten, es sollte Singer verboten sein zu erklären, daß die verunkunzte Vorlage für uns unannehmbar war. (Hört hört!) Ich warnte die Genossen, zu einer solchen Abstimmung zu schreiten. Sie glaubten aber die Wahrheit zu haben, und da wurde zu ihrem großen Erstaunen der Antrag mit einigen Stimmen Mehrheit abgelehnt. Damit war Singer ausdrücklich die Vollmacht gegeben, nunmehr zu erklären, die Vorlage, wie sie ist, ist für uns unannehmbar. (David: So stimmt es auch nicht!) Jawohl! (David: Nein, so stimmt es nicht!) Sie trauen doch nicht zu behaupten, daß Frank den Antrag nicht gestellt hat? Damit fällt die ganze Behauptung Wöhles zu Boden. An sich ist es gleichgültig, von welcher Seite die Anregung zur Beschlußfassung gekommen ist, aber charakteristisch ist es, daß dieselbe Seite, von der

Die Anregung gekommen ist, uns einen Strich zu drehen sucht daraus, daß die Abstimmung erfolgte. Es heißt immer wieder, wir hätten in zweiter Lesung für die Erbschaftsteuer gestimmt. Wir haben nur für einzelne Bestimmungen in zweiter Lesung gestimmt. (David: Für die entscheidenden Bestimmungen!) Für einzelne Bestimmungen, aus denen das Prinzip der Vorlage hervorgeht, und das haben wir, wie ich ausdrücklich betone, einstimmig beschlossen. Die Frage ist nur, ob aus unserer Abstimmung in zweiter Lesung hätte geschlossen werden müssen, daß wir auch in dritter Lesung dafür stimmen müßten. Ich begreife nicht, daß erfahrene Parlamentarier wie Fischer sagen, sie verstehen nicht, wie man einen Unterschied zwischen einer Abstimmung in zweiter und dritter Lesung machen könne. In zweiter Lesung wird nicht über das ganze Gesetz abgestimmt, sondern über einzelne Paragraphen oder einzelne Sätze. Fast in jeder Vorlage nehmen wir Hauptbestimmungen in zweiter Lesung an und lehnen nachher doch in dritter Lesung die ganze Vorlage ab. Sei es im Hinblick auf die Schädlichkeit der anderen Bestimmungen oder aus allgemeinen politischen Erwägungen. Gegen unsere Abstimmung für die Erbschaftsteuer in dritter Lesung sprachen Gründe rein sachlicher Natur und allgemeine politische Erwägungen. An sich war die Vorlage schon ganz verhängnisvoll gegenüber der uralten Regierungsvorlage; sie wandelte die Besteuerung der Erbschaftsmasse in die Besteuerung der Erbschaften um, brachte Begünstigungen für den Großgrundbesitz hinein, hielt das Steuerprivileg der Fürsten aufrecht usw. Wäre es zur dritten Lesung gekommen, so hätten wir auf Grund des oft zitierten Beschlusses der Fraktion, den Singer im Plenum zu vertreten beauftragt war, die Vorlage abzulehnen müssen. Dazu kamen die allgemeinen politischen Erwägungen. Der Gedanke, daß wir unter allen Umständen für direkte Steuern eintreten müssen, ist auch von den Beschwörern fallen gelassen, nun wird die Theorie des kleineren Übels geltend gemacht. Wenn man sich auf diesen Boden begibt, wo ist da ein Halt? (Sehr richtig!) Hier sollte nicht eine bestehende schlechtere Steuer durch eine direkte ersetzt werden, sondern es handelte sich darum, daß man Steuern als integrierenden Bestandteil eines neuen Steuerbündels annehmen will, weil andere Steuern schlechter seien. Warum hat man dann gegen die 40 Millionen Grundstücksbelastungen und gegen die Schaumweinsteuer gestimmt? Da kommt man auf die schiefse Ebene, und wohin man da gleitet, hat Robert Schmidt in der Hitze des Gefechts zu erkennen gegeben, als er sagte, wenn die bestehenden Klassen direkte Steuern zahlen wollten, so ist es uns ganz gleichgültig, wieviel Kriegsschiffe sie dafür bauen. (Widerpruch!) Wir bekämpfen doch den Militarismus nicht nur deshalb, weil die Mittel dazu durch diese oder jene Steuern aufgebracht werden, sondern an sich. (Sehr richtig!) Noch andere Momente kommen hinzu, die ich in meinem einleitenden Vortrag hervorgehoben habe, die aber leider in der Debatte einfach ignoriert worden sind. Ich habe auf die Rassisterei hingewiesen, mit der die Regierung auf ein Mantelgesetz verzichtete. Die Regierung hat direkt darauf spekuliert, daß wir die Erbschaftsteuer in das Steuerbündel hineinzubringen würden, deshalb hat sie das Mantelgesetz nicht eingebracht. Ich betone mich auf den Fürsten Bülow, der in einer seiner Feuilletonreden der Sozialdemokratie sagte: Wir nehmen auch Ihre Unterstützung gern an. Das heißt natürlich die Unterstützung bei dieser Erbschaftsteuer, von der er erwartete, ohne die Sozialdemokratie keine Mehrheit für sie zu bekommen. Schon wegen der Wahrung des Budgetrechtes des Reichstages mußten wir darauf dringen, daß das elende Mandat des Aufgebens eines Mantelgesetzes scheiterte, und mußten jede Steuer ablehnen, ganz gleichgültig, welche Gestalt sie hatte. Ich begreife nicht, daß diese wichtige Budgetfrage nicht genügend gewürdigt ist. Hätte die Regierung ein Mantelgesetz eingebracht, würden wir diese Auseinandersetzungen gar nicht nötig haben. Daß Sie sich auf diese mit Honig bestrichene Deliz heraufgelassen haben, ist eine unbegreifliche politische Torheit. (David: Ist das ein Schlusswort?) Es ist mein gutes Recht, die Argumente zu bekämpfen, die gegen die Stellung der Fraktion vorgebracht sind. (Frank: Gegen die Stellung der Fraktion?) Ich habe die Stellung der Fraktion auf Grund der Beschlüsse zu vertreten, und es liegt mir ein Beschluß vor, der diese Vorlage für unannehmbar erklärt. Sie sind die Minderheit, die dagegen vorgeht. (Zuruf: Sie wissen das Gegenteil! David: Unwahrheit! Frank: Bringen Sie es doch zur Abstimmung!) Sie haben systematisch darauf hingearbeitet, im Lande den Eindruck zu erwecken, als ob Sie eigentlich mit Ihrer Ansicht, endgültig für die Erbschaftsteuer zu stimmen, die Mehrheit hinter sich hätten. Die Beschlüsse der Fraktion stehen dem entgegen. (David: Unwahrheit! Frank: Aus dem Bericht vorlesend: „Für die Erbschaftsteuer hat auch die sozialdemokratische Fraktion gestimmt.“)

Vors. Bismarck: Genosse Frank! Sie haben natürlich das Recht, Zwischenrufe zu machen, aber nicht mitten in einer Rede vorzulesen. (Sehr richtig!)

Lebedour (fortfahrend):

Gegenüber dieser unerhörten Manier werde ich vorlesen, was ich geschrieben habe. Ich hatte meinen Bericht der Fraktion zur Korrektur unterbreitet. Auf Wunsch irgend welcher Parteigenossen hat der Parteivorstand Streichungen vorgenommen von Stellen, die korrekten, was hier bestritten wird. (Zuruf: Sie haben die Vollmacht dazu gegeben!) Die Vollmacht, Streichungen vorzunehmen, ohne Sinnesänderungen, Geänderten worden ist der Passus: „Es ist ganz falsch, aus der Zustimmung in zweiter Lesung den Schluss zu ziehen, daß die sozialdemokratische Fraktion sich auch für die Zustimmung in dritter Lesung festgelegt hätte.“ Ich erhebe keinen Vorwurf gegen die Streichungen, aber ich verwahre mich gegen den Versuch, daß Genossen, die meinen Originalbericht in der Hand gehabt haben, ihn gegen mich auszuüben. Ich verwahre mich nur, daß Genossen, die wissen, daß diese Streichungen vorgenommen sind, (Zuruf: doch mit Ihrer Zustimmung) mich jetzt in Widerspruch setzen wollen mit dem Bericht. Ich hatte weiter geschrieben:

Für die endgültige Entscheidung hätten alle die Erwägungen mißbestimmend sein müssen, die aus der gesamten politischen Situation und aus der prinzipiellen Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen das herrschende System resultieren. Insbesondere wäre dabei noch in Betracht gekommen die Aufforderung der Sozialdemokratie an die Gesamtheit des Reichstages, der Regierung nicht eher einen Groschen zu bewilligen, als bis wahrhaft konstitutionelle Garantien gegen die Willkürherrschaft geschaffen worden seien. (Sehr richtig!) Von solchen konstitutionellen Garantien ist aber durch die Mehrheit des Reichstags rein gar nichts erwirkt worden. (Hört! hört!)

Das hatte ich geschrieben, und das ist auf Grund der Streichungsvollmacht, wahrscheinlich auf Grund von Eingaben von Genossen von dort (zu den Süddeutschen) (Bismarck: Sechzehn Proteste sind eingegangen!) durch den Parteivorstand geschehen worden. Dazu hatte selbstverständlich der Parteivorstand das Recht. (Frank: Na also!) Ich verwahre mich entschieden dagegen, daß die Genossen mich jetzt in Widerspruch setzen wollen mit dem, was ich geschrieben habe, und ich bedauere lebhaft, daß dieser wichtige Gesichtspunkt aus dem Bericht herausgefallen ist, denn das war einer der entscheidenden Gesichtspunkte, die uns nötigen mußten, jede Steuer zu verweigern. (Zuruf: Wohl!) Jede Steuer in diesem Reichstag, in dieser Situation zu verweigern. Wozu haben wir denn mit aller Leidenschaft und Energie die bürgerlichen Parteien aufgefordert, die Nachmittel auszugeben und nicht an die Er-

weiterung der sog. Finanzreform heranzugehen, bevor das persönliche Regiment kapituliert hat, und jetzt sollten wir dieser jämmerlichen Weisheit leihen. Wir würden uns ja selbst ins Gesicht geschlagen haben (Weisheit), wenn wir in dieser Situation dem Handlanger des persönlichen Regiments, diesen jämmerlichen Schaupolitiker Bülow oder sonst wem auch nur einen Groschen bewilligten. (David: Zurur! Anstimm! Frank: Das sind ja alles Phrasen!) Das ist sehr charakteristisch für den Genossen David. Bei der Debatte über das persönliche Regiment habe ich alle, und selbst Genosse Heine, dem Fürsten Bülow erklärt, daß er nicht würdig ist, auf seinem Plage zu bleiben. Aber nachher hat David es fertig gebracht, in der Debatte zu Bülow zu sagen: wir hätten ja gar nicht den Wunsch, es könnte ja ein Schlimmerer an seine Stelle kommen. (David: Das ist ja auch un wahr!) Ich kann natürlich nicht wörtlich zitieren. (David: Was!) Sein Gedankengang war jedenfalls so, und aus diesem Gedankengang heraus versteht man es, daß er es für kompletten Unsinn erklärt, wenn wir sagen: einer so diskreditierten Regierung keinen Groschen! Die Nichtdurchführung der Verfassungsreform ist meinem Empfinden nach eines der ausschlaggebendsten Momente dafür, daß wir in dieser Situation auch jede direkte Steuer unbedingt ablehnen müssen.

Noch ein paar Worte über die sogenannte Obstruktion. Sowie ich weiß, stehen alle Abgeordneten auf dem Standpunkt, daß technisch die Obstruktion sich nicht mehr durchführen ließe. Alle Achtung vor Antritt, aber zu einer Achtstunde Rede gehört eine gute Lunge, die nicht jeder hat. (Heiterkeit.) Die Veränderung der Geschäftsordnung hat die wesentlichen Obstruktionsmittel lapar gemacht. Die Rede Antritts war ja die letzte Verzweiflungstat. Wir haben ausdrücklich die härteste Opposition gegen die gesamte Finanzreform beschlossen. — Ich glaube, es ist eine vollkommene Verleumdung der Massenpsychologie, wenn man glaubt, daß die Zentrumswähler jetzt in Massen wegen der Erbschaftsteuer zu uns kommen. Sie kommen zu uns, weil man ihnen alle möglichen Genußmittel verteuert hat. (Frank: Selbstverständlich.) Ich habe selbst in einer Versammlung gesagt: Ich hoffe, daß die verteuerten Rindböden in den unaufgeklärten Köpfen der Arbeiterfrauen ein helles Licht anzünden werden. Überall rüttelt es die Wähler auf, daß 450 Millionen indirekte Steuern durch die Volkvertreter auf die breite Masse des Volkes gelegt worden sind. Ich begreife nicht, daß die Parteigenossen sich nicht zutrauen, den Massen darzulegen, warum wir eventuell — es ist ja garnicht dazu gekommen — außerdem auch gegen die Verwilligung von direkten Steuern gestimmt hätten! Wir hätten es auf uns nehmen können, auch die Unaufgeklärtesten darüber aufzuklären. Vor Schwierigkeiten der Agitation ist die Partei noch nie zurückgeschreckt. Wir können unsere Agitation nicht nach dem Denkvormögen der ganz unaufgeklärten Leute einrichten, wir sind sonst auf dem besten Wege, den Phittleresel auf die Schulter zu nehmen. Nachdem die Aussprache gekommen war, mußte sie zu Ende geführt werden. Vielleicht hätte unser Verhalten in dem einen oder anderen Punkte mehr Schwung oder Erfolg haben können, aber die größten Erfolge werden der deutschen Sozialdemokratie auch weiter erwachsen, wenn wir trotz der Differenzen gemeinsam die Situation ausnutzen, um die Aufklärung in der Massen zu tragen. Ich begrüße mit Freuden die geistige Anregung Alberts, daß die Fraktion bei wichtigen Gelegenheiten mit einem Aufruf an das Volk herantreten soll, ein Gedanke, den ich wiederholt in der Fraktion vertreten habe. Ich habe auch nichts gegen Demonstrationen, Umzüge usw. Wir müssen Del aller Art ins Feuer gießen, wo wir die Brandstoffe nur herbringen, um fortgesetzt eine große Bewegung zu entfesseln, und ich hoffe, daß wir alle zusammen trotz aller Unterschiedlichkeiten für unsere große Sache, für die Entwickelung zum Endziel des Sozialismus tätig sein werden! (Lebhafter Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Geher: Meine vom Genossen Böble erwähnte Freude bei der zweiten Lesung der Erbschaftsteuer rührte gerade von der Genehmigung her, daß die Ablehnung uns nunmehr der Notwendigkeit überhöht, uns weiter mit den Ansichten des Genossen Böble und anderer in der Fraktion herumzuschlagen.

Redakteur des „Vorwärts“ Davidsohn: Die „Vorwärts“-Redaktion legt die Ansicht des Genossen Albert über angebliches Verlegen des „Vorwärts“ in der Zeit der Finanzreform zu dem heutigen Artikel des „Vorwärts“, der die volle Unterschrift des Genossen Karoff trägt. Dabei hat Genosse Fischer sich darüber entsetzt, daß der „Vorwärts“ nicht seine Spalten einfach und ohne weiteres den Ausführungen des Genossen Bernstein preisgibt.

Frank-Rammheim: Genosse Lebedour hat in seinem sogenannten Schlusswort behauptet, ich hätte den Versuch gemacht, in der Fraktion schon vor der ersten Lesung eine Festlegung unserer Abstimmung gegenüber der Erbschaftsteuer herbeizuführen. Ganz im Gegenteil habe ich gewünscht, daß unser Fraktionsredner Singer in der ersten Lesung sich und uns nicht festlegen möge. Genosse Singer hat denn auch planmäßig den Gedanken in der Fraktion Rechnung getragen und die Vorlage nur als „nicht geeignet“ bezeichnet. Lebedour beschwert sich darüber, daß wir ihm seine Korrekturen vorhalten. Er hat in der Einleitung seines Berichts erklärt, daß ihm dankenswerte Korrekturen zugegangen seien, ich konnte nicht annehmen, daß ihm wichtige Stellen gegen seinen Willen geändert sind. (Lebedour: Ich habe Ihnen doch bereits erzählt, wie die Sache zusammenhängt.)

Robert Schmidt-Berlin: Um weiteren verbitternden Diskussionen vorzubeugen, erkläre ich ausdrücklich, daß ich zum militärischen System dieselbe Stellung einnehme wie die Fraktion: strikte Ablehnung aller Forderungen. Was sollen unsere Gegner sagen, wenn unsere Parteigenossen sagen: Solchen Erklärungen glaube ich nicht. (Widerpruch Lebedours.) Sie haben sich solcher Angriffe zu enthalten, zu denen Sie Ihr Schlusswort mißbraucht haben. Genosse Lebedour hat nicht loyal gegen die Fraktion und die Parteigenossen gehandelt. (Zustimmung und Widerspruch.)

ParteiSekretär Müller-Berlin: Wir haben an dem Sinn der Ausführungen des Lebedourschen parlamentarischen Berichts nichts geändert, und ich bin bereit, den Beweis zu erbringen.

David-Mainz: Wenn wir zur Erbschaftsteuer ein Nein ausgesprochen, so war das auch ein Ja für Steuern, die noch schlechter waren. (Widerpruch.) Unser Nein hätte der Regierung eine Reihe Steuern bewilligt, die noch schlechter waren. (Widerpruch Lebedours.) Ich muß weiter bestreiten, daß ich, wie Lebedour darstellt, den Fürsten Bülow gewissermaßen als einen um lieben Staatsmann bezeichnet habe. Ich habe ausgeführt, daß die Frage des Kleibens oder Gehens Bülows nicht unsere Stellung zu den Steuerordnungen bestimmt. Für meine von Lebedour als unwahr bezeichnete Darstellung, daß voraussichtlich die Mehrheit der Fraktion in dritter Lesung sich für die Erbschaftsteuer entscheiden würde, bin ich bereit, den Beweis zu erbringen. Ich bin überzeugt, daß diese Mehrheit eine sehr große gewesen wäre. (Widerpruch.) Es ist das notwendig, da nach dem Schlusswort Lebedours in das Land hinausgetragen werden könnte, als ob wir gegen die Erbschaftsteuer gewesen wären.

Nichard Fischer-Berlin: Wenn ich auch Geschäftsführer des „Vorwärts“ bin, so werde ich mir doch jetzt und für die Zukunft das Recht nicht nehmen lassen, auch einmal gegen den „Vorwärts“ zu sprechen. Ich habe nichts dagegen, daß die Redaktion des „Vorwärts“ Genossen zu einer abweichenden Meinung die Spalten öffnet. Ich wende mich gegen den „Vorwärts“ wegen seines Vegetationsartikels, der eine vollständige Aufgabe seiner bisherigen Tatkraft darstellt. Zur Verhandlung Bernsteins durch den „Vorwärts“ werde ich nötigenfalls in Berlin sprechen.

Lebedour: Ich habe erst jetzt aus Robert Schmidts Bemerkungen entnommen, daß er Äußerungen aus seiner gestrigen Rede zurücknimmt. Ich verbitte mir aber auf das entschiedenste seine Schulmeistererei. Als Referent habe ich das Recht und die Pflicht, in meinem Schlusswort auf die Debatte zurück zu kommen. David kam zu seiner Auffassung über die eventuelle Haltung der Fraktion bei der dritten Lesung nur durch eine Private-enquete gelangt sein. Davids Privatvermutungen interessieren mich aber garnicht. Ich habe es nur mit praktischen Geschäften zu tun, und da liegt der oft erwähnte sachliche Beschluß vor. Es bleibt bestehen, daß David in der Generaldebatte zu Bülow eine ganz andere Stellung eingenommen hat als alle anderen. Wir erklären, daß Bülow unter allen Umständen gehen müsse, David aber sagte, wir wissen nicht, ob ein schlechterer an seine Stelle kommt. In meinem Bericht habe ich genau dieselbe Stellung eingenommen, wie in meinen Ausführungen hier. Die Sache mit den Streichungen sollte doch jetzt genügend aufgeklärt sein.

Eisner: Lebedour hat in seiner sehr ironischen Weise dargelegt, wie ich Esel (Heiterkeit) Lebedour: da überschätzen Sie sich! Stürmische Heiterkeit) auf Vorrat alle möglichen Geheymnisse ausgearbeitet zu wissen wünsche. Wäre Lebedour des Lesens kundig von vernünftigen Anträgen (Heiterkeit), hätte er einsehen müssen, daß ich niemals so etwas verlangt habe. Ich habe nur gewünscht, positive Gegenanträge an die Stelle von Änderungsanträgen zu setzen. Wenn Lebedour bei seinem subjektiven Mißtrauen in die menschliche Arbeitskraft (Heiterkeit) für diese Leistung Jahrhunderte in Aussicht nimmt (Heiterkeit), so müssen wir leider für die etwas weiter gehende Arbeit der Herstellung einer sozialistischen Gesellschaft auf die wertvolle Mitarbeit eines Lebedour verzichten. (Stürmische Heiterkeit.)

Davidsohn: Fischer besteht es befremdlich, immer zu betonen, daß er kein Esel sei. (Fischer: Sehr richtig!) Er hätte also wissen können, daß ich mich nicht dagegen gewandt habe, daß er die „Vorwärts“-Redaktion kritisiert hat, sondern dagegen, wie er sie kritisiert hat.

David: Um ein richtiges Urteil über meine Äußerungen betreffend Bülow zu erhalten, muß man die Reichstagsberichte durchlesen. (Frank: Dazu braucht Lebedour Jahrhunderte.) Lebedour sprach von Privatnotizen. Nun, wenn man monatelang mit den Kollegen zusammenarbeitet, dann kennt man die Ansichten des einzelnen. Die Mehrheit der Fraktion wollte in dritter Lesung für die Erbschaftsteuer stimmen. (Widerpruch und Zustimmung.) Es waren nicht die Auffassungen Davids und Böbles, wie Lebedour sagte, sondern die Auffassung Webels, hinter der die Fraktion in dieser Frage gestanden hat. (Hört! hört!) Ich habe mich nicht gegen die sachlichen Ausführungen in Lebedours Schlusswort, sondern gegen den Mißbrauch des Schlusswortes zu persönlichen Angriffen gemandt.

Lebedour: David hat eigentlich alles bestätigt, was ich gesagt habe. Nur auf Grund eines Fraktionsbeschlusses hätte David behaupten können, daß die Mehrheit der Fraktion auf seinem Standpunkte stehe. Ein solcher Beschluß lag aber nicht vor. Die Eingangsworte des Eisnerischen Antrags beweisen, daß er in der Tat, wie ich dargelegt habe, gesetzgeberische Aktionen verlangt. (Redner verliest die Eingangsworte des Eisnerischen Antrags. Eisner ruft: Weiter lesen!) — Lesen Sie doch selbst Ihre ganzen Anträge noch einmal vor. (Große Heiterkeit.)

Webel: Nachdem wiederholt von den verschiedensten Seiten mein Name in der Debatte genannt worden ist, bin ich zu einer kurzen Erklärung genötigt. Ich bin infolge meines gesundheitlichen Zustandes gezwungen gewesen, bereits bei Beginn der Pfingstferien Berlin und damit auch den Reichstag zu verlassen; ich habe also den Verhandlungen, die nach Pfingsten — und das waren ja die entscheidenden Verhandlungen — über die Steuervorlagen gepflogen sind, weder im Reichstage, noch in der Fraktion beiwohnen können. Ich habe mich auch ganz selbstverständlich, da mir dringende Ruhe anempfohlen wurde, nicht brieflich in diese Angelegenheit gemischt und etwa Genossen um Auskunft gebeten. Nachdem die Verhandlungen des Reichstages über diese Frage erledigt waren, bekam ich von Singer einen Brief, worin er mich in Kürze über die Verhandlungen der Fraktion zur Erbschaftsteuer unterrichtete, und da habe ich ihm geschrieben: es ist ja nunmehr die Sache erledigt, Ihre seid zu einer entscheidenden Stellungnahme in der Erbschaftsteuer nicht gekommen, aber ich würde es für unrichtig und für bedenklich gehalten haben, wenn Ihr gegen diese Vorlage in der dritten Lesung gestimmt haben würdet. (Lebhafter Beifall.)

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt. Es wird abgestimmt.

Die Anträge 30, 31 und 34, sowie die Resolutionen 41, 42 werden angenommen, der Antrag 33 der Fraktion zur Erwägung überwiesen, der Antrag 208 abgelehnt.

Singer: Wir kommen nunmehr zur Erledigung der Anträge in bezug auf die württembergischen Vorgänge.

Die Anträge 45, 46, 47, 48 und 50 sind zugunsten des Antrags 49 zurückgezogen. Es bleiben die Anträge 44 und 49. Parteigenossen! Im Verlaufe der Tagung des Parteitages ist von vielen Delegierten der Wunsch ausgesprochen worden, diese Angelegenheit in kameradschaftlicher, parteigenössischer Weise zu erledigen. (Beifall.) Dieser Wunsch, der auch von denjenigen geteilt wird, deren Handlung hier in Frage kommt, hat diese Genossen zu einer Erklärung veranlaßt, welche mir übergeben ist. Sie lautet:

„Die Beteiligten erklären: Wir haben durch unsere Teilnahme an diesem Ausfluß selbstverständlich nicht beabsichtigt, an einer monarchischen Demonstration mitzuwirken. Soweit diese Auffassung vorherrscht, beruht sie auf izzigen Voraussetzungen und mangelhafter Information. Hätten wir jedoch annehmen können, daß dieser Ausfluß in seinem weiteren Verlauf zu einer monarchischen Huldigung benutzt werden würde, so wären wir, der Parteidisziplin entsprechend, die auch für uns maßgebend ist, der Veranstaltung ferngeblieben.“ (Beifall.)

Parteigenossen! Nach dieser Erklärung kann ich noch hinzufügen, daß der eigentlich zur Debatte stehende Antrag 49 von den Antragstellern, denen der Inhalt dieser Erklärung mitgeteilt worden ist, zurückgezogen ist. (Beifall.) Nunmehr möchte ich im Anschluß an diese Mitteilungen die Meinung aussprechen, daß ich voraussetze und der Zustimmung des Parteitages sicher bin, daß die Erklärung, die hier seitens der Beteiligten abgegeben wird, wenn auch nicht formell für die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtages, aber doch auch für ihre übrigen Mitglieder gilt. Ich gebe ferner den zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß auch in allen übrigen Körperschaften der Partei der Auffassung der Partei, daß es unsere Aufgabe nicht ist, an monarchischen Demonstrationen teilzunehmen (Sehr richtig!) nach wie vor auf das entschiedenste nachkommen werden wird. (Beifall.) Was den einzelnen Fall anlangt, so schlage ich dem Parteitag vor, nach dieser von meinem parteigenössischen Standpunkt aus sehr erfreulichen Erklärung der an dem Ausfluß damals Beteiligten, diese Angelegenheit für erledigt zu erachten und in der Tagesordnung fortzuführen. (Lebhafter Beifall.) Ich höre gegen diesen Vorschlag keinen Widerspruch und stelle fest, daß der Parteitag einmütig beschlossen hat, die Angelegenheit für erledigt zu erachten und in der Tagesordnung weiterzugehen. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung: Parlamentarischer Bericht, erledigt. Bei der vorgerückten Zeit wird nicht sofort in die Verhandlungen des Punktes 4 eingetreten, aber um am Freitagvormittag die Möglichkeit des Besuchs des Konsumvereins in Leipzig-Plagwitz zu geben, noch jetzt einige Anträge erledigt.

Es folgt die Beratung der Anträge 15 bis 20, 22 bis 24, 26, 28, 29 und 30. Genügend unterstützt werden die Anträge 15, 19, 28, 29 und 30. Die Anträge 18 und 20 werden zurückgezogen. Der Antrag 15 bittet Hoffmann-Hamburg dem Bildungsausschuss zu überweisen. Die Illustrationen in der „Raizzeitung“ seien jetzt viel schlechter als in den Vorjahren. Parteisekretär Müller-Berlin: Wir können ja den Versuch machen. Im Bildungsausschuss sind ja die verschiedenen Ausrüstungen vertreten. Er hat auch bei den Illustrationen des „Wahren Jacob“ schon Erfolge erzielt. Der Antrag wird dem Bildungsausschuss überwiesen. — Antrag 19 wird ohne Debatte angenommen. Die Anträge 28 und 29, die den Vorstand auffordern, die Herstellung eines Abendblattes des „Vorwärts“ in Erwägung zu ziehen, begründet. Weis-Berlin: Die bürgerliche Presse ist heute in Berlin so aktuell in bezug auf neue Verichterstattung und Stellungnahme zu den schwebenden Tagesfragen, weil in dem gleichen Verlage Morgen-, Mittag- und Abendblätter erscheinen. Bei dem höchstentwickelten Interesse, das insbesondere die sozialdemokratische Arbeiterpartei Berlin an dem politischen Leben nimmt, müßte der „Vorwärts“ in der Lage sein, in bezug auf Aktualität mit der bürgerlichen Presse gleichen Schritt zu halten, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß es auch noch demokratische Monatsblätter gibt. Angesichts der Schwierigkeit der altsaldigen Beschaffenheit der redaktionellen Unterlagen bitten wir, den Antrag dem Parteivorstand und der Prekommission als Material zu überweisen. Falls die Möglichkeit sich herausstellt, sollte schon vor dem nächsten Parteitag ein Abendblatt des „Vorwärts“ herausgegeben werden. Der Parteitag beschließt gemäß dem Vorschlage Weis. Der Antrag 20 wird abgelehnt. Es folgt die Besprechung einiger Resolutionen. Die Resolution 247,*) die eine Sympathieerklärung für die Opfer der russischen Gegenrevolution enthält, begründet

Liebsteht:

Aus der Presse wissen Sie, daß wie in Rußland jetzt eine so ungeheure Zahl von Hinrichtungen erleben, daß soziale Gefangene und Verbannte dort schmachten, wie es in keiner Periode der russischen Geschichte der Fall war. In den überfüllten Gefängnissen herrschen Storbud und Typhus. Die Wahnsinn- und Selbstmordfälle nehmen immer mehr zu. Die Hingerichteten zu den Hinrichtungen nicht aus, so daß man zum Tode Verurteilte unter dem Versprechen der Vergeltung veranlassen muß, andere Mitgefangene hinzurichten. (Wutrufe.) Zur Ehre selbst der gemeinen Verbrecher in Rußland kann es gesagt werden, daß es trotzdem der Regierung ungemein schwer fällt, die zu solch niedrigen Henkerdiensten notwendigen Personen ausfindig zu machen. Von einem konstitutionellen Regime ist in Rußland keine Rede. Niemand hat dort eine größere Barbarei, eine schmerzlichere Niederdrückung auch der Arbeiter stattgefunden als jetzt. Aus der jetzt herrschenden Depression wird zweifellos in wenigen Jahren schon die Revolution des Proletariats und der Bauern von neuem und erfolgreicher ihre Haupt erheben. Aber gerade auch als Deutsche haben wir alle Veranlassung, gegen die russischen Verhältnisse Front zu machen. Zweimal war diesen Sommer der blutige Jar in Deutschland. Jedesmal wurde er von der deutschen Regierung mit einem Schußvoll von Kriegsschiffen, Soldaten und Kanonen umgeben. Aber wenn ihm auch deutsche Behörden bewillkommnet und hier und da auch einige byzantinische Organe ihn begrüßten, der weitaus größte Teil des deutschen Volkes war mit seinem Herzen bei jener gewaltigen Demonstration des Riesen Proletariats und herabstieß den Boden, den der Vertreter des Faschismus betreten hat, als besudelt. (Stürmische Zustimmung.) In der letzten Zeit haben die Enthüllungen Burzew wieder unser

*) 15. Hamburg II: Der Parteitag legt eine Kommission ein, welche die Aufgabe hat, die künstlerische Ausgestaltung der Raizzeitung in die Hand zu nehmen.

16. D. Hacht-Charlottenburg: Den neuereitretenden Mitgliedern werden in monatlichen Abständen sechs aufeinanderfolgende Broschüren, in denen die Grundzüge, Forderungen und die Organisation der Partei in gemeinverständlicher Weise erläutert werden, gratis verabfolgt.

17. Bremen: Der Parteivorstand wird beauftragt, mit den Parteiverlagen Verhandlungen zu pflegen, um eine Regelung in der Lieferung von Parteiliteratur an die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zu Vorzugspreisen herbeizuführen.

18. Eilenburg: Der Parteitag wolle beschließen, daß eine Verbilligung der Parteischriften, einschließlich der „Neuen Zeit“, stattzufinden hat.

19. 1. badischer Kreis: Der Parteitag möge Mittel und Wege suchen, um eine bessere künstlerische Ausgestaltung der Raizzeitung sowohl als auch des „Wahren Jacob“ herbeizuführen.

20. Eilenburg: Der Parteivorstand wird beauftragt, Agitationsstoff in Manuscriptform herauszugeben.

22. Mannheim: Um der Schundliteratur mehr als bisher entgegenarbeiten zu können, sind auf dem diesjährigen Parteitag Mittel und Wege zu suchen, um eine geeignete Zeitschrift, vielleicht ähnlich wie die „Gartenlaube“, und für den Preis von 20 Pf., namentlich für die Frauen und für die Jugend zu gründen.

23. Breslau: Um die Agitation gegen die vielen bürgerlichen Frauenzeitschriften, die im Proletariat Hunderttausende von Abonnenten haben, erfolgreicher betreiben zu können und die Einführung der „Gleichheit“ zu erleichtern, beantragen wir, das Blatt als Frauenzeitung weiter auszugestalten und wöchentlich erscheinen zu lassen.

24. Mannheim: Der Erscheinungstag des „Wahren Jacob“ ist von Dienstag auf Samstag zu verlegen. Ferner wird ersucht, dem „Wahren Jacob“ mehr denn bisher den Charakter eines aktuellen Abendblattes zu geben.

26. Wahlverein der P. P. S. Kattowitz-Fabriz: Der Parteitag wolle beschließen, die bis jetzt dreimal wöchentlich erscheinende „Gazeta Robotnicza“ in ein Tagesblatt umzuwandeln.

28. Berlin V: Die Herstellung eines Abendblattes des „Vorwärts“ in Erwägung zu ziehen.

29. Zentralvorstand und Delegierte Groß-Berlins: Den Antrag Berlin V dem Parteivorstand und der Prekommission des „Vorwärts“ als Material zu überweisen.

30. Der Kreisverein Garmisch beantragt: „Das Pressebureau ist dahin auszubauen, daß der Parteipresse auch Berichte von Generalversammlungen der Gewerkschaften und über Gerichtsverhandlungen, die ein öffentliches Interesse haben und für die Partei von agitatorischer Bedeutung sind, übermittelt werden. Die hierdurch entstehenden Kosten sind prozentual wie bisher zu verrechnen.“

*) 247. Potsdam-Ost-Labeland: Der Parteitag brandmarkt mit Wischen die blutigen Grauel, unter denen die Gegenrevolution in Rußland ihren weißen Schrecken verbreitet.

Er spricht den unglücklichen Opfern dieser schandvollen Ordnung und den heldenmütigen Kämpfern gegen sie seine brüderliche Sympathie aus.

Er weist jede Gemeinschaft mit dem doppelt hochverräterischen und meißeligen Faschismus entschieden zurück.

Er betrachtet es als eine Schmach für Deutschland und das deutsche Volk, daß der missgünstige Träger dieses Regimes unter Führung deutscher Behörden seinen Fuß auf deutschen Boden setzen konnte und daß deutsche Soldaten zur Bewachung des geflüchten Verbrechers kommandiert werden konnten, während die besten Vertreter des russischen Volkes von den deutschen Behörden in brutaler und keülicher Weise verfolgt und geübt werden.

Er gelobt, daß sich die deutsche Sozialdemokratie auch künftig mit den russischen Freiheitskämpfern solidarisch fühlen und den Opfern dieser Freiheitskämpfe mit besten Kräften bereitwillige Unterstützung leisten wird.

Augenmerk gelenkt auf die russischen Spittel. Die deutsche Regierung hat seit jeher Vertreter der russischen Spionage in Deutschland gebildet und duldet sie heute noch. (Sehr richtig!) Ich behaupte, daß es zur Erfassung bestimmte Mittelungen sind, die die Polizei in die Presse lanciert hat, als würden derartige Spittel in Deutschland nicht mehr gebildet. (Sehr richtig!) Und nicht nur die deutsche Polizei ist mit den Spitteln handelseinig, sondern zur Schande Deutschlands sei es gesagt, auch die deutschen Universitäten. (Sehr richtig! und Wutrufe.) Ich erinnere an den Dresdener Geheimbundprozess gegen die russischen Genossen. In keinem Lande außer noch in Rußland herrscht dieser eines Kulturlandes wie Deutschland unwürdige Zustand, daß man den Ausländern jede politische Tätigkeit verbietet. (Sehr wahr!) Ich bitte Sie, unseren bedrängten kämpfenden Brüdern und Schwestern in Rußland, und auch denen, die sich bei uns in Deutschland aufhalten, durch einstimmige Annahme der Resolution unsere herzlichste Sympathie auszudrücken. (Lebhafte Beifall.)

Auf Vorschlag Singers wird von einer Debatte Abstand genommen und die Resolution einstimmig durch Akklamation angenommen.

Kaden beantragt in Ergänzung seines Berichtes namens der Kontrollkommission den Ausschluß des Genossen Gottschling in Augsburg wegen seines parteischädigenden erloschen Verhaltens.

Der Antrag der Kontrollkommission wird angenommen. Nach Verlesung eines Begrüßungsgramms von der finnischen Sozialdemokratie tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

Nachmittagsitzung.

Singer eröffnet die Sitzung nach 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Kommissionsbericht über Änderung des Organisationsstatuts nebst den Anträgen 9, 68 bis 238, 257, 258 und die Resolution 265.

Parteiekretär Ober:

Ueber die Bedeutung der Parteiorganisation sind wir uns alle einig. Die Organisationsfrage ist stets mit großer Lebhaftigkeit, aber auch mit großer Sorgfalt behandelt worden. Im allgemeinen können wir von einer ruhigen, beglückten, aber sicheren Entwicklung unserer Organisation sprechen. Der vorjährige Parteitag hat der Kommission bei der Änderung des Statuts völlig freie Hand gelassen, aber im großen und ganzen konnte die Kommission sich auf Ausführung der in den Anträgen gegebenen Anregungen beschränken. Sie bestand aus 21 Mitgliedern, zu denen noch zwei Vertreter des Parteivorstandes traten. Ergebnis der Verhandlungen ist der am 19. Februar in der Parteipresse veröffentlichte Entwurf. Der Entwurf ist lebhaft erörtert worden, und hat auch einer vom Parteivorstand veranstalteten Konferenz der Leiter unserer Bezirks- und Landesorganisationen vorgelesen. Dann hat die Kommission nochmals beraten und alle Vorschläge berücksichtigt. An den trefflich bewährten Grundlagen der in Jena geschaffenen Organisation sind keine wesentlichen Änderungen vorgenommen worden. Die Änderungen beziehen sich hauptsächlich auf die Einführung der Frauen in die Organisation, Änderungen des Wahlmodus, des Ausschlußverfahrens usw. Dazu treten formale Änderungen. Doch von nun an die Mitgliedschaft zur Parteiorganisation die Vorbedingung für die Zugehörigkeit zur Partei sein soll, ist nirgends angefochten worden. Die Änderungen zu § 2, daß künftig in mehrere Wahlkreise umfassenden Orten die Zugehörigkeit zur Wahlkreisorganisation örtlich geregelt werden soll, ist durch die Praxis geboten. Es gibt großstädtische Kreise, die die dauernde Mithilfe der Parteigenossen der benachbarten Wahlkreise in Anspruch nehmen müssen. Weiter soll im § 2 bestimmt werden, daß in jedem Orte nur ein Ortsverein gegründet werden darf, während es bisher hieß, daß in allen Orten des Kreises Ortsvereine gebildet werden können. Den Ortsvereinen muß, wenn sie auch sehr gut Unterabteilungen der Wahlkreisorganisationen bilden können, eine gewisse Bewegungsfreiheit gegeben werden. Bildungsanstrengungen, Jugendbewegung, sozialpolitische Arbeiten stellen an das geistige Leben in den örtlichen Parteiorganisationen große Ansprüche. Die Anträge auf Einschränkung der Befugnisse der Ortsvereine standen zu sehr unter dem Eindruck eines gewissen Einzelvorurteils. Es genügt, wenn bestimmt wird, daß die Ortsvereine als Unterabteilungen der Wahlkreisorganisationen sich deren Beschlüssen zu fügen haben. Durch den Namen „Ortsgruppe“ ändert man doch gar nichts. Also wozu eine gebräuchliche Bezeichnung abändern? Ueber § 4 ist heftig diskutiert worden; die Kommission hat aber zuletzt mit allen gegen 4 Stimmen das Befthalten an der Fassung des ersten Entwurfs beschlossen. Es handelt sich um die Verpflichtung der Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, diesen eine Vertretung im Vorstand zu gewähren. Mehrere abschwächende Fassungen wurden vorgeschlagen. Wir sind aber im Einklang mit Leitern großer Bezirksorganisationen der Meinung, daß ein sanfter Druck nach vielfach ausgeübt werden muß, um die Vorstände zu bewegen, ihren kleinbürgerlichen Adam in der Hinsicht auszugleichen. Bei der großen Bedeutung der Frauenbewegung für unsere Partei ist es nötig, keine Abschwächungen einzutreten zu lassen. Wir bedürfen zu unserer Aufklärungsarbeit unter den Frauen dringend eine Anzahl wohlgestalteter Genossen. Die beste Schulung aber ist die Heranziehung zur praktischen Arbeit in den Organisationsvorständen. Ich möchte also dringend um Zustimmung zu der von uns gewählten Formulierung bitten.

Im § 5 ist die Bestimmung über die unentgeltliche Lieferung der „Gleichheit“ an die Frauen wieder gestrichen. (Zustimmung.) Selbstredend ist es wünschenswert, daß die Organisationen ihren weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ zugänglich machen. Aber die Materie gehört nicht ins Gesamtstatut der Partei. Auch Genossin Jettin ist durchaus dieser Meinung. — § 6 bringt dann weiter die Einführung eines einheitlichen Mindestbeitrages. Eine große Anzahl Organisationen erheben so niedrige Beiträge, daß damit offenbar die Aufgaben der Organisationen nicht erfüllt werden können. Ueber die Einführung eines einheitlichen Mindestbeitrages war man einer Meinung. Unter 50 Anträgen wolle nur zwei den alten Zustand noch aufrechterhalten. Reinigungsverschiedenheiten bestanden nur über die Höhe des festgesetzten Mindestbeitrages. Eine erhebliche Mindestbeiträge trat für einen Wochenbeitrag von 10 Pf. ein. Die Vertreter der Bezirke mit 20 Pf. Monatsbeitrag bezeichneten das als einen zu großen Sprung. Der wöchentliche Zehnfennigbeitrag hätte für 60 Proz. der männlichen Organisierten eine Erhöhung bedeutet. Wir haben gar keine Veranlassung, in den Organisationen endlose, breite Beitragsdebatten zu entfesseln. Unser Vorschlag, einen Monatsbeitrag von 30 Pf. zu normieren, wird für etwa 100 000 Organisierte eine Beitragserhöhung um durchschnittlich 10 Pf. pro Monat herbeiführen. Das bedeutet für die Gesamtpartei eine jährliche Mehreinnahme von etwa 100 000 M., also immerhin einen ganz erheblichen Fortschritt. Ferner bedeutet unser Vorschlag Durchführung der sehr nötigen Einheitslichkeit und Ordnung in unserem Beitragswesen. Er erleichtert die Kontrolle und führt dadurch schon die Einnahmen der Zentralkasse ganz erheblich. (Sehr richtig!) Selbstredend würden wir noch lieber den Wochenbeitrag von 10 Pf. haben. Jetzt aber würde, wie gesagt, der Sturm zu groß, und so bitten wir denn den Parteitag, sich mit Annahme der Resolution 265 zu begnügen, die auf baldmöglichste Einführung des 10 Pf.-Wochenbeitrages dringt. Für die weiblichen Mitglieder schlagen wir einen Monatsbeitrag von 15 Pf. vor. — Ferner schlagen wir vor, in § 6 zu fügen, daß von den erhabenen regelmäßigen Mitgliedsbeiträgen mindestens 20 Proz. an die Zentralkasse abzuführen sind. Damit soll dem weiterbreiteten Unfug vorgebeugt werden, daß ein niedrigerer Grundbetrag erhoben wird, um die Verpflichtung gegenüber der Zentralkasse möglichst niedrig stellen zu können, während die betreffende Organisation dann noch einen Zuschlag erhebt, von dem sie keine Procente an die Zentralkasse abführt. Mehr zu zahlen steht den Wahlkreisorganisationen natürlich frei. (Zustimmung.) Gegen bitte ich dringend, alle Anträge abzuschließen, welche den Orga-

nisationen niedrigere Beiträge erlauben wollen. — Die Parteigruppen über die Vertrauenspersonen können aufgehoben werden, da diese Institution durch das Vereinsgesetz hinfallen geworden ist. — § 6 schlägt ein einheitliches Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen vom 1. Juli bis 30. Juni vor. Das empfiehlt sich auch im Hinblick auf die Verichterstattung bei den Parteitagen. Entschieden bitte ich die Normierung auf den 1. April bis 31. März abzulehnen. Bei der guten Einrichtung der Frageformulare reicht die Zeit vom 1. Juli bis zum Parteitag für die Verichterstattung völlig aus. Die bayerischen Genossen wünschen, daß die Kreisorganisationen nicht direkt an den Vorstand, sondern an die Bezirksorganisationen, diese wieder an die Landesorganisationen und erst die Landesorganisationen an die Zentrale berichten sollen. Nun ist gewiß zu wünschen, daß auch die Landesorganisationen, wo solche bestehen, Berichte erhalten. Die bayerischen Wahlkreisorganisationen sollen künftig zwei Berichtformulare erhalten, damit sie sowohl an den Parteivorstand wie an den bayerischen Landesvorstand berichten. Genosse Auer, der dem bayerischen Landesvorstand angehört, hat sich in der Kommission mit dieser Regelung ausdrücklich einverstanden erklärt.

Eine wichtige Änderung im Organisationsstatut bringt § 7. Wir schlagen vor, daß künftig in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder 1 Delegierter, bis 3000 2, bis 6000 3, bis 12000 4, bis 18000 5 und über 18000 6 Delegierte gewählt werden können. Wir wollen natürlich nicht eine Verpflichtung, sondern nur eine Berechtigung einführen, von dieser Vertretungsnormierung Gebrauch zu machen. Der lange aufrecht erhaltene Boden, jedem Kreise ohne Unterschied drei Delegierte zuzubilligen, hat sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen. Wir haben Berechnungen angestellt, woraus sich ergab, daß in Nürnberg auf die erste Gruppe der Delegierten (aus den Kreisen mit 1 Delegierten nach unserem Vorschlag) 845 und auf einen Delegierten der 2. Gruppe (Kreise mit 2 Delegierten) 6172 Mitglieder entfallen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. In Essen stellte die erste und zweite Gruppe, die nur ein Drittel der Gesamtheit der Mitglieder umfaßt, die Mehrheit, auf dem Nürnberger Parteitag sogar die übergroße Mehrheit der Delegierten. Von einer schematischen Regelung haben wir mit Rücksicht abgesehen. Auf dem platten Lande und den Kleinstädten ist die Organisation schwieriger durchzuführen, und wir haben Sorge getragen, den betreffenden Kreisen auf den Parteitagen einen möglichst weitgehenden Einfluß einzuräumen. Aber das darf nicht so weit gehen, daß schließlich die großen und starken Organisationen, die das Rückgrat der Parteiorganisation sind, von den kleineren und mittleren Organisationen geradezu erdrückt werden. Nach einer von uns aufgestellten Wahrscheinlichkeitsrechnung würden nach dem von uns aufgestellten Modus auf einen Delegierten in der ersten Gruppe 1165, in der zweiten 1609, in der dritten 2357, in der vierten 2414, in der fünften 2919 und in der sechsten 3009 Mitglieder entfallen. Wir glauben nach Lage der Dinge, das Beste mit diesem Vorschlage gefunden zu haben. Die von uns gewählte mögliche Steigerung bewirkt, daß selbst eine erhebliche Mitgliederzunahme eine wesentliche Verschiebung nicht herbeiführen sollte. Wir schlagen ferner vor, daß die Zahl der Mitglieder der einzelnen Organisationen nach den an die Partei abgeführten Beiträgen berechnet werden sollen. Das wird uns auch eine kontinuierliche zahlenmäßige Feststellung der Wirkungen dieses Wahlmodus ermöglichen. Wir bitten Sie, sich mit dem § 7 in unserer Fassung einverstanden erklären zu wollen. — Dem Vorschlag, die Delegierten durch die Bezirksorganisation statt durch die Kreisorganisation wählen zu lassen, kann die Kommission nicht beipflichten. Ebensovienig dem Vorschlag, die Wahlen zu den Parteitagen in Form der Urabstimmung vornehmen zu lassen. Das letztere würde in nicht wünschenswerter Weise Verminderung auf den Besuch der Parteiversammlung wirken. Wer seine Stimme bei den Delegiertenwahlen abgibt, soll über das, was auf dem Parteitag vorgeht, unterrichtet werden. Nun, für einzelne Wahlkreise mag die Urabstimmung sich empfehlen; diesen mag man darin freie Hand lassen. — Würde dem Antrage stattgegeben, die Kosten der Gesamtdellegation zum Parteitag von der Zentralkasse tragen zu lassen, so würde das mehr Geld kosten, als die in Aussicht genommene Erhöhung der Parteibeiträge einbringt. Außerdem würde das dahin führen, daß auch künftig die kleinen Wahlkreisorganisationen die große Mehrheit auf dem Parteitag bilden würden. Wir können auch nicht einer Bestimmung zustimmen, daß etwa nur den kleineren Organisationen die Kosten ersetzt werden sollen. Das wäre ungerecht, und wo wäre da die Grenze? — Ueber den Passus, daß, wenn mehrere Delegierten zu wählen sind, unter ihnen möglichst eine Genossin sein soll, braucht nichts weiter gesagt zu werden.

Lebhaft diskutiert ist worden über das Recht der Reichstagsfraktion zur vollberechtigten Teilnahme an dem Parteitag. Schließlich hat die Kommission aber doch mit großer Mehrheit beschlossen, dem Parteitag zu empfehlen, es bei dem bisherigen Modus zu belassen. Die Erfahrungen in anderen Ländern sollen uns auch veranlassen, keine Änderung einzutreten zu lassen. Die Fraktion nur durch eine Delegation vertreten zu lassen, ist außerordentlich schwierig. Andere wieder wollen zwar die ganze Fraktion zulassen, aber ihr nur eine beratende Stimme einräumen. Auch diesem Vorschlag kann die Kommission nicht zustimmen. Volkmar hat schon in Jena hervorgehoben, daß die Fraktion immer nur von ihrem Recht einen sehr mäßigen Gebrauch macht. Durchweg sei nur die Hälfte der Fraktionsmitglieder erschienen. Auch diesmal sind nur 23 von 43 Mitgliedern anwesend, obwohl doch von vornherein feststand, daß große Debatten über die parlamentarischen Vorgänge stattfinden sollen. Dazu kommt, daß innerhalb der Fraktion gewöhnlich sehr große Meinungsverschiedenheiten bestehen und die Stimmen der Fraktion wohl nie geschlossen abgegeben werden. Man kann nicht einer wesentlichen Gruppe von Parteigenossen eine repräsentative Rolle zuweisen. Man soll nicht zwei Klassen von Delegierten schaffen, sondern den Fraktionsmitgliedern das volle Recht der Teilnahme wie bisher lassen. Die Kommission schlägt ferner vor, daß Referenten des Parteitages als Parteitagsteilnehmer zugezogen werden können und will das nicht statutenmäßige, aber sozusagen gewohnheitsrechtliche Teilnahmerecht der Redaktion des „Vorwärts“ wie der „Neuen Zeit“ auf Vertreter anderer Parteiinstitutionen ausdehnen. Die Zugewinnung soll aber bei der großen Anzahl von Institutionen, die dabei in Betracht kommen, dem Parteivorstand überlassen werden, und die zugezogenen Vertreter sollen nur beratende Stimme haben. Die Änderungen im folgenden Paragraphen sind wesentlich formaler Natur. Die Kommission hat mit Mehrheit beschlossen, das Recht der Reichstagsfraktion auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zu streichen. Man hat ja doch niemals Gebrauch von ihm machen brauchen. Dagegen sollen künftig schon 10 Wahlkreisvorsitzende das Recht haben, einen außerordentlichen Parteitag zu beantragen. Im § 14 haben wir die in Nürnberg getroffene Vereinbarung über die Wahl einer Genossin in den Vorstand mit aufgenommen. Im § 19 wird dem Parteivorstand aufgegeben, in wichtigen Fragen die Vorsitzenden der Bezirks- und Landesorganisationen gutachtlich zu hören und eventuell eine Konferenz dieser Organisationen einzuberufen. Selbstredend können diese Konferenzen nicht bindende Beschlüsse fassen. — Zu dem Paragraphen über die Kontrollkommission haben die Straßburger Genossen angeregt, in diese Kommission keine in Abhängigkeit von der Gesamtpartei befindlichen Personen zu wählen. Wir haben noch nicht gefunden, daß solche Genossen in der Kontrollkommission sich in der Betretung ihrer Pflichten in Abhängigkeit von der Gesamtpartei befinden könnten, was sehr bedenklich sein sollte. — Anträge, dem „Vorwärts“ den Charakter als Zentralorgan zu nehmen, sind aus sehr guten Gründen und im Einklang mit mehrmaligen Parteitagbeschlüssen von der Kommission einstimmig abgelehnt worden. — Die Frage des Ausschusses aus der Partei ist besonders eingehend geprüft

Worten. Das bisherige Verfahren belastete zu sehr den Parteivorstand. Wir hatten im letzten Jahre allein 60 Schiedsgerichtssachen zu erledigen. Die Kommission schlägt vor, künftig als erste Instanz die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen zu bestimmen. Als zweite Instanz schlägt die Kommission das Schiedsgericht in der bisherigen Verfassung vor. Die endgültige Entscheidung des Parteitag wird man nicht ausschalten können. Die Kontrollkommission wird künftig nicht mehr bei dem Ausschlußverfahren in Frage kommen. Die Mitglieder der Kontrollkommission werden nicht hofe darüber sein, im Gegenteil.

Nach der Interpretation von Vollmar als Kommissionsexponenten dürfen die Schiedsgerichte nur ausschließen oder freisprechen, nicht aber Rügen erteilen, von Vertrauensämtern ausschließen usw. Sie haben es aber doch getan, und die Vorsitzenden der Bezirksorganisation als alte Praktiker dringen mit aller Entschiedenheit darauf, daß den Schiedsgerichten künftig als statutenmäßig dies Recht eingeräumt wird. Dafür schlagen wir vor, auch gegen Rügen ein Berufungsrecht einzuräumen. Heftig angegriffen ist unser Vorschlag auf Erweiterung der Ausschlußmöglichkeiten. Die Kommission war aber in unserer Mehrheit der Ansicht, daß eine solche Erweiterung dringend notwendig sei. Es müssen auch Sachen zum Ausschluß führen können, die ohne einen Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder eine ehrlose Handlung zu bedeuten, doch das Parteiinteresse im hohen Maße gefährden. Behauptet man von der einen Seite, wir wollten Heberstreicherei treiben, so wird auf der anderen unser Vorschlag Kaufschuß genannt. Ein anderer, ein betriebfamer Vlieschreiber, sprach von „nörgelnder Neuerungsfucht“, von einem „Wegweiser zur Spaltung der Partei“ usw. Wir haben nochmals über die Sache beraten und ich bin einhellig beauftragt worden, zu erklären, daß es keinem Kommissionsmitglied einfallt, die Freiheit der Meinungsäußerung in der Partei anzugreifen zu wollen. (Bravo!) Wir haben uns nunmehr auf eine Fassung geeinigt, die, wie wir glauben, allen Einwendungen vorbeugt. „Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteioorganisation oder des Parteitages das Parteiinteresse schädigt.“ In Bezug auf die Wiederaufnahme ausgeschlossener schlagen wir vor, daß die Organisation, die den Ausschluß beantragt hat, gutachtlich vor der Entscheidung zu hören ist. Wie der Antragsteller, so soll auch die Organisation das Recht haben, die Entscheidung des Parteitages anzuzufordern. Die bayerischen Genossen wollen nur dem Angeklügten das Recht einzuräumen. Sie sprachen von Einschränkung des staatsanwaltschaftlichen Berufungsrechts. Aber man kann doch nicht unsere Organisation mit der Staatsanwaltschaft vergleichen, die das Organ der Klassenjustiz ist. Das Berufungsrecht liegt im Interesse eines geordneten Parteilebens.

Ein Antrag von Posen verlangt Regelung des Verhältnisses der polnischen sozialdemokratischen Partei zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wir empfehlen aber, es bei dem bisherigen Verhältnis, das nicht einseitig abgeändert werden kann, zu belassen und die Posener Anträge abzulehnen.

Alle Einzelheiten des Entwurfs und der zahlreichen dazu vorliegenden Anträge zu besprechen, hätte sich in keiner Weise empfohlen. Die Kommission hat fleißig gearbeitet, um dem Parteitag ein möglichst fertiges Werk vorlegen zu können und ihm so seine Arbeit zu erleichtern. Wir bitten unsere Vorschläge sachlich zu prüfen und hoffen, daß es durch die Verhandlungen gelingen möge, die Reihen unserer Organisationen enger zu schließen, ihre Schlagfertigkeit zu verbessern und die wichtigste Waffe im Kampf um unsere Politik möglichst wichtig zu gestalten. (Leb. Beifall.)

Auf Vorschlag Singers werden mit dem Referat folgende familiäre Anträge mit zur Generaldiskussion gestellt.

Peus-Deffau

regt zunächst an, nach dem Vorgang von Anhalt die Beiträge nach dem Einkommen der Mitglieder zu staffeln. Die Kreise sollen mit Recht die Kosten der Delegation tragen. Dann dürfen aber nicht die Bezirke sie übernehmen. Wir ist z. B. bekannt, daß meines Erachtens unbedeutenderweise die Delegationskosten Berlins aus einer Kasse bezahlt werden. Die Delegationskonferenzen sollen auch Reichsleistung haben. Der Kontrollkommission sollte man unter gleichzeitiger Verstärkung ihrer Mitgliederzahl regionale Zusammenkunft geben.

Sindermann-Dresden

bittet um einhellig Annahme des Organisationsentwurfs. Die Staffeln der Beiträge würde zu Steuerhinterziehungsprozessen führen. (Gehterkeit.) Die besser gestellten Parteigenossen leisten sowieso Außerordentliches.

Hüttmann-Frankfurt a. M.

Der Entwurf bedeutet einen erheblichen Schritt vorwärts, wenn er auch noch nicht allen Anforderungen entspricht. Die Bezirksorganisation muß weiter ausgebaut werden. Dem Antrag, daß einzelne Wahlkreise sich ein besonderes Statut geben, muß gesteuert werden.

Wölsinger-Magdeburg

weist auf die guten Erfolge Magdeburgs mit dem 10 Pf.-Wochenbeitrag hin und empfiehlt den Antrag 141, der die Einführung der Urabstimmung nach Bezirken und Listenwahl fordert. Mit dem demokratischen Proporzverfahren, das wir für alle Wahlen fordern, sollten wir doch bei uns selbst anfangen.

Dikmann-Danau

Wir sollten die Beiträge der weiblichen Mitglieder auf das allernotwendigste beschränken. Nach Überwindung der Krisis werden gewollte Mehreinnahmen der Zentralkasse zuzuführen. Wir sind der Ansicht, daß die Reichstagsfraktion in Zukunft nicht mehr beschließende Stimme auf dem Parteitag haben soll. Die Delegierten der Organisation und nicht eine separate Gruppe wie die Reichstagsfraktion sollen auf dem Parteitag die Entscheidung fällen. Mit den Parteifunktionären sind übrigens nicht 23, sondern 31 Abgeordnete anwesend.

Ottlie Baader-Berlin

Ich bitte um Ablehnung aller Anträge, die die zwingende Bestimmung des § 4 über die weiblichen Vorstandsmitglieder beseitigen oder einschränken wollen. Auf die Genossen, die der Organisation der Frauen noch lässig gegenüberstehen, muß ein gewisser Zwang ausgeübt werden. (Sehr richtig!) Was die Beiträge der Frauen betrifft, so ist die Hauptfrage die Aufklärung, nicht aber die Frage, ob 5 Pf. mehr oder weniger Beitrag gezahlt werden soll. (Sehr gut!) In Berlin waren es nicht die Frauen, sondern die Männer, die für niedrigere Beiträge eintraten. Eine Degradierung der Frau ist es, wenn gesagt wird, der Mann zahlt den Beitrag für sie. Wir Frauen verdienen uns den Beitrag selbst und auch die nicht erwerbsfähigen Frauen erhalten ihrem Mann laufend die 15 Pf. dadurch, daß sie die Kinder in unserem Geiste erziehen. (Sehr gut!) Lassen Sie es also bei dem Kommissionsvorschlag. Die einzelnen Kreise können ja einen höheren Beitrag nehmen. In Berlin glaube ich, wird der Beitrag von 20 Pf. für die Frauen bestehen bleiben. Was die Lieferung der „Gleichheit“ betrifft, so sind die organisierten Frauen so selbstbewußt, daß sie selbst das ausbringen wollen, was für ihre geistige Ausbildung notwendig ist. Die Frauen wollen die „Gleichheit“ gern bezahlen und die Beiträge so gestalten, daß etwas für die Agitation unter dem weiblichen Proletariat übrig bleibt, damit die Frauen zielbewußte Sozialisten werden und die Jugend im sozialistischen Sinne erziehen können. (Lebhafter Beifall.)

Massa-Tegel

zieht namens der Niederrheinischer Delegierten den Antrag 9 zurück, der durch die Erklärung Eberts erledigt sei, wonach die Ortsvereine sich den Beschlüssen der Kreiswahlvereine unterzuordnen haben.

Born-Büschel

An sich wären Wochenbeiträge das Idealste; sie sind auch dort angebracht, wo wöchentliche Zahlungen eingerichtet sind, nicht aber dort, wo, wie in Bayern, kassiert werden muß. Ich bin des-

halb beauftragt, gegen den Antrag auf einen Wochenbeitrag zu stimmen. Wir mühen angesichts der Depression froh sein, wenn wir mit einer fünfprozentigen Beitragserhöhung bei den Mitgliedern durchkommen. Doch sind wir bereit, dieser Beitragserhöhung zuzustimmen. Die Anträge auf Übernahme der Delegationskosten auf die Parteikasse lehnen wir ab; dagegen sollten allerdings die Kreise, die nicht in der Lage sind, einen Delegierten zu senden, vom Parteivorstand unterstützt werden. Wir lehnen auch ab, daß Frauen in den Vorstand gewählt werden müssen. Wo befähigte Genossinnen vorhanden sind, werden sie auch in den Vorstand gewählt; ich sehe nicht ein, warum das ausdrücklich als Zwang ausgesprochen werden muß. Ich bin nicht damit einverstanden, daß die Anmeldung der Vorstandswahl in Ortsvereinen beim Parteivorstand zu dem Zweck geschieht, damit der Parteivorstand als solcher mit den Vereinen direkt in Verbindung treten kann. Das würde nur störend wirken.

Friedrich-Jwidan

Im großen ganzen kann man dem Entwurf der Kommission zustimmen. Ich habe mich gefreut, daß den zahlreichen Wünschen, die Rechte der Frauen im Vorstand zu beschränken, nicht Rechnung getragen ist. Die sächsischen Wahlkreise erheben mit drei Ausnahmen einen wöchentlichen 10 Pf.-Beitrag. Wenn das in Sachsen möglich ist, wo das Geld zu Hause ist, warum sollte das nicht in anderen Gegenden Deutschlands möglich sein. Beanstanden möchte ich, daß man nach wie vor der Reichstagsfraktion die vollen Rechte auf dem Parteitag einräumen will. Bei der Debatte der letzten Tage hat die Reichstagsfraktion als solche keine Seite gesponnen. (Widerspruch und Zustimmung.) Warum soll man der Reichstagsfraktion eine Extrawurst braten. (Sehr richtig!) Wir wollen doch die Zahl von 81 Abgeordneten nicht nur einholen, sondern überholen. (Lebhafter Zustimmung.) Wenn dann die ganze Fraktion antwortend ist, sein mühe, so ist das eine Privilegierung der Fraktion. Was den Ausschluß betrifft, so sollte man ein Wort finden, das zweifellos den Ausschluß festsetzt. (Vollmar: keines Sozialistengesetz!)

Gottschalk-Königsberg

Die Bestimmungen über die Delegation befriedigen nicht. Auch weiterhin wird die geographische Lage des Parteitagortes wesentlich mitbestimmend sein für die Zusammenkunft des Parteitages. Die benachbarten kleineren Orte werden verhältnismäßig in viel größerer Zahl vertreten sein als die entfernteren, nicht leistungsfähigen Orte. Ich empfehle Ihnen daher den Grundgedanken des Magdeburger Antrages und des Königsberger Antrages. Das Ausschlußverfahren bedeutet in der veränderten Gestalt keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Bei dem Verfahren sollten wie bisher auch vom Angeklügten bestimmte Männer mitwirken.

Dr. Liebkecht

Begründet den Antrag 152. Genosse Ebert sprach von der Notwendigkeit einer engeren organisatorischen Verbindung der Fraktion mit der Partei. Das ist richtig, gilt aber auch für die Vertreter der zentralen Organe der Partei. Die Presse ist ein ebenso wichtiger Faktor in unserer Partei wie die Reichstagsfraktion. (Sehr richtig!) und darum sollte, was den Mitgliedern der Fraktion recht ist, auch den Vertretern der zentralen Presse billig sein. Man sollen aber die Fraktionsmitglieder ihr Stimmrecht behalten, während die Vertreter der zentralen Presse eins erhalten sollen. Alles spricht für vollberechtigte Hinzuziehung von Vertretern der erwähnten Presseorgane mit Stimmrecht. Und es empfiehlt sich nicht, die Hinzuziehung von dem Parteivorstand abhängig zu machen. Es war bedauerlich, daß im vergangenen Jahre Genosse Kautsky erst in einem anderen Wahlkreis delegiert werden mußte, und daß sich allerlei Erörterungen in Presse und Versammlungen daran knüpften. Gewiß läßt sich die Zahl der Vertreter der Institutionen, die eventuell hinzuzuziehen sind, heute nicht abgrenzen. Aber das ist kein Grund, die Degradation dieser ungemein wichtigen Parteiorgane aus dem Statut zu beseitigen.

Singer teilt mit, daß noch ein Antrag 274 eingegangen ist.)*

Genuig-Halle

bedauert, daß der Referent kein Wort über den Antrag 267 gesagt hat, der die Urabstimmung über die Beschlüsse des Parteitages einführen will. Wir verlangen im Einklang mit dem Charakter unserer Partei als demokratische Massenpartei, daß wichtige Beschlüsse des Parteitages, von denen nicht zweifellos feststeht, daß sie die Zustimmung der Parteigenossen haben, einer Urabstimmung unterzogen werden. Wir verlangen das Referendum für Staat und Kommune, warum sollen wir es nicht in unserem eigenen Hause einführen? Wir müssen die Garantie haben, Parteitagbeschlüsse den Massen zur Nachprüfung unterbreiten zu können. Denken Sie nur an die Erregung, die entstanden wäre, wenn in Nürnberg ein anderer Beschluß gefaßt worden wäre. Die Urabstimmungen sollen die Entscheidung auf die Massen abwälzen, da doch einmal die entscheidende Schlacht nicht von uns Vertretern, sondern von den Massen geschlagen wird. Die Massen müssen der entscheidende Faktor bei den Beschlüssen sein. (Zuruf: Undurchführbar!)

Schmitt-München

Wir wünschen in erster Linie, daß in § 4 die Bestimmung, daß weibliche Mitglieder den Organisationsvorständen angehören müssen, gestrichen wird. Wir tun das nicht aus Amosität gegen die Frauen, denn wir haben sofort nach Beseitigung des Hindernisses Frauen in den Kreisvorstand gewählt; aber der ganze Satz paßt nicht in das Statut einer Organisation, die für die Gleichberechtigung der Frauen ist. Dem Mindestbeitrag von 30 Pf. stimmen wir zu. Ich betone bei dieser Gelegenheit, daß die gegen die Südbayern erhobenen Vorwürfe in Bezug auf die materiellen Leistungen unberechtigt sind. Wir haben die Agitation aus eigenen Mitteln betrieben; es widerspricht uns, auf der einen Seite zu geben, auf der anderen zu nehmen. Weiter wünschen wir, daß der Reichstagsfraktion das Recht gegeben wird, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Die Bestimmungen über das Ausschlußverfahren passen uns weder in ihrer ersten, noch in ihrer zweiten Fassung. Es ist von Genossen die Rede, die beharrlich Beschlüssen ihrer Parteioorganisation oder des Parteitages zuwiderhandeln. Solche Genossen sind an sich unmöglich, und es macht auf mich einen deprimierenden Eindruck, daß wir solche Bestimmungen treffen sollen. Gerade in erregten Zeiten kann es vorkommen, daß tüchtigen Genossen, die den guten Willen haben und in bester Absicht einem Beschluß zuwiderhandeln, daraus Fehlschlüsse gezogen werden. Auch die sonstigen Bestimmungen über die Schiedsgerichte sind so, daß wir schließlich vor lauter Schiedsgerichten zu keiner praktischen Arbeit mehr kommen. (Sehr wahr!)

Simon-Nürnberg

Ich warne vor der Einführung von Staffelnbeiträgen. Der Hinweis auf die Gewerkschaften ist hinfällig, denn die Gewerkschaften zahlen für höhere Beiträge auch höhere Unterstufungen. (Sehr richtig!) Auch der Anruf von Peus, daß die Bezirksleiterkonferenzen bindende Beschlüsse fassen können sollen, darf keine Folge gegeben werden, bindende Beschlüsse kann nur der Parteitag fassen. Ein Wochenbeitrag von 10 Pf. würde zur Folge haben, daß die Bezahlung der Einkassierer und viel sonst, da wäre es praktischer, alle vierzehn Tage 20 Pf. zu erheben. Diese Anrufung können wir auf dem nächsten Parteitag weiter besprechen.

Die Debatte wird vertagt.

Peus (persönlich) erklärt, daß Genossin Baader seinen Ausführungen einen falschen Sinn untergelegt hat, er habe nicht gesagt, daß der Mann den Beitrag der Frau mit verdient. Im übrigen habe er mit seiner Äußerung über die Bezahlung der

*) 274. Im § 7, Ziffer 1 soll der vorletzte Satz (von „die Vertretung“) lauten: „Nahgehend sind die Mitgliederzahlen, die sich aus der Beitragsleistung an den Parteivorstand ergeben, wobei Zahlungen über 20 Proz. der Mitgliederbeiträge außer Betracht bleiben.“ Paeplov, Hamburg III. und andere.

Delegationskosten aus einer Kasse nicht Berlin, sondern die Provinz Brandenburg gemeint.

Singer teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, nach Schluß der Generaldebatte den Entwurf nebst allen Anträgen einer Kommission zu überweisen.

Schluß 7 Uhr.

Berichtigung.

In Nummer 214, zweite Beilage des „Vorwärts“, vierte Seite, dritte Spalte muß es in 260es Rede auf Zeile 48 nicht „verhindern“ heißen, sondern: vermeiden.

Aus Industrie und Handel.

Som Arbeitsmarkt im Bergbau.

Der Arbeitsmarkt im preussischen Bergbau bietet im laufenden Jahre ein wenig freundliches Bild. Der Arbeiterbedarf, der im ersten Quartal den des Vorjahres noch merklich überstieg, ist im zweiten Quartal zurückgegangen, was in keinem der letzten Jahre zu beobachten war. Immer ist vielmehr die Zahl der Beschäftigten vom ersten auf zweite Quartal gestiegen oder doch zum mindesten gleichgeblieben. Auch die Fehlgang des Lohnniveaus zeigt eine sehr unbefriedigende Tendenz. Der Schichtlohn, der schon im ersten Vierteljahr beträchtlich hinter dem des Vergleichs quartals 1908 zurückblieb, hat im zweiten Vierteljahr noch eine weitere Reduktion erlitten. Der Rückgang, den der Schichtlohn 1908 vom ersten auf das zweite Quartal erfuhr, war nicht so stark wie in diesem Jahre, so daß sich die Spannung gegenüber 1908 zum Gunsten des laufenden Jahres noch vergrößert hat. Verechnet man nämlich den Schichtlohn eines Arbeiters im preussischen Bergbau, der dem Lohnsatz gleichzustellen ist, so erhalten wir folgende Bewegung. Ein preussischer Bergarbeiter verdiente pro Schicht im Quart:

	I Quartal	II Quartal	Spannung gegenüber dem I. Quartal
1907	4,19	4,28	+ 0,09
1908	4,31	4,28	- 0,03
1909	4,10	4,03	- 0,07

Das laufende Jahr bietet demnach ein ungünstiges Bild. Die Bewegung von Quartal zu Quartal ist nicht nur weniger gut als in den Vorjahren, sondern bleibt hinter dem der Vorjahre zurück. Die Gesamtsumme der Löhne erfuhr dementsprechend im laufenden Jahre einen beträchtlichen Rückgang; sie stellte sich im zweiten Quartal nur auf 189,34 Millionen Mark gegen 198,08 Millionen im ersten Quartal. Gleichgeblieben ist die Leistung der Arbeiter: ein Arbeiter verfuhr durchschnittlich in beiden Quartalen 72 Schichten. Der einzige Zweig des Bergbaues, der eine günstige Veränderung der Lohnverhältnisse gegenüber dem ersten Quartal aufweist, ist der Braunkohlenbergbau; hier hat der Schichtlohn noch eine Steigerung aufzuweisen. Er betrug im I. Quartal 3,53 M. und ging im zweiten auf 3,63 M. hinauf; im zweiten Quartal 1908 betrug er 3,67 M. Dagegen schlossen die im Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter im laufenden Jahre ungünstig ab. Im gesamten preussischen Steinkohlenbergbau ging der Schichtlohn von 4,19 M. im ersten Quartal auf 4,13 M. im zweiten zurück, während er in derselben Zeit 1908 von 4,47 M. auf 4,43 M. gemindert war. Der Hauptzweig entfällt im laufenden Jahre auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund und den Steinkohlenbergbaubezirk bei Aachen; in letzterem sank der Lohnsatz um 0,11 M. In Schlesien war die Entwicklung des Lohnniveaus weit weniger ungünstig. Ganz besonders scharf war der Rückgang des Schichtverdienstes im Erzbergbau, wenn auch durch stark vermehrte Arbeitsleistung ein Teil des Verdienstausfalles wieder eingeholt werden konnte. Es wurden in Erzbergbau durchschnittlich im ersten Quartal 68, im zweiten aber 71 Schichten verfahren. In der entsprechenden Zeit 1908 war die Schichtzahl von 74 auf 70 zurückgegangen. Besonders im Siegerländer Erzbergbau und hier wieder bei den unterirdisch beschäftigten Arbeitern hat der Lohnsatz einen empfindlichen Rückgang erfahren. Im Steinkohlenbergbau Rheinland-Westfalens sind es ebenfalls die unter Tage beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter, deren Lohn empfindlich sank! er stellte sich im ersten Quartal d. J. noch auf 5,42 M., im zweiten Quartal aber nur auf 5,28 M.

Gerichts-Zeitung.

Ein verwegener Zechpreller

hatte sich gestern in der Person des Rentenempfängers Max Kerschinger vor der 3. Ferienstrammer des Landgerichts I (Berlin) zu verantworten. Einem Tages erschien der Angeklagte in dem Schanklokal von Odenburg in der Prenzlauer Allee, welches er schon einige Tage vorher besucht und sich dort als Sohn eines Gutbesizers ausgegeben hatte. Um sich mit dem Rimbus eines reichen Mannes zu umgeben, ließ er beim Bezahlen der Juche einige Hundertmarkscheine sehen, die allerdings, wie sich später herausstellte, „Blüten“ waren. Der Angeklagte ließ eine Flasche Rotwein nach der anderen ansprechen, bis sich eine ganz niedliche Batterie Flaschen unter seinem Tische angesammelt hatten. Dazu verzehrte er sechs Feinleier und zwei Rumsteaks mit dem besten Appetit. Schließlich erklärte der Angeklagte in aller Gemütsruhe, daß er keinen Pfennig Geld bei sich habe. Der dreiste Zechpreller wurde hierauf festgenommen. Einen weiteren Betrag verübte der Angeklagte bei dem Schankwirt Dombrowsky, dem er unter Vorlegung einer gefälschten Quittung der Oberstaatsanwaltschaft vorpiegelte, daß er wegen eines im Gefängnis erlittenen Unfalls eine Rente von 1400 M. ausgezahlt erhalte. Der Wirt ließ sich auch täuschen und gab dem Schwindler ein Darlehn von 50 M. — Der Staatsanwalt beantragte nur neun Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Wegen Mißhandlung ihres Kindes

hatte sich gestern vor der 2. Ferienstrammer des Landgerichts II (Berlin) die Priestertöchterin Ida Lou aus Niddorf zu verantworten. Wie in den meisten Fällen handelte es sich auch hier um ein vor der Ehe geborenes Kind. Als der Angeklagten in der Ehe ein zweites Kind geboren wurde, begann für den kleinen Knaben eine Leidenszeit. Hausbewohner hörten des öfteren ein wildes Schimpfen und das Geräusch von Schlägen, die von einem kläglichen Wimmern des Kindes begleitet wurden. Der Knabe wurde nie anders gesehen, als mit blauen Beulen und Streifen, von denen selbst der Kopf und das Gesicht bedeckt waren. Zuletzt war das Kind, wie Nachbarn beobachtet haben wollen, schon so verängstigt und eingeschüchtert, daß es nicht den geringsten Schmerzenslaut von sich gab, wenn es von der Mutter mißhandelt wurde. Einmal wurde das Kind des Nachts auf der Treppe sitzend aufgefunden, da es die Angeklagte ausgeperrt hatte. Nach der Angabe des Kindes selbst, habe die Mutter es auch häufig mit dem Kopf in einen Eimer kalten Wassers gesteckt. Als die Mißhandlungen immer schlimmer wurden, erstatteten Hausbewohner Strafanzeige. Das Schöffengericht Niddorf verurteilte die Angeklagte mit Rücksicht auf die Schwere der Mißhandlungen zu sechs Monaten Gefängnis. In der Berufungsinstanz machte der Rechtsanwalt der Angeklagten geltend, daß man gerade bei kindermißhandlungen mit Heftigkeiten klatschwürdiger Nachbarn zu rechnen habe, die sehr leicht geneigt sind, einer bisher unbefleckten Frau etwas anzuhängen, was sich in Wirklichkeit nur in ihrer Phantasie abspiegt hat. Das Gericht nahm ebenfalls an, daß in dem vorliegenden Fall gewisse Übertreibungen eine Rolle spielen. Als festgestellt wurde aber doch angesehen, daß die Angeklagte ihr Zuchtungsrecht weit überschritten hatte. Das Urteil lautete deshalb nur auf drei Monate Gefängnis.

Für den Schwedischen Generalstreik.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen ferner für die ausgedehnten und im Generalstreik stehenden schwedischen Arbeiter ein:

- Rechtsanwalt Dr. Heinemann 100,—, Bez. 581, Wt. 5, 6. Wahlkreis 10,—, Berlin Baukammer, 3. Rate 9,04, 370. Bez. Teil II, d. Lehmann 8,—, Lotterieklaus, Kleeblatt 3,—, Gutmacher Wegner 2,—, Graßme u. Co. 2,50, Zellerfammlung, H. E. G., Elektromotor 5,25, Deutscher Metallarbeiterverband, Ostbergaallee, auf folgende Listen: H. E. G., Brunnens- u. Volkstraße 5504 17,90, 5509 11,50, 5510 4,55, 5526 17,65, 5527 42,30, 5528 9,—, 5529 25,10, 5530 31,25, 5532 24,85, 5541 21,60, 5543 38,50, 5548 30,05, 5552 17,90, 5555 32,15, 5556 2,60, 5558 49,20, 5559 24,40, 5564 28,05, 5565 35,30, 5569 10,50, 8325 16,95, 8327 21,30, 8328 46,60, 8330 13,90, Kuer, 3. Rate 3106 5,90, 8405 4,50, 8407 10,05, 8409 5,90, 8410 12,90, 8413 21,85, 8414 28,75, Siemenswerke, 2. Rate 5978 28,60, 5979 19,25, 5981 19,25, 5983 22,70, 5986 19,—, 5987 12,35, H. Werner 8037 25,05, 8038 15,65, 8039 12,25, 8040 31,15, 8041 15,50, Daimlerwerke 8043 8,80, 8044 10,50, 8045 20,30, 8046 24,10, 8047 22,50, 8048 36,25, 8049 13,25, 8050 21,50, 8051 14,90, 8052 13,10, Siemens-Dynamo-Werke 8298 8,—, 8299 32,—, 8300 31,20, 3171 Carlmann, Elsenp., Maschinenfabr. 35,95, 3219 Kewes, Klotz u. Co. 8,95, 3496 H. Schulz 6,25, 3498 durch Gastwirt Schmidt, Radol 5,20, 3508 Bergas, 3. Rate 9,60, 3516 Kneifel 4,90, M. Hoffmann 9,65, Conrad 16,—, auf 30,55, 3518 Barmann 8,65, 3520 Kausch 15,05, 3521 Gause u. Schön, 2. Rate 5,30, 3631 Schwarze, Maschinenfabr. 51,35, 3661 Scherbel 23,20, 3692 Friedrich 19,70, 5810 Schröder u. Co. 11,—, 5921 Kron, Adt. Stecher 22,95, 5927 Dietrich, 2. Rate 16,80, 5990 P. H. Conrad, 2. Rate 12,75, 5992 Kaufberger 9,80, 5994 Barmann, 3. Rate 13,30, 8207 Köpke u. Schulz, 4. Rate 30,—, 8268 Ezer Reaby 4,70, 8286 Gellap, Gieseler 16,—, 8292 Bahnhalle Nonnendamm 46,25, 8295 Siemens-Schneider, Großmaschinenbau, Adt. Schmidt II, 2. Rate 25,25, Siemens-Eisen-gieerei 8296 18,—, 8297 14,80, 8304 Emmerich u. Schöning, 4. Rate 19,40, Grauert, Maschinenbau, 2. Rate 8321 9,05, Gieseler, 2. Rate 8323 39,50, 8416 Petroleum-Gesellschaft, Kiemper 11,—, 8433 Sommerfeld 8,05, 8459 Dr. R. Nieß 8,50, 8471 Stempelabrik D. Bernert, Charlottenburg, 4. Rate 57,05, 8473 Wändmeyer u. Co. 17,00, 8563 Epp u. Co. 27,50, 8619 Anders Maschinenfabr. 25,50, 8735 Grüber, Blant u. Co. 13,—, 8678 Friedrich, K. E. G., Germaniastraße 88,90, 10180 Elges, 4. Rate 5,55, 10164 Eble u. Jander, 2. Rate 8,50, 10197 Stallau K. E. G. d. Schatz 3,90, 10198 durch Weinberg 37,50, 10202 Reich, Schiller 7,50, Gebrüder Brüder, Köpenick 3591 Schäfer 5,—, 3594 Kiemper 9,25, 3647 Schloßerei Reduktionsbau 15,05, 8375 Dreheraal 19,—, 8378 Gieseler 9,55, 8379 Schraubendreher 3,50, 8382 Dreher u. Reduktionsbau 18,40, Regel 8615 Gähler u. Dreher 15,90, 8616 Schäfer 4,55, 8617 Forner 3,10, 8435 Krüger u. Cie., Köpenicker Straße 9,—, 8475 Gebr. Friedrich 15,60, 8543 Worthington Plate, Hohen-Schönhausen 20,30, 8633 Emmerich u. Schöning, 5. Rate 16,45, Bezirk 4 Lichtberg 7,50, Deutsche Maschinen- u. Munitionsfabrik, 2. und 3. Rate 5942 Adt. Wölter u. Kräh 46,50, 5948 Adt. Wölter 30,30, 5953 Adt. Wagner 39,60, 5954 Adt. Wölter 27,60, 5957 Adt. Wölter-Gewerbe 41,40, 5958 Adt. Wölter 11,20, 5959 Adt. Heinemann 39,—, D. W. R., Wittenau, 3. Rate 5813 d. Koll. Wendt 32,85, 5818 Adt. Wölter 6,10, 8601 Wölter 39,45, 8602 Lange 55,—, Dienter 8003 15,40, 8604 24,50, 8605 10,50, Keller 8606 18,60, 8607 6,10, 8608 40,30, 8610 Wölter 7,35, 8611 Schreiber 38,20, 8612 Großmann 12,70, Abramczak 8513 29,50, 8614 33,95, Typo-graph, 5. Rate 8463 36,20, 8464 50,25, 8465 27,55, 8466 15,50, 8467 65,35, H. Goebert, 5. Rate 8486 7,80, 8487 16,80, 8488 15,75, 8489 15,15, Deutsche Telegraphwerke 3262 19,80, 3293 11,50, 3218 Starkunstein Bild- und Galle von Zimmerling 15,65, 8285 Krenmer, 2. Rate 37,00, 8415 Clement u. Holste, Treptow Werkstatt, 2. Rate 14,10, 8426 Deutsche Maschinenwerkzeugfabrik, 2. Rate 24,00, 8429 Stagnitz, Met.-Gießerei 3,50, 8469 Schäfer u. Kaufner, 5. Rate 12,90, 8491 Sauer u. Knaas 10,90, 8493 Sauer, 5. Rate 9,—, 8495 Enginger, 5. Rate 13,05, 8498 Raab u. Wöhlom, 3. Rate 8,10, 8526 Edel u. Glensitz, 5. Rate 20,85, 8536 Salen u. Stephann, 5. Rate 6,—, 8540 Eped, 5. Rate 18,50, 8542 Dema Gel., 2. Rate 8,—, 8693 Pakute, 5. Rate 7,35, 8595 Schuchardt u. Schütte 12,05, 8598 E. Lenz, 3. Rate 31,50, 8600 E. H. Lenz, 2. Rate 14,20, 8654 Bergerdt Nachf. 10,—, 8655 Hofe u. Wrede 34,65, 8661 Schulz u. Dolbesh 41,—, 10158 Gebr. Petersfeld, 3. Rate 30,—, 10168 Schömer 7,—, 10168 Königsfeld u. Co., 2. Rate 46,50, 10225 Wöhring, 4. Rate 4,—, (in Summa 3607,94), — 9455 Leder-arbeiter bei D. Bunte 16,—, 9976 Kollegen bei Förster u. Runge 13,95, Bayer-Seifen 7296 16,85, 7276 2,25, 7276 7,25, 9439 Expedition 6, Sittenfeld 3,30, 8787 u. 8788 Heilmittel-Deinersdorf 6,—, Geburtskran-keiter D. Eppich 6,—, 9958 Kollegen d. Firma Reichen 5,25, Gesellschaft bei Eichen, Kolberger Straße, und d. Hofmann d. Barnst 2,30, Drei Buch-drucker 3,—, Büschel 3,—, Ramonach 0,50, in Sa. 6,50, 9535 Telegrafend-bau Schuchardt 45,35, Blodigensneider bei Treitel 14,20, 9700 Kollegen bei Friedrich, 3. Rate 22,65, 9436 Kollegen bei Jakob, Reichenhahndr. 2. Rate 57,25, Sechsterlose d. 24. Wt., 4. Kreis 25,—, 348. Bezirk, 2. Teil, 4. Kreis 8,15, Verband der Schneider, Schneidern und Maßschneider Deutschlands, Filiale Berlin I, auf folgende Listen: 276 d. Stoltenberg 5,25, 278 durch Verleberg 5,20, 304 d. Schulz 6,40, Hornitz u. Co., 10,70, 17,10, 6001 Schneider von Stala 25,—, 6004 Schneider und Schneidern von Kraus u. Lemm 8,30, 6009 durch Kroll 8,—, 6048 Schneider von Wendt u. Reiblich 21,50, 6052 Schneider von Romann, 4. Rate 35,30, Schneider von Wolf und Schulz, 2. Rate 10,—, Schneider von Genslein 22,50, Schneider von Raab 10,—, Schneider von Witsa 3,50, Schneider von Saut 6,05, Schneider von Jellendorf 10,—, „Hoffnung“, Berliner Schneiderngenossenschaft, 4. Rate 20,—, Angestellte der freien Hilfskasse 13,—, 4835 durch Kriente 4,15, 4836 Bureauhilfe 21,05, 6041 Schneider von Raab u. Runge 15,—, 6043, 6044, 6046 und 6047 Schneider von D. Hoffmann 126,90, 6054 Schneider von Raab u. Spreer, 2. Rate 8,45, 6055 Schuchardt von Raab u. Glöppenburg 27,25, 6056 Schneider von Lang 18,30, Schneider von Jemel 10,—, Betriebswerkstätte von Raab u. Glöppenburg, Kottbuser Damm 80,00, (in Summa 500,80 M.) Ver-band der Bauarbeiter, Bezirk Friedrichshagen 10,—, Arbeiter der Ritten-fabrik Eder 4,50, 10782 Goldstellenleiter C. Barthel 8,30, Schillingeleger 2, Rate 66,60, 9768 Tischler Elm, Dresdener Straße, und Bau-Verlag, 3. Rate 13,05, 9758 Metallarbeiter bei Brothmann u. Koberler 8,20, 9751 Arbeiter bei Thiele u. Co., 4. Rate 23,85, 8927 Druckerin von Krosow, 3. Rate 10,—, 8937 Raufische Druckerei, 4. Rate 13,15, Bez. 327, II. L., 4. Kreis 8,—, Kollegen der Metallfabrik von Wegner, 2. Rate 4,50, Staffklub „Arenus neime“ 5,—, 2420 Tischlerei von Paris 17,30, 9756 Buchdrucker von Bernstein, 5. Rate 12,95, 6523 Verband der Bauarbeiter, Verwaltung Berl. 8,53, 8884 Personal der Firma Hornitz, 3. Rate 5,—, Wöllschneider 5. Wt., 6. Rate 14,—, 8908 Buchdrucker Gebr. Unger, 5. Rate 24,00, Metallarbeiter bei S. Weinbaum 10,80, Arbeiter der Glockfabrik D. Goldbach, 2. Rate 10,—, Tischlerei Bauermeister, 3. Rate 13,60, 5014 Amerikanische Metallbestell-fabrik 4,85, „Berliner Tageblatt“, Adt. Halzer, 5. Rate 50,—, Buch-drucker Lüderitz u. Bauer, 3. Rate 57,40, 7664 Seher u. Druder bei Seibel u. Cie. 36,60, 11145 Tischlerei 2. Wölter, 5. Rate 12,10, Tisch-lerfabrik Einde 10,—, 10657 drei organisierte Kollegen bei 238 u. Co. 35,—, 9987 Metallwarenfabrik Robert Schulz, 4. Rate 5,—, 9950 Universitäts-buchdrucker, 5. Rate 7,05, 8866 Buchdrucker Lenz u. Co. 15,50, 10659 Maschinenfabrik Limm 8,75, 8850 Druckerei M. Reiche, 5. Rate 17,40, 9544 Kollegen bei Ebelstädt u. Robert 15,50, 7649 Verbandsmittglieder der „Deutschen Tageszeitung“ 30,00, Sechser-lasse des 9. Bezirks, Wahlverein Vorhang-Rummelsburg 10,—, Organisierte Glasarbeiter und Arbeiterinnen der Auergebläsefabrik, Wt. B 26,40, Verbandskollegen der Firma Stein 8,70, 10670 Kollegen bei Freund u. Co., 2. Rate 14,50, 9410 Kollegen bei Büschel, Neue Königstraße 15,75, 6178 Bau Potsdamer Platz 9,75, 10674 Kollegen bei Knabe u. Söhne 11,50, 9449 und 9450 Berliner Buchbinderei Wöbber u. Co., 2. Rate 51,85, Metallfabrik Wöbber, 5. Rate 12,50, 1. Bezirk der Einleger 12,65, Tischlerei Steiert u. Dörfler 5,—, Verband der Schuh-macher, Filiale Berlin, 5. Rate 500,—, Tischlerei Groß 6,—, Unterkommission Charlottenburg auf folgende Listen: 69 4,55, 69 5,35, 70 4,45, 72 3,—, 73 Becherte 6,—, 78 Reich 15,55, 115 Bernhard 17,20, 7158 Bauhilfsleiter Hücher u. Conraden, 2. Rate 11,75, 7160 13,95, 7917 9,05, 7918 Bau Seidel, Hohenzollernstr., d. Bunge 20,40, 7921 Bauhilfsleiter Geiler u. Co. 13,30, 7922 Müller 5,85, Verband der Schneider, Zahlstelle Charlottenburg d. Hugel, 2. Rate 220,—, Sozial-demokratischer Wahlverein (erm. Vorstandsbildung vom 7. 9. d. Reichs) 7,50 (in Summa 357,90 M.), 8855 Buchdrucker Otto v. Holtz, 5. Rate 22,75, 8151 Buchdrucker Sperling, 3. Rate 46,45, 8191 Tischlerei Garbis u. Ebelson, 3. Rate 29,—, 8166 Kartonfabrik Union, 2. Rate 8,50, 9014 Tischlerei Brandes u. Co. 6,30, 9013 Tischlerei Schömmeter 11,70, 9845 Argos-Rotorengebläse 21,55, Tischlerei D. Hücher Nachf. 5,35, 10684 und 10685 Kollegen bei Heller u. Schneewogel, 2. Rate 26,—, 10683 Gieseler Büche, 3. Rate 17,15, Kollegen bei D. Hücher 3,50, Unter-kommission Schöneberg auf folgende Listen: 1167 Tischlerei Raufe u. Wölter 14,10, 1169 Arbeiter-Abgaberverein, R. d. H.-S. Solidarität, 2. Abteilung 16,05, 1172 3. D. Bezirk Schöneberg 4,55, 1175 durch Rosenkranz 8,30, 1184 4a Bezirk Schöneberg 6,45, 1185 4b Bezirk Schöneberg 2,35, 4431 Bauhilfsleiter Hön, 3. Rate 10,30, 4442 Hüsenleger und Hüsenarbeiter d.

Bau der Tafelkassette in Lichtberg, 4. Rate 33,30, 4449, 4450 und 4451 Tischlerei Max Wegner, Schöneberg, 3. Rate 38,—, 7451 Tischler der Firma Engelmann, Charlottenburg, Hordweg 18,—, 4453, 4454 und 4455 Tischlerei Max Wegner, Schöneberg, 4. Rate 32,50, (in Summa 183,80.) 9123 Tischlerei Hedde u. Kraß 30,10, 6142 9,—, I. J. S. 500,—, in Summa: 6896,04 M.

Bisher sind eingeliefert 152 533,25 M.; dazu kommen 6896,04 M., Summa 159 429,29 M. Gelder, welche per Post eingeliefert werden, sind an K. Körsten, Engelfuser 15 I zu senden. Alle Sammlungen sind sofort in unserem Bureau, Engelfuser 15 I, Zimmer 23, vor-mittags zwischen 9—12 1/2 Uhr und nachmittags zwischen 4—7 1/2 Uhr abzuliefern. Die Listen 3305, 3087, 7248, 1860, 2014, 6542, 1402 und 7186 sind verloren gegangen und sind beim Vorzeigen anzuhalten. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Vom Bierkrieg.

Zur Frage der Bierpreiserhöhung nahm die Berliner Gewerkschaftskommission am Dienstag Stellung in einer Versammlung der Delegierten, Vorstände und Unterkommissionen. Der Referent Lini forderte, daß sich die Arbeiter in dieser Frage lediglich auf den Standpunkt des Konsumanten zu stellen haben. Wie sich die Gastwirte mit den Brauereien über den Bierpreis verständigen, das könne den Konsumanten gleichgültig sein. Als Konsumenten müßten wir uns gegen jede Erhöhung des Bierpreises sowie gegen jede Verkleinerung der Gläser bei gleichbleibenden Preisen entscheiden wehren. Auf die freien Gastwirte besondere Rücksicht zu nehmen, hätten wir keine Veranlassung. Würden doch die Arbeiter von den freien Gastwirten ebenso genept, wie von den anderen Wirten. Fast alle Diskussionsredner stimmten dem Referenten darin bedingungslos zu, daß die Arbeiterchaft jede Erhöhung des Bierpreises abzulehnen habe. Einige forderten, daß als Abwehrmittel gegen die Biervertheuerung sofort der Wohlloht erklärt werden solle. Ein Gewerkschaftsvertreter, der eine Gastwirtschaft betreibt, bemerkte, die Verhandlungen zwischen Brauereien und den Wirten seien noch nicht abgeschlossen. Die Brauereien berechnen den Wirten zwar den erhöhten Preis, jedoch hätten mehrere Brauereien den Wirten mitgeteilt, daß sie ihnen den Preisaufschlag zu rück-zahlen, bis die Streitfrage über die Preiserhöhung endgültig geregelt sei. Auf eine Anfrage erklärte Körsten: Die Verwaltung des Gewerkschaftshauses denke natürlich nicht an eine Erhöhung der Bierpreise. Hier werde alles beim alten bleiben. Da in nächster Zeit nochmals eine Verhandlung der freien Gastwirte mit der Vertretung der Partei und der Gewerkschaften stattfindet, so sah die Versammlung von der Fassung eines Beschlusses ab, präziserte ihren Standpunkt aber dahin, daß, wenn die Verhandlungen nicht den Erfolg haben sollten, der im Interesse der Konsumenten erwartet wird, unverzüglich der Wohlloht in die Wege geleitet werden soll.

Aus der Partei.

Erklärung. Ich halte die Absicht, während des Parteitagess die Streikart ruhen zu lassen und darum mich entschlossen, auf Nauitschs neueste Erklärung und den darin zitierten Brief Lafargues vorläufig nicht zu antworten. Da aber die Einsetzung Geithners mich nötigt, das Wort zu nehmen, sei mit der Antwort auf sie auch die Ant-wort auf die Angriffe Nauitschs und Lafargues verbunden. 1. In Sachen der Arbeiterbildungsschule mögen zunächst andere reden. Unterm 28. Dezember 1905 erhielt ich von einem Mitglied der Schule einen Brief, dessen erster Teil fol-gendermaßen lautet: „Sehr geehrter Genosse Bernstein! Vor etwa einem Vierteljahr habe ich die Ehre, Sie in Sachen der hiesigen Arbeiterbildungsschule persönlich zu sprechen. Unsere Unterredung hatte den Erfolg, daß Sie für die Schule für einen Kursus über Theorie und Geschichte der Gewerkschaften gewonnen wurden. Und zwar sollten Sie im Januar 1906 mit Ihren Vorlesungen beginnen; das war zwischen Ihnen und dem Vorstände fest vereinbart worden. Zu meiner großen Verwunderung erfahre ich jedoch aus einer Publikation der Schulverwaltung, daß an Ihrer Stelle der Genosse Simon Kadenstein den erwähnten Kursus über-nommen hat. Ich habe nun Grund, anzunehmen, daß Sie Ihrer Person und Ihrer wissenschaftlichen Ueberzeugung wegen von dem bereits übernommenen Amte wieder suspendiert worden sind. Da-mit ich mich aber ja keinen Täuschungen hingebe, so bitte ich Sie, sehr berehrter Genosse, mir privat mitzuteilen, ob Sie nicht etwa von selbst das Lehramt niedergelegt haben.“ Das war damals. Jetzt schreibt mir unterm 9. September dieses Jahres unaufgefordert ein anderes Mitglied der Schule: „Nun weiß ich aber, daß in einer Generalversammlung der Arbeiterbildungsschule in irgendeiner Art erklärt wurde, daß Sie im nächsten Duartal über Gewerkschaftsbewegung“ lesen sollten. Ich wollte daran teilnehmen und war erstaunt, wie dann im Lehrplan Genosse Kadenstein als Lehrer hierüber ge-nannt war und glaubte zuerst, daß Sie zurückgetreten seien.“ Soweit diese Briefe. Sie sagen, denke ich, genug. Den Vor-trag, auf den Geithner sich beruft, habe ich mehr als zwei Jahre vor den erwähnten Vorgängen gehalten, das heißt vor der Zeit, wo die Einkünfte in der Schule zur Geltung kamen, die jene Umlochung durchsetzten. Seit ihrem damaligen Erfolge ist keine Einladung der Schule mehr an mich ergangen. Ob der Vor-sitzende der Arbeiterbildungsschule, als er damals in meiner Wö-hnung mit mir über den Vortragskursus verhandelte, dies aus Grund eines definitiven Beschlusses oder nur erst vorbereitend tat, kann ich nicht wissen und tut auch nichts zur Sache. Es genügt die Tatsache, daß er mit mir verhandelt hat, daß wir über alle in Betracht kommenden Punkte einig geworden waren, und daß dann erst die Gegenogitation einsetzte. Außer den Verfassern der zitierten Briefe wird auch der Genosse Langhammer, der damals dem Vorstand der Schule angehörte, bestätigen, daß es nicht bloß einige, auf eigene Faust vorgehende Schüler waren, die meine Person für den Kursus in Aussicht genommen hatten. Und Genosse S. Kadenstein, der so loyal war, selbst zu mir zu kommen, um mir von dem beabsichtigten Personenwechsel Mit-teilung zu machen, wird mir bezugen, daß, so sehr mich die Sache empörte, ich ihm sagte, ich wünsche keinen Skandal und hätte außerdem von seiner Sachkunde und Unparteilichkeit die beste Meinung, er möge den Kursus nur ruhig über-nehmen. 2. Zum Fall Lafargue wird mir der Vorstand des Deutschen sozialdemokratischen Vereins in Paris bezeugen: Daß nicht einzelne „Freunde von mir“, sondern der Vorstand offiziell an mich mit dem Gesuch heran-getreten ist, bei Gelegenheit meiner Vorlesung in der Pariser „Ecole des hautes Etudes Sociales“ auch einen politischen Vor-trag in Paris zu halten; daß ich den Vortrag zusagte, ohne irgendwelche Bedingungen in bezug auf die Form der

Versammlung zu stellen oder auch nur eine Einwirkung in dieser Richtung zu versuchen; daß alle Schritte, die in Paris in Sachen der Versammlung getan wurden, ohne meinen Rat und ohne mein Wissen getan wurden; daß ich auf die Anfrage nach der genauen Zeit meiner Ankunft in Paris die Antwort gab, ich könne bei meiner beschränkten Zeit erst im letzten Moment die Abreise bestimmen, man solle sich meinestwegen keine Umstände machen, und dann auch ohne „Empfang“ in Paris eingerückt bin; daß an den Vorstand der deutschen Sozialdemo-kratie in dieser Sache offiziell geschrieben worden ist und er eine, die Veranstalter der Versammlung durchaus befriedi-gende Antwort gab; daß das Vorstandsmittglied der französischen Partei, der Abgeordnete Gustav Rouanet, die Versammlung dann leitete, hervorragende Mitglieder der Partei auf der Tribüne an ihr teilnahmen, und ihr Besuch und Verkauf in jeder Weise die Erwartungen übertrafen — kurz, daß Lafargues Darstellung ebenso unrichtig ist, wie sie darauf berechnet ist, mir unanständige Motive und unwürdige Verhalten anzudichten. 3. Nauitschs Anwürfen gegenüber begnüge ich mich festzustellen, daß die Verzeichnung seines Briefes an Lafargue als „Uriausbrief“ nicht von mir herrührt. Hätte ich diesen nun ver-schwundene Schriftstück zu charakterisieren gehabt, so würde ich, statt beim alten Restanten, eher beim Jugendwerk unseres großen deutschen Dichters eine Anekdote gemacht und mit Schweizer gefagt haben: „Ein zudersüßes Brüderchen. In der Zeit!“ Schöneberg, den 14. September. Ed. Bernstein.

Fortschritt der Bildungsarbeit. In Bremen wurde dieser Tage die neu geschaffene Arbeiter-Zentralbibliothek eröffnet. Mit ihr verbunden ist eine Lesehalle und eine Jugendbibliothek. In der Lesehalle stehen eine Anzahl Zeitschriften und Nachschlagewerke, Atlanten, ein Globus und Karten den Besuchern zur Verfügung. Vorläufig werden die Bücher allerdings nur wochentags von 6 bis 9 1/2 Uhr abends und Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags ausliegen; zu den gleichen Zeiten ist die Lesehalle der Bibliothek geöffnet. Die Jugendbibliothek ist Mittwochs nachmittags von 3 bis 4 1/2 Uhr geöffnet. Zur unentgeltlichen Benutzung der Arbeiter-Zentral-bibliothek sind alle Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins und der freien Gewerkschaften sowie die Angehörigen der Mitglieder dieser Organisationen und außerdem die Mitglieder der Jugend-organisation berechtigt. Die Jugendbibliothek ist geschaffen, um den Kindern des modern organisierten Proletariats gute Jugendliteratur unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die Hauptbibliothek, Lesehalle und Jugendbibliothek befinden sich in der 4. Etage des Gewerkschaftshauses. Verzeichnisse der vorhandenen Bücher sind bei den Ordnern der Lesehalle für 10 Pf. zu haben. In Gaststadt besteht eine Zweigstelle der Zentralbibliothek mit über 600 Bänden.

Das Zensurfakchen des „Vorwärts“ für „Anhalt“, das wir neulich zur Erbauung unserer Leser mitteilen, so lesen wir im „Hamburger Echo“, kommt nicht auf Rechnung des Chefredakteurs Peus, wie uns dieser mitteilt. Ein anderer Redakteur des Blattes hat den Streich — nein, die Streichung gemacht, was Peus selbst als „kleinlich“ bezeichnet. Wir nehmen davon mit gebührendem Ernst Notiz, da wir nicht möchten, daß ein Fehler in die Welt-geschichte gelangt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw. Das Opladener Zeugniszwangsverfahren aufgehoben. Das Zeugniszwangsverfahren, das vom Schöffengericht Opladen (Kreis Solingen) am 30. Juli d. J. in zwei Privatklagen gegen den verantwortlichen Redakteur der „Vergischen Arbeiterstimme“ in Solingen, Genossen Hans Deifel (der „Vorwärts“ berichtete über die Affäre in seinen Nummern 178 und 186) in Anwendung gebracht wurde, ist nunmehr auf die eingelegte Beschwerde durch Entscheidung der ersten Ferien-strafkammer zu Düsseldorf zum Abbruch gebracht worden. Deifel sollte befristlich in zwei Privatklagen als Zeuge vernommen werden. Der vorsitzende Richter und der Anwalt der beklagten Partei wollten von unserem Genossen wissen, wer ihm Material zu verschiedenen Artikeln, die sich gegen einen katholischen Geistlichen richteten und in der „Vergischen Arbeiterstimme“ vor zirka fünf Monaten erschienen waren, geliefert habe. Deifel vertweigerte mit dem Hinweis darauf, daß die fraglichen Artikel ja mit der zu verhandelnden Sache nicht das geringste zu tun hätten und nicht einmal mittelbar damit in Zusammenhang gebracht werden könnten, die Aussage. Auf Antrag des Anwalts der beklagten Partei — nahm das Gericht den Genossen Deifel in beiden Fällen in eine Geldstrafe von je 25 Mark. Deifel erhob Beschwerde. Die Düsseldorfster Ferienstrafkammer I stimmte ihr in allen Punkten bei und hob beide Strafen wieder auf. In dem Entscheid wird u. a. ausgeführt: „... Der § 50 Strafprozeßordnung ist verletzt. Beschwerdeführer hat das Zeugnis mit Recht geweigert, da die Aussage ihm die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung ausgezogen haben würde.“ Die beiden Herren Juristen am Opladener Schöffengericht werden es künftig wohl nicht mehr so eilig mit der Einleitung von Zeugnis-zwangsverfahren haben.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenarbeit und Lohnverhältnisse in der englischen Industrie. Die englische Regierung hat eine Enquete über die Beschäftigungs- und Lohnverhältnisse in der englischen Bekleidungsindustrie veran-staltet, die sich auch eingehend mit der Frauenarbeit in dieser Industrie beschäftigt. Es geht aus diesem Berichte hervor, daß ein großer Teil der beschäftigten Frauen unter 10 Mark und etwa zwei Drittel aller Frauen nicht mehr als 15 Mark die Woche erhalten. Am unglücklichsten sind die Lohn-verhältnisse in der Schuh- und in der Wäscherei-Industrie, wo von 100 Arbeiterinnen 72 unter 15 M. erhalten. Die Konfektions-industrie zahlt an 28 Arbeiterinnen unter 10 M. In 30,2 von 10—16 M., an 21,3 15—20 M. und nur an 14,7 über 20 M. Die durchschnittlichen Lohnerträge bei voller Arbeitszeit sind in den folgenden Industrien: Konfektion (Arbeitsstuben) 13,80 M., Konfektion (Fabrik) 15,50 M., Hemdenarbeiterinnen 13,32 M., Wäs-chereiberei 14,16 M., Fabrikationswäschereiberei 12,92 M., Schuh-fabrikation 13,80 M., Wäscheherstellung 12,50 M., Gut-fabrikation 16,32 M., Handschuhfabrikation 12,80 M., Korsett-fabrikation 12,16 M., Pelzkonfektion 16,32 M., Strohhutfabrikation 19,90 M., andere Bekleidungsstofffabrikation 12,92 M., Färberei 13,80 M., Wäschereifabrik 12,80 M. und Wäscherei (Kleinbetrieb) 12,79 M. Die Arbeitszeit für jugendliche Arbeiterinnen unter 18 Jahren ist auf 60 Stunden die Woche festgelegt. Es müssen außerdem sechs freie Tage während des Jahres gegeben werden.

Leserabende. Schöneberg, Montag, den 20. September: Gemeinsamer Frauen-zahlabend des sozialdemokratischen Wahlvereins bei Großer, Reininger Str. 8. Dr. Alfred Bernstein spricht über: „Er-ziehungsfragen“. Der regelmäßige Frauenzählabend in den einzelnen Bezirken am Montag, den 27. d. M., findet nicht statt. Steglitz. Der Leserabend der Frauen findet am Freitag, den 17. Sep-tember, abends 8 1/2 Uhr, bei Kohnmann, Schloßstr. 117, statt. Thema: „Die Erziehung im Hause.“ Der Vorstand.

2306 L.

Extrapreis!

Eine große **Diwandecken**

auf beiden Seiten benutzbar

Mk. 4,85 (6,75) (Wert)

Buntpersische doppelseit. **Diwanddecken**

Mk. 7,50-8,75 (12-15 M.) (Wert)

Bunte **Plüsch-Diwandecken**

Moquett-Plüsch-Diwandecken

Größe 150/200 cm 23,50 (33 M.) (Wert)

Eine **Diwanrückwände**

Partie

reichgestickt **3,85 (5,50 M.)** (Wert)

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882

nur **Oranienstr. 158.**

Habe nirgends Filialen.

Nach auswärts per Nachnahme.

Mein neuer **Pracht-Katalog**

mit ca. 650 Abbildungen

gratis und franko.

Ein maßgebendes Urteil
in allen über Wert und Güte unserer

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

Es heißt jedem Raucher möglich. Die Fähigkeit, Qualität bei Cigaretten richtig abzuschätzen, hat sich mit fortschreitendem Konsum erheblich gesteigert. Unter diesen Umständen muß eine Marke Außerordentliches bieten, um so populär zu werden, wie unsere Josetti-Vera-Cigaretten. Sie muß aber in noch weit höherem Grade stets ihre bestimmte und bekannte Güte garantieren, wenn sie ihren guten Ruf nicht nur behalten, sondern fortgesetzt erweitern will, wie dies bei unseren Josetti-Vera-Cigaretten der Fall ist.

Josetti Vera m. u. o. M. 10 St. 30 Pf.

Möbel

Polsterwaren, fertige Küchen

halb umsonst

auf Abzahlung

und gegen bar

lieferung an Jedermann ohne Ausnahme.

100 bessere und billige

Wohnungs-Einrichtungen

von 150-500 Mk.

Anzahlung

von **15 M.** an

Einzelne Möbel

schon **5 M.** Anzahlung

von an,

alten Kunden ev. auch

ohne Anzahlung.

Ferner empfehle Herren- u. Damen-Garderobe, Pelz-Stolas, Muffen, Leib- u. Bettwäsche, Betten, Steppdecken, Teppiche, Portieren, Gardinen, Bilder, Uhren, Gas- und Petroleum-Kronen, Sport- und Kinderwagen

wöchentlich **1 M.** an

Möbel- und Waren-Kredit-Haus

S. Dorn

Alte Schönhauser Str. 3

Ecke Lindenstraße

am Tor.

Von der Reise zurück

Dr. Sußmann

Augenarzt,

Charlottenburg, Berlinerstr. 130.

Erklärung.

Gegen die Fliegenplage!

Wir haben in verschiedenen Annoncen darauf hingewiesen, daß beim regelmäßigen Gebrauch von Automors-Wasser die Fliegen aus den Wohnungen, Ställen etc. verschwinden. Unser Präparat soll folgendermaßen angewendet werden: Man löst einen Eßlöffel voll Automors in einem Eimer Wasser auf und scheuert hiermit regelmäßig die Zimmer oder besprengt diese oder Stallungen, Vieh etc. regelmäßig mit demselben.

Einerseits wird durch diesen — wohlgeruchtem regelmäßigen — Gebrauch die Brut der Fliegen, Mücken, Motten etc. zerstört, dann aber auch die Fliegen etc. selbst vertrieben. Wir haben nie behauptet, daß dieselben hierdurch getötet werden.

Durch nicht aufmerksames Lesen unserer Gebrauchsanweisung, vielleicht aber auch durch die Gewohnheit, Fliegen mit Giften etc. zu töten oder durch Fliegenleim zu fangen, verliere ein Teil der Automors-Verzeher, ein Tellerchen mit Automors-Wasser aufzustellen oder die Zimmerschwelle damit zu bestreichen, ja, ein besonders gewissenhafter Herr fang jede Fliege einzeln und warf sie in Automors-Wasser! Das derartige Anwendungsformen natürlich unrichtig sind, wird jedermann einleuchten, und Zweck dieser Zeilen soll es sein, darauf hinzuweisen.

Die begeisterten Zuschriften von Privatpersonen, Anstalten und Behörden, die Automors richtig nach unserer Anweisung anwenden, beweisen:

Automors vertreibt bei regelmäßiger Anwendung die Fliegen, Mücken, Motten und vernichtet ihre Brut.

Automors desinfiziert in nur einprozentigen Lösungen geruchlos und giftfrei.

Automors verbessert die Zimmerluft und reinigt dieselbe von schlechten Gerüchen.

Automors beseitigt die fäulnisartig wirkende Wirkung der Karbolsäure, ohne deren Giftigkeit aufzuheben (bereits eine einprozentige Lösung vernichtet die Krankheitserreger des Typhus, der Diphtheritis, des Keuchstussens etc.).

Automors wird infolge dieser Vorzüge jedem der riechenden und gefährlichen bisher gebräuchlichen Desinfektionsmittel vorgezogen.

Gehr. Heyl & Co., A. G.

Charlottenburg.

Dankfagung.

Für die überaus reiche Beteiligung und Spenden bei Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten sowie dem Gesangsverein, den Kollegen und Genossen des letzten Straßes meinen tiefgefühlten Dank.

Die trauernde Witwe **294532**
Frau Allwardt nebst Kindern.

Gemeinsame Ortskrankenkasse
für
Dr. Wilmersdorf u. Umgegend.

Wahlaufruf!

Nach Grund des § 49 des Statuts ist eine Neuwahl sämtlicher Delegierten zur Generalsammlung für die Wahlperiode vom 1. Oktober 1909 bis 30. September 1913 erforderlich.

Es sind 37 Vertreter der Arbeitgeber zu wählen. Jeder Arbeitgeber, welcher Beiträge aus eigenen Mitteln leistet, führt bei der Wahl eine Stimme.

Sämtliche maßberechtigten Arbeitgeber werden zu einem zwecks Vornahme der Wahlen am **Freitag, den 24. Sept. 1909, abends 6-8 1/2 Uhr** im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, stattfindenden Termin hierdurch eingeladen.

Von den Kassemitgliedern sind 77 Vertreter zu wählen. Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassemitglieder, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Sämtliche maßberechtigten Kassemitglieder werden zu einem zwecks Vornahme der Wahl am **Montag, den 29. Sept. 1909, abends 6-8 1/2 Uhr** im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, stattfindenden Termin hierdurch mit der Aufforderung eingeladen, zur Legitimation ihre Krankenkassenscheine, Mitgliedskarten bezw. Mitgliedsurkunden mitzubringen. Die Wahlen sind geheim und werden durch Stimmzettel in einem Wahlgange in der Weise vorgenommen, daß jeder Stimmberichtigte so viel Namen auf einen Stimmzettel schreibt, wie Vertreter zu wählen sind.

Für die Mitglieder genügt zur Legitimation eine Arbeitsbescheinigung, welche mit der Unterschrift und dem Stempel des Arbeitgebers versehen ist; auch sind Legitimationskarten, welche zur Teilnahme berechtigten, im Geschäftslokal Kaiser-Weg 173a am Schalter 1 und in den bekannten Meldestellen zu haben.

Für Arbeitgeber, welche der Person noch nicht bekannt sind, legitimiert die letzte Beitragsrechnung. **Wilmersdorf-Berlin, den 15. September 1909.** 277/14

Der Vorstand.
Bogner, Vorsitzender.
Ludermann, Schriftführer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Herr
Bruno Schöltzke
am 14. d. M. an Lungenschwindsucht gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Falck-Sträßchens in Niddorf, Hermannstr., aus statt. Rege Beteiligung erwünscht.

122/13 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Am 13. d. Mts. verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied, der Buchbinder
Johann Rudolf Nordström.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes Niddorf, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
24/10 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Maurer
Ernst Grix
am Dienstag nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Dies zeigen tiefbetäubt an
Die trauernden Hinterbliebenen
Auguste Grix nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Friedhofes, Verlinstraße, aus statt. 14558

Pflicht und unermordet wurde uns am 14. September unser lieber Kollege, der Maschinenmeister
Wilhelm Timm
im 62. Lebensjahre durch den Tod entzogen. Wir verlieren in dem Verstorbenen nicht nur einen braven Kollegen sondern auch einen langjährigen Freund, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. 14576

Das Personal der Buchdruckerei Karl Marschner.

Die Beerdigung findet am 18. d. M., nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause in Hemsdorf, Weißbachstr. 5, aus statt.

Verein Berliner Buchdruck - Maschinenmeister.

Den geehrten Mitgliedern zur Nachricht, daß unser lieber Kollege
Wilhelm Timm
am Dienstag, den 14. September, im 62. Lebensjahre nach kurzen Leiden an Herzschlag gestorben ist.

Derselbe war ein braver Kollege, indem er unserem Verein Jahrzehnte als Mitglied angehört hat. 14558

Sein Andenken werden wir in Ehren halten!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. September, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause in Hemsdorf, Weißbachstr. 5, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankfagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei unserer so plötzlich verstorbenen Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, **Mine Margarete Havenstein** geb. Giesert, sagen wir allen Parteigenossen und Genossen, Freunden und Verwandten, sowie den Mitgliedern der Konjunktionsgesellschaft und dem Gesangsverein "Nordwest" unseren verbindlichsten Dank. 14508

Die trauernden Hinterbliebenen, Eltern u. Geschwister, **F. Giesert.**

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Nur 5 Pfennig

MAGGI'S Bouillon-Würfeln.

Leblich mit kochendem Wasser übergossen, gibt jeder Würfel sofort 1/2 Liter feinstes Fleischbrühe, die dann je nach Bedarf zur Zubereitung von Bouillon-Suppen, Gemüsen, Ragouts, Saucen usw. oder auch als klare Trüffelbouillon verwendet werden kann. **Es gibt nichts Besseres!**

Man achte genau auf den Namen **MAGGI!**

Partei-Angelegenheiten.

Zahlmorgen, Zahlnacht.

Seit einem Jahre besteht nun im zweiten Kreise die Einrichtung des Zahlmorgens für die in den Nachtbetrieben der Zeitungsdruckerien der Friedrichstadt beschäftigten Arbeiter. Es kann mit Genehmigung konstatiert werden, daß die von den beteiligten Genossen des Kreises gern aufgenommene Mühe keine vergebliche war. Durch über 200 Neuaufnahmen sind dem Kreise frische Kräfte zugeführt worden in der südlichen Friedrichstadt, die dort wohnende Parteigenossen nur in geringer Zahl aufzuweisen hat.

Jeden zweiten Monat wird ein Referat gehalten, um den neuen Mitgliedern, denen die Beteiligung an Abendversammlungen durch die Nacharbeit verweigert ist, Gelegenheit und Unterstützung zur Weiterbildung zu geben. Gewerkschaftliche und politische Themas sowie sonstige Fragen von öffentlichem Interesse kommen zur Behandlung.

Diese Zahlmorgens stellen sowohl an den Referenten, der früh vor 7 Uhr zur Stelle sein muß, wie an die Besucher, die eine schwer durcharbeitete Nacht hinter sich haben, große Ansprüche. Mit Freude kann man jedoch beobachten, wie von beiden Seiten die verlangten Opfer gern gebracht werden. Aufmerksamkeit hört man dem Vortragenden bis zum Schluß zu und stets haben die Referenten sich freiwillig bereit erklärt wieder zu kommen, ohne jede Entschädigung, besriedigt von der Eigenart des Zahlmorgens und der guten und freundigen Stimmung der Zuhörer. Im kommenden Winter wird auf eine starke Zunahme von Mitgliedern bestimmt gerechnet.

Auch andere Kategorien von Druckereiarbeitern, denen ihre Arbeitszeit eine Anteilnahme an unseren Abendveranstaltungen verbietet, wünschen für sich eine ähnliche Einrichtung. Die Zeitungsseher z. B. haben sich wiederholt in diesem Sinne geäußert und es wird noch in diesem Jahre der Versuch gemacht werden, für sie eine Zahlnacht, im Anschluß an die Beendigung ihrer Arbeitszeit, einzuführen. Zu diesem Zwecke sollen in allernächster Zeit Besprechungen mit den Werkstatt-Vertrauensleuten gepflogen werden und es ist wohl zu hoffen, daß auch diesen Spätarbeitern in Zukunft ihre Zahlnacht gleich lieb sein wird wie den Nachtarbeitern ihr Zahlmorgen.

Zur Lokalliste. Der Rauchklub „Vorbeer“, Mitglied des „Berliner Raucherbundes“, veranstaltet am Sonnabend, den 18. d. M., im „Neuen Klubhaus“, Wilhelmstr. 118, ein Vergnügen mit Tanz. Da dieser Verein zum weitaus größten Teil aus Arbeitern besteht und daher auch in Arbeiterkreisen eine lebhafteste Propaganda für den Umfag von Willeits betrieben wird, weisen wir darauf hin, daß obiges Lokal der Arbeiterklasse nicht zur Verfügung steht und sind daher alle dortigen Veranstaltungen zu meiden.

Schöneberg. Am Sonntag, den 19. September, morgens 1/8 Uhr, findet für die Kommunalwahlbezirke, in welchen anfangs November die Ergänzungswahlen für die ausscheidenden Stadtverordneten der dritten Abteilung stattfinden, von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverteilung statt. Zur Wahl stehen der 2., 3., 4., 7., 8. und 9. Kommunalwahlbezirk. Die Parteigenossen aus den Bezirken, in denen keine Wahl stattfindet, werden, ebenso die Genossen der in Frage kommenden Wahlbezirke, dringend ersucht, sich an den Arbeiten zu beteiligen. Der 1. und 11. Bezirk helfen im 2. Bezirk, der 5. Bezirk hilft im 4. Bezirk; der 6., 10. und 12. Bezirk helfen im 9. Bezirk. Die Flugblattverteilung des 9. Bezirks findet vom Lokal des Genossen Feldt, Sedanstr. 81 Ecke Reuthenstraße, und vom Lokal des Genossen Andreas, Feuerstr. 16, statt. Die Genossen vom 10. Bezirk bemühen sich nach Andreas, Feuerstr. 18, und vom 6. und 12. Bezirk nach dem Lokal von Feldt, Sedanstr. 81. Der Vorstand.

Panlow. Am kommenden Sonntag, den 19. d. Mts., findet eine Agitationstour nach den Landorten unseres

Bezirks statt. Regere Beteiligung hieran ist Parteipflicht. Behufs Besprechung und Zuempfangnahme näherer Anweisungen usw. wollen die sich beteiligenden Genossen morgen, Freitag, den 17. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Raack, Gailardstr. 82, antwefend sein. Die Bezirksteilung.

Reuenhagen. Sonntag, den 19. September: Flugblattverbreitung im ganzen Bezirk. Das Material ist beim Bezirksleiter Joh. Süßner abzuholen.

Berliner Nachrichten.

Freisinnige Landtagskandidaturen. Im 5. Berliner Landtagswahlkreis hat die Vertrauensmännerberammlung der Freisinnigen Volkspartei den Schriftsteller und Syndikus Hermann Schöler als Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl aufgestellt. Herr Schöler kandidierte bei den allgemeinen Wahlen, die am 16. Juni v. J. stattfanden, im 11. Berliner Landtagswahlkreis. Im 5. Berliner Landtagswahlkreis kandidierte damals der Stadtk. Redakteur Karl Goldschmidt, der mit 207 gegen 303 Stimmen dem Genossen Vorkmann unterlag.

Hängen Herrn Goldschmidt die Trauben zu hoch, oder wollte man diesen Schwäger nicht mehr haben, daß man Herrn Schöler heranzieht?

Das Marienheim, das auf der Feldmark Mariendorf am Wege nach Brix liegt, will hauptsächlich der Kranken- und Genesendepflege dienen. Auch von Krankenlassen und Berufsangehörigen wird diese Pflegeanstalt, die vom „Roten Kreuz“ abhängig ist, zur Unterbringung von Kranken und Genesenden benutzt. Kürzlich hat es dort in der Abteilung für geneigte Männer eine Massenentlassung gegeben, über deren Grund die Meinungen unter den Patienten geteilt sind. Der leitende Arzt Dr. Richter ließ nach seiner Rückkehr vom Sommerurlaub seine Pflanzlinge zusammenkammeln, erkundigte sich nach ihrem Befinden, untersuchte auch mehrere — und verfügte dann ein halbes Duzend Entlassungen. Herr Dr. Richter wird zur Erklärung dieser Maßregel sagen, er habe eben die Besserung jetzt für so weit fortgeschritten gehalten, daß ihm ein weiterer Aufenthalt im Marienheim nicht mehr erforderlich schien. Hiermit könnte und müßte man sich zufrieden geben, wenn nicht Dr. Richter gegenüber einigen der Entlassenen noch eilige unklare Andeutungen gemacht hätte. Es wird unter den Patienten erzählt, dem einen habe er unliebenswürdiges Benehmen vorgeworfen, zu dem anderen habe er von einem an die Krankenhausleitung gelangten denunzierenden Brief gesprochen, und so weiter. Da ist es begreiflich, daß die Frage nach dem Grund der Entlassungen unter den Entlassenen wie den noch in der Anstalt verbliebenen Patienten lebhaft erörtert wird.

Bei manchen Patienten hatte in letzter Zeit sich eine gewisse Unzufriedenheit mit der Befestigung bemerkbar gemacht. Man klagt uns, öfters sei der „Belag“ zum Frühstück unzulänglich gewesen, einmal habe er ganz gefehlt, auch sei einmal zu Mittag weiter nichts als eine Mehlsuppe und eine Art Semmelpudding nebst Kirchen gegeben worden. Aus Mitteilungen von anderer Seite dagegen müssen wir schließen, daß andere Patienten mit der Befestigung im ganzen zufrieden waren und über einzelne Mängel hinwegsehen. Es möge dahingestellt bleiben, wie weit die Unzufriedenheit berechtigt war. Sicher ist aber, daß man die Unzufriedenheit nicht mit der Redensart abfertigen kann, wenn der liebe Gott zum Frühstück noch Kaffee, Käse oder Radieschen schenke, der müsse ihm dafür auf den Knien danken. Diesen billigen Trost spendete ihnen eine Dame des Vorstandes, die vermittelte Frau Prediger Richter, die im Marienheim das Oberkommando führt. Es läßt sich begreifen, daß die Antwort, die ihr von einigen minder gottesfürchtigen Patienten gegeben wurde, nicht besonders freundlich ausfiel. Nun ist diese Frau Prediger Richter die Mutter des oben erwähnten Dr. Richter, des leitenden Arztes. Die Familie Richter spielt überhaupt im Marienheim eine wichtige Rolle; an der Verwaltung ist noch beteiligt eine Tochter der Frau Prediger Richter, und die Seelsorge wird geliefert von einem anderen Sohn.

Aber diese Tendenz ist auch durchaus nicht das Wesentliche in Hartlebens Komödie. Die rein dichterischen Vorzüge sind es vielmehr, die Otto Erichs Jugendarbeit ihren hohen und bis heute ungeschmälernten Wert verleihen: diese meisterhafte Kunst der dramatischen Charakterisierung, die mit sparsamen, treffsicheren Linien das Bild eines lebendigen Menschen in festen Konturen und allseitig plastischer Rundung auf die Bühne stellt; diese unergleichliche Kunst des Dialogs, der, knapp, gedrungen und pointenreich, jeder Gestalt ihre eigentümliche, aufs feinste nuancierte Sprache gibt; dieser großzügige Humor und dieser epirritvolle Witz, der, immer schlagkräftig, aber niemals aufdringlich, über Menschen und Geschehnisse seine funkelnden, ergötzenden und erleuchtenden Blitze wirft. Wir besitzen in deutscher Sprache wahrhaftig nicht viele humoristische Bühnenstücke, deren dichterische Qualitäten, deren technische Eleganz und Sauberkeit und deren theatralische Wirkungskraft an Otto Erichs Komödie heranreichen, und es ist merkwürdig, daß sich so wenige Theaterleiter zu einer Aufführung dieses Wertes entschließen, das der Bühnendarstellung fast nur dankbare Aufgaben bietet.

Dafür liefert er auch die vorzügliche Aufführung im Hebbel-Theater den Beweis, die mit nur teilweise erstklassigen schauspielerischen Kräften bei verständnis- und geschmackvoller Regie einen sehr starken Erfolg erzielte. Die kluge, hübsche, überlegende und überlegene Hanna der Ida Roland, die rührend schlichte, von der Last eines langen Proletarierdaseins niedergedrückte und gemühter Mutter Jagert der Frida Richard, Richs bürgerlich gemühter, phrasenfeindlicher und behaglich sich selbst ironisierender Fabrikant König, Paul Ottos entzückend großzügiger, vornehmer und liebenswürdiger Bernhard von Bernier waren samt und sonders kleine Robinsonstücke einer feinen, diskreten und eindrucksvollen Charakterisierungskunst, die man nicht so bald aus dem Gedächtnis verlieren wird. Das Publikum nahm die Komödie und ihre Darstellung mit freudigem Beifall auf und bereite dem ergötlichen Komiker Richard Leopold, der die lustige Figur eines jüdischen Weinbändlers und Hausbesizers ins Derbschlaraffenstück ummodellte, einen besonderen Triumph.

Neues Theater: „Das Urbild des Tartüffe“ von Karl Gutzkow. Daß Molliere bereits mehrere Jahre verheiratet war, als er seinen „Tartüffe“ schrieb, also nicht erst, wie Gutzkow will, den Vollzug seiner Heirat vom Erfolg dieser Komödie abhängig zu machen hatte, ist bekannt. Freilich steht auch fest, daß er sich schon lange zuvor der besonderen Gunst des „Sonnenkönigs“ erfreute. Sonach hat die etwas unhistorische Fabel der Handlung des Gutzkowschen Lustspiels poetische Berechtigung. Vor nun 65 Jahren entstanden, gehört es auch noch heute zu den besten älteren Stücken; und nichts ist ihm von seiner Frische verloren gegangen. Daran kann selbst eine mittelmäßige Aufführung wenig verderben. Ueber das übliche Mittelmaß erhob sich diese Reueinstudierung aber glücklicherweise. Zunächst wurde die Geburt der Zuschauer durch die überprüdelnde Fast einiger Chorglieder auf eine ungehörliche Probe gestellt. Hernach herrschte ja mehr Deutlichkeit; es trat, wenn auch keine eigenliche Charakterisierung der Nebenrollen, wenigstens doch ein farisaturistisches Schema zutage.

der Frau Prediger Richter, der selber Prediger ist und im Nachbarort Marienfelde amtiert. Man darf vermuten, daß die fromme alte Dame bei ihrem Sohn, dem Herrn Doktor, sich über die unfreundlichen Patienten beklagt hat, die es so scharf abgelehnt hatten, Gott für Kaffee, Käse oder Radieschen auf den Knien zu danken. So wird uns die ingrimmige Andeutung über das „unliebenswürdige“ Benehmen erklärt, die der Arzt bei der Entlassung gemacht habe. Herrn Dr. Richter wäre das wahrscheinlich erspart geblieben, wenn im Marienheim Beschwerden über Befestigung erledigt würden, ohne den lieben Gott zu Hilfe zu rufen.

Der denunzierende Brief, auf den seine andere Andeutung sich bezog, soll von irgendeinem Patienten herrühren; das wurde wenigstens aus den Mienen des Herrn Dr. Richter geschlossen. Was in dem Brief stand, ist den Patienten, die wir hierüber befragt haben, nicht bekannt geworden. Herr Dr. Richter soll es nicht für nötig gehalten haben, ihnen die darin etwa vorgebrachten Anschuldigungen zu nennen. Das wäre allerdings ein sehr sonderbares Verfahren. Im Interesse der Ehrlichkeit wird man wünschen müssen, daß Denunziationen, sofern ihnen überhaupt Beachtung geschenkt werden soll, rückhaltlos mit den angeklagten Personen erörtert werden. Nur so läßt sich prüfen, ob sie begründet sind oder etwa gemeine Nachsicht sich hinter ihnen verbirgt. Den Andeutungen, die von Herrn Dr. Richter gegenüber einigen der entlassenen Patienten gemacht wurden, hat er es zu danken, daß dieser unkontrollierbare Brief mit den Entlassungen in Zusammenhang gebracht wird.

Ein postalisches Kuriosum.

Daß eine in Deutschland ausgegebene Postkarte, um ihren in Deutschland gelegenen Bestimmungsort zu erreichen, die Zeit von zehn Jahren und neununddreißig Tagen gebraucht, dürfte sicherlich einige Verwunderung erregen. Und doch haben wir den Beweis für dies seltsame Faktum in Händen. Die uns vorliegende Postkarte wurde am 8. 8. 99 in Schönwald im Schwarzwald ausgegeben und trägt den Stempel Schönwald 4. 8. 99. 6—8 vormittags. Ein zweiter Berliner Stempel trägt das Datum vom 5. 8. 99. Die Karte hätte nun ein paar Stunden später im Besitz des Adressaten sein müssen. Allein ein rätselhaftes Schicksal sagte es anders. Jeden Jahre und diverse Wochen trieb sie sich irgendwo in der Welt herum, um am 11. 9. 09 — wie ein dritter Poststempel ausweist — in Rixdorf zu landen. Von dort aus erreichte sie nun mit der bei unserer Post gewohnten Promptheit den Adressaten. — Sollte also einer unserer Leser sich einmal über die Nichtankunft eines Briefes beunruhigen, so möge er sich in dem Gedanken getrosten, daß der vermehrte Brief sich nach einem kleinen Jahrzehnt ja noch immer einstellen kann.

Der Ersatz des männlichen Kranken-Pflegepersonals durch weibliches geht immer weiter vor sich. Die Verwaltung der Charité stellt jetzt nur noch Wärterinnen, Schwestern als Pflegepersonal ein. Wärter werden als Pfleger nur ganz ausnahmsweise noch benutzt, es sind dies dann meist nur ältere, erprobte Leute, die schon jahrelang dort oder im ärztlichen Dienst tätig sind. Grundsätzlich sollen in Zukunft nur noch Schwestern, die gründlich für diesen nicht leichten Beruf vorgebildet sind, angestellt werden. Eine Ausnahme wird nur in der „Neuen Charité“, wo Geistesranke und unruhige Kranke Aufnahme finden, gemacht werden.

Auch in unsern städtischen Krankenanstalten geht die Tendenz in gleicher Richtung wie in der Charité. Wir halten diesen Grundjah für verfehlt. Selbst wenn man zugeben will, daß das weibliche Geschlecht in einer Reihe von Fällen sich sehr gut zu Krankenpflege eignet, so gibt es andererseits zahlreiche Einrichtungen, die besser vom Mann als vom Weibe ausgeführt werden und zwar im Interesse der Kranken.

Tödlicher Automobilunfall. Von einem Geschäftsautomobil überfahren und getötet wurde der Telegraphenarbeiter Emil Gerlof aus der Kylestr. 42. G. hatte beim Passieren des Fahrbanms der Prenzlauer Allee das Gerannahmen eines Geschäftsautomobils übersehen und wurde infolgedessen angefahren. Die Mäder des schweren Gefährts gingen ihm unglücklicherweise über Brust und Weine hin-

Die beste Zeichnung lieferte Walter Schmidt-Hähler als Präsident La Noquette. Die Tartüfferie seines Helden gelang ihm ausnehmend gut — freilich konnte es auch Schloß sein. Reia Jäger (Radeleben) ist frisch, immer sie selbst, feunbrennhaft, weniger das, was sie darstellen soll. Alwin Neuh: gute Molliere-masse, auch den Jahren nach; als Doppelgänger La Noquettes gleichfalls naturgetreu aufgeputzt. Anna Kubner (Armande) fiel nicht weiter auf. Franz Höbbling hatte als Ludwig XIV. nichts an sich, was königlich war, sondern nur, was so scheinen wollte. Weiben noch Paul Schwaiger (Minister Lionne) und Hans Berdmeister (Chapelle) mit annehmlchen Ansätzen zu einer über die Karikatur hinausstrebenden Charakterdarstellung. Wenn der obligate Beifall nicht täuschte, so war das Auditorium, aus dessen Mitte heraus zu Anfang einige Unwillensäußerungen verlaubar wurden, doch zufriedengestellt.

Trianon-Theater: „Pariser Willen“, Lustspiel in 3 Akten von André Sylvanne und Fabrice Carré, Deutsch von Max Schönau. Die Komödie des französischen Autorspaars wurde bei ihrer Berliner Erstaufführung von einem locklustigen Publikum recht freundlich aufgenommen. Ueber die Fabel des Stückes sind nicht viel Worte zu verlieren. Es ist die übliche Komödie der Irrungen, auch der Eheirungen, wobei die Liebhaber von Situationskomik und mehr oder weniger saftigen Kalauern ihre Rechnung fanden. Der Erfolg des Stückes war vor allem dem guten Spiel der Mitwirkenden zu danken. Besonders wirkungsvoll war der Letzttrüffer von Hans Junkermann, der den bureaukratischen Pfiffler vorzüglich spielte, die Frau Letzttrüffer von Johanna Jademad, die das Spiegherweibchen in seiner ganzen Beschränktheit wiedergab, und der Chamberler von Adolf Klein, der den anglikanisierten „Gentleman“ in Sprechweise und Haltung ausgezeichnet zum Ausdruck brachte. So verstanden es aber fast alle Mitwirkenden mehr oder weniger, die Lauchmasseln der Zuhörer in Tätigkeit zu setzen; und das ist ja schließlich der Zweck der Uebung.

Humor und Satire.

— Der Hauspasha. Frau (zum Hausbesitzer): Ich muß dringend um Hilfe ersuchen, Herr Wirt, hinter den Laveten steckt ja alles voll Ungeziefer!
— Ja, in Dreiteufelsnamen, was haben Sie hinter den Tapeten zu tun?
— Einsam wie ein Rhinoceros. „Was, drei Jahre sind Sie schon verheiratet? Und noch nie habe ich Sie mit Ihrer Frau zusammen gesehen?“
— Ja, wissen Sie, ich schließe mich nur sehr schwer an!
(„Lustige Wänter“.)
— Humor des Auslandes. „Mama, sprach der Sohn des Zeitungsmannes, ich weiß, warum die Redakteure immer von sich als „wir“ reden.“ — „Warum denn?“ — „Damit derjenige, dem der betreffende Artikel nicht gefällt, denkt, daß es zu viele für ihn zum Verirgeln sind.“ (L. Anstwert.)

Kleines feuilleton.

Theater.

Hebbel-Theater: „Hanna Jagert“, Komödie in drei Akten von Otto Erich Hartleben. — Hanna Jagert, die Tochter eines Maurerpoliers und Verlobte eines Schriftsehers, wirkt als begeisterte Agitatoren und kluge Führerin in der sozialdemokratischen Partei. Während ihre Brautigung wegen eines politischen Vergehens eine mehrjährige Gefängnisstrafe abbüßt, lernt sie einen wohlhabenden Fabrikbesitzer kennen, der ihr eine neue, „moderne“ Lebensauffassung beibringt. Sie wird der Sache des Proletariats und dem Verbotenen untreu und gibt sich aus Dankbarkeit dem Fabrikbesitzer hin, dessen pekuniäre Unterstüngen es ihr ermöglichen, sich geschäftlich selbständig zu machen. Aber die vorwiegend pädagogischen Fähigkeiten des Lehrmeisters genügen der Wegehlichen auf die Dauer nicht. Als sie dem Fabrikanten die letzte Rate ihrer Geldschuld abgezahlt hat, wird sie erst die Geliebte und dann die Gattin eines hübschen, jungen, unbedeutenden Aristokraten.

Das Stück ist 1891 entstanden und seine Handlung beruht zum Teil auf wahren Begebenheiten. Die älteren unter unseren Berliner Lesern werden sich noch der Mantelnäherin Hanna Jagert erinnern, die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine Zeilung eine Rolle in den Parteiverfammlungen spielte, die Verlobte eines polnischen Arbeiterführers war, während der Gefängnisstrafe ihres Brautigams die Geliebte eines anderen wurde und schließlich aus Berlin verschwand, um nach England überzusiedeln, wo sie, soviel ich weiß, noch heute lebt. Hartleben hat übrigens Hanna Jagert, als er sein Stück schrieb, persönlich nicht gekannt. Erst nach Jahren besuchte sie gelegentlich eines kurzen Aufenthalts in Berlin den Dichter und stellte sich ihm als das Urbild seiner Komödienheldin vor. Aus der Entstehungszeit ist das seltsam zwiespältige Wesen des Wertes zu erklären, das zugleich eine unierer glänzenden Charakterkomödien und ein mattes Tendenzstück ist. Es waren damals die Jahre, da in den jüngstdeutschen Literatenkreisen die Lehren Stirners und Nietzsche zu wirken begannen und namentlich des sprachgenoeligen Zarathustra lodende Sirenenlieder mandes jugendliche Koetengehirn verwirren und beiraten. Auch der kluge und kluge Otto Erich war damals dem Seelenfänger in die Netze gegangen und als Ranifest der neuen Lebensanschauung schrieb er die Hanna Jagert. Die Tendenz des Stückes ist eine Verteidigung des egoistischen Individualismus, der an Stelle des unpraktischen und ansichtslosen Sozialismus der modernen Menschheit den Weg zu den höchsten kulturellen Entwicklungszielen weisen und bahnen soll. Diese Lehren, die damals mit den stolzen Präntationen einer neuen Religion auftraten, sind heute längst bis in alle Details als die ideologisch verbrämten und verämschten Forderungen des brutalsten großkapitalistischen Klasseninteresses erkannt und erwiesen und ihre begeisterte Propagierung kann auf den, der die nächsternen Grundlagen solcher bürgerlichen Ideologien kennt, schließlich nur eine unfreiwillig-fomische Wirkung üben.

weg. Im Krankenhaus, wo der Verunglückte Aufnahme fand, erlag er bald nach seiner Einlieferung den schweren Verletzungen.

Aus dem Krüster gestürzt ist gestern in aller Frühe eine Frau Winkler in der Koloniestraße. Die Verletzungen sind lebensgefährlich, da die Frau mehrere Knochenbrüche und einen Bruch des Beckens erlitten hat.

Su der Kampfesweise des „Freien Arbeiter“ gegen einen Gastwirt W. in der Thorner Straße, die wir bereits in unserer Sonntagsnummer kurz gekennzeichnet haben, schreibt uns in Ergänzung und Nachtragstellung unserer Darlegungen der Gastwirt Weidling: „Am 12. August kam die Mutter des ertrunkenen Genossen Wilhelm Franke zu mir und fragte mich, ob ich nicht jemand hätte, der mitgehen könnte, sie habe Nachricht erhalten, daß eine Leiche gefunden sei. Da ich keinen Genossen hatte und meine Frau seit acht Tage vor Ostern krank ist und an demselben Tage noch krank war, habe ich Frau Franke nach der Thorner Straße zu Przahlba geschickt, da der Genosse Franke an demselben Abend, wo er verunglückt ist, dort gewesen war, und weil ich glaube, daß diese Sache schneller erledigt werden würde. Der „Freie Arbeiter“ hat meine Aufforderung, eine Nachforschung zu bringen, unbeachtet gelassen.“

Feuerwehrbericht. Ein großer Dachstuhlbrand kam in der letzten Nacht aus noch nicht ermittelter Ursache in der Ruppiner Straße 33, Ecke der Straßburger Straße zum Ausbruch. Als der 8. Löschzug nach Mitternacht dort ankam, stand der Dachstuhl schon in großer Ausdehnung in Flammen und waren die Kruppen so verqualmt, daß über eine am Hause aufgerichtete mechanische Leiter vorgegangen werden mußte. Durch kräftiges Wassergeben gelang es der Feuerwehr, die Flammen auf den großen Dachstuhl zu beschränken. Der Schaden ist natürlich bedeutend. In der Wilhelmstraße 22 kam gestern ein sehr gefährlicher Brand in einer Weißblechbude auf dem Hofe zum Ausbruch. Del, Rade usw. brannten dort. Die Feuerwehr mußte energisch angreifen, um die Gefahr zu beseitigen, die auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen ist. In der Rosenthaler Straße 13 brannten in einem Keller Schalbeden, Rollen und anderes und in der Schönholzer Straße 18 eine Küche. Ferner hatte die Wehr in der Lebehovstraße 12, Linienstraße 101, Revaler Straße 6, Schleifische Straße 7 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die königliche Regierung zu Potsdam hat sowohl die Charlottenburger wie die Wilmerdorfer Lehrerbeförderungsordnung verworfen, weil die ausgeworfene Ortszulage in ihrer Höhe über die in der Berliner Beförderungsordnung enthaltenen Sätze hinausgeht. Der Wehrbetrag beläuft sich bei Lehrern auf 150 M., bei Lehrerinnen auf 250 M. Nach Ansicht der Regierung findet das Hinausgehen über die Berliner Sätze in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Stadt Wilmerdorf keine Rechtfertigung. Gegen dies neue Stück preussischer Lehrerfreundlichkeit wandte sich eine Interpellation aus den Reihen der Stadtverordneten. Bürgermeister Peters antwortete den Fragestellern, daß der Magistrat sich mit den Behörden von Charlottenburg und Schöneberg in Verbindung gesetzt habe; man will durch gemeinsame Vorstellungen die Regierung milder zu stimmen suchen.

Nachdem an Stelle des aus Wilmerdorf verzogenen Stadtverordneten Dressler der Stadtverordnete Rosenbaum zum Weisiger gewählt worden war, führte eine weitere Anfrage des Inhalts, welche Maßnahmen der Magistrat zur Verbesserung des Rauchgases ergreifen habe, zu einer ausgedehnten Erörterung. Wie die meisten westlichen Vororte, so bezieht auch Wilmerdorf sein Gas von der englischen Gasanstalt. Seit Monaten klagt man nun über die schlechte Qualität des Gases, die darin ihre Ursache haben soll, daß die Gesellschaft aus Sparmaßregeln das Kohlenstoffgas mit Wasserstoffgas vermischt. Im Gegenlag zu den Interpellanten wollte Stadtbaurat Lambert von einer Minderwertigkeit des Gases nichts bemerkt haben. In 27 Fällen habe die Gasgesellschaft auf Beschwerden hin eine Untersuchung veranstaltet, und immer habe sich dann ergeben, daß mechanische Ursachen, wie schlechte Brenner und schlechte Glühstrümpfe dem Uebel zugrunde liegen. Als nun elische Stadtverordnete dem Magistrat bedeuteten, daß es mißlich sei, sich einzig auf die Berichte der interessierten Gasgesellschaft zu verlassen, gab Bürgermeister Peters das Versprechen, daß der Magistrat selber Untersuchungen veranstalten wolle.

Hierauf gab die Stadtverordnetenversammlung zum Anlauf eines in der Mainzer Straße gelegenen Grundstücks ihre Zustimmung. Es kostet 438 450 M., das sind 1185 M. für die Quadratrate, und soll zum Bau eines Reform-Realgymnasiums dienen.

Zum Schluß kam es in der Versammlung zu so etwas wie einer sozialpolitischen Debatte. Sie war allerdings auch danach. Der Magistrat hat voriges Jahr in der Wilhelmstraße 21 eine Fürsorgekette zur Bekämpfung der Tuberkulose eingerichtet, die sich eines weit lebhafteren Zuspruchs rühmen darf, als anfänglich angenommen wurde. Es ist keine Seltenheit, daß die Leiter nur einmal wöchentlich abgehaltenen Sprechstunden von 35 bis 40 Personen besucht werden; die Durchschnittszahl der Besucher ist 22. Wie es immer bei derartigen Einrichtungen geht, wenn sie einigermaßen ihren Zweck erfüllen sollen, mußte von dem anfänglich aufgestellten Grundsatze, daß eine Behandlung der Kranken nicht erfolgen dürfe, abgesehen werden. Es kamen Fälle vor, wo weder die Krankenkassen und die Landesversicherungsanstalt noch sonstige Unterstützungsvereine in Anspruch genommen werden konnten, und daher die Stadt selber eingreifen mußte. So ist es denn kein Wunder, daß die bei der Stadtverwaltung von der Stadt ausgeworfenen 4000 M. nicht reichten und der Magistrat mit dem Antrage kam, ihm weitere 4000 M. zur Verfügung zu stellen.

Nachdem der Arzt Stadtverordneter Dr. Edel die Vorlage kurz beantwortet hatte, folgte die Kritik ein. Die Vorhaltungen klangen nun teilweise nicht in einen Tadel darüber aus, daß der Magistrat sich nicht die Nachbargräde Charlottenburg und Schöneberg zum Muster genommen, wo man immerhin durch Beforgung von Wohnungen und Betten für Tuberkulose einen bescheidenen Anfang mit einer rationellen Bekämpfung der Volkskrankheit gemacht hat. Die ziemlich energische Kritik stützte sich einzig darauf, daß der Magistrat entgegen seiner ursprünglichen Aufgabe überhaupt mit Unterstützungen eingegriffen hat. „Wir können nicht gestatten“, sagte Stadtverordneter Professor Dr. Leibig, „daß der Magistrat sich auf Raketen einläßt, die sich schließlich auf Millionen belaufen können und deren Ende man gar nicht übersehen kann.“ In Fällen wie dem vorliegenden darf nach dem früheren Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller überhaupt keine Zwangsgemeinschaft, sondern nur die verächtliche „freie Liebestätigkeit“ eingreifen, mag diese ihre Unzulänglichkeit auch schon tausendmal bloßgestellt haben. Sehr beachtenswert war noch die weitere Äußerung des Stadtverordneten Dr. Leibig, daß der Magistrat bei der kommissarischen Stadtkonferenz auf Anfrage aus den Reihen der Stadtverordneten ausdrücklich erklärt habe, sich auf „Torheiten“ wie die nun doch notwendigen und im bescheidensten Maße geübte Unterstützung Augenkranker nicht einzulassen werde. Als nun Stadtrat Steinborn mit beinahe verängstigter Stimme erklärte, daß die Stadtverordneten formell ja im Recht seien, daß der Magistrat aber geglaubt habe, um des allgemeinen Besten willen dennoch mit Zug die ihm zur Verfügung gestellten Mittel wie geschickte verwenden zu können, löste ihm ein vielfaches Ohl entgegen. Die vom Magistrat beantragte sofortige Bewilligung der geforderten 4000 M. wurde abgelehnt; vielmehr überließ die Versammlung die Angelegenheit dem Rechnungsausschuß mit dem Bedenken, strenge Prüfung zu halten. Ohne Zweifel

wird dies der sozialistischen Wilmerdorfer Stadtverordnetenversammlung durchaus würdige Sozialpolitik und in der Agitation für die im Herbst erfolgenden Stadtverordneten-Ersatzwahlen vorzuziehliche Dienste leisten. Es bleibt eben dabei, daß Wilmerdorf sich an sozialpolitischer Verantwortungsfreiheit von keinem anderen der größeren Berliner Vororte überbieten läßt.

Charlottenburg.

Auf der Straße erschossen hat sich vorgestern abend gegen 8 Uhr aus dem Karl-August-Platz der 22 Jahre alte Handlungsgehilfe Franz Herer. Der junge Mann hatte sich schon längere Zeit in der Umgebung des Platzes aufgehalten und war den Passanten durch sein unruhiges Wesen aufgefallen. Plötzlich zog er einen Revolver aus der Tasche und jagte, bevor er noch an der Ausführung der Tat gehindert werden konnte, sich eine Kugel in die rechte Schläfe. In bestimmungslosem Zustande wurde der Lebensmüde nach der Unfallstation in der Berliner Straße übergeführt und dann nach dem Krankenhaus Westend gebracht, wo er kurze Zeit nach seiner Einlieferung verstarb. Die Wohnung des Mannes konnte bisher nicht festgestellt werden, ebensowenig ist das Motiv zu dem Selbstmord zu ermitteln gewesen.

Friedenau.

Zu dem Selbstmordversuch des Dienstmädchens bei dem Oberpostinspektor Fränkel, Bismarckstr. 22, erfahren wir, daß die Gründe dazu in der unfreundlichen Behandlung, die dem Mädchen durch die Hausfrau zuteil wurde, gelegen haben. Das Mädchen soll auf dem Krankenbett erklärt haben, daß es täglich harte Worte hören mußte, während es sich nach ein wenig Freundlichkeit sehnte. Sie war fremd in Berlin, arm und hilflos ihrem Schicksal preisgegeben, verzweifelte schließlich und stürzte sich vom Balkon der dritten Etage auf den Hof hinunter, um ihrem Leben ein Ende zu machen. Nicht in hoffnungslosem Zustande, wie zuerst gemeldet wurde, kam sie nach dem Krankenhaus; sie fiel auf einen Baum, und diesem Umstande verdankt sie es, daß sie mit dem Leben davonkommen wird und in 4 bis 6 Wochen das Krankenhaus wahrscheinlich verlassen kann. Bei Frau Fränkel soll der Dienst nicht leicht sein, was schon daraus hervorgeht, daß kein Mädchen dort lange ausfällt. In den letzten 18 Monaten sollen dort 6 oder 7 Mädchen in Stellung gewesen sein. Der schwere Dienst sollte aber kein Grund für ein Mädchen sein, sich das Leben zu nehmen. Da gilt es, Widerstand zu leisten, wenn die gestellten Anforderungen zu groß sind. Wenn ein Mädchen Mitglied des Verbandes der Hausangestellten ist (Bureau Michael-Lirchplatz 1), dann findet es dort Rat, Hilfe und die notwendige Unterstützung gegenüber den Herrschaften. Diesem Verbande sollte sich jedes Dienstmädchen anschließen.

Rigdorf.

Feigen gefast. Am Freitag, den 10. September, abends zwischen 5 1/2 und 6 Uhr wurde der neunjährige Sohn Erich des Genossen Karl Wolff, Mainzer Straße 24, von einer Krastdroschke überfahren. Augenzeugen dieses Vorganges werden gebeten, ihre Adresse an obengenannten abzugeben.

Nichtenberg.

Nicht weniger als 27 Beratungspunkte hatte die Tagesordnung der ersten Stadtverordneten-Versammlung nach den Ferien aufzuweisen. Die in dieser Sitzung vorzunehmende Auflösung des ersten auscheidenden Drittels hatte folgendes Resultat: In der III. Abteilung scheidet aus unsere Genossen Döwll, Kerschler, Köster, Seidel, Stöber; in der II. Abteilung die Stadtverordneten Dr. Buscher, Gorkmann, Schulz, Weigel, Dr. Wolff; in der I. Abteilung: Strömer, Gagenbed, Jungmann, Girsa, Köpp. — Von unseren Genossen wurde die schlechte Ventilation des Sitzungssaales bemängelt und Abhilfe verlangt. Der Sachverständige für Terrainspezulation Stadtverordneter Wolff glaubte unsere Redner mit einigen Worten abtun zu können. Bei einem der nächsten Punkte der Tagesordnung verbreitete sich dieser Herr zum Entsetzen und unter Schlußrufen seiner Freunde 1/4 Stunden lang über alles Mögliche, allerdings, um möglichst von der Sache selbst, den Konflikt mit dem Magistrat, abzulenken. Zwei Beratungsgegenstände boten der bürgerlichen Mehrheit Gelegenheit, nachdrücklich die Rechte der Stadtverordnetenversammlung gegenüber dem Magistrat zu wahren. Am 25. Mai hatten die Stadtverordneten beschlossen, für Nichtenberg ebenfalls wie in anderen Städten Bezirksvorsteher einzuführen. Auf Antrag unserer Genossen war diesem Beschluß das Verlangen beigelegt, daß der Magistrat die ausgearbeitete Instruktion der Bezirksvorsteher der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten habe. Der Magistrat weigerte sich, diesen Beschluß auszuführen und fügte in seiner Begründung, daß die Stadtverordnetenversammlung kein Recht habe, über die Instruktion zu beschließen oder auch nur mitzubeschließen, folgende Stelle an: „Neben sein Entgegenkommen vermag der Magistrat nicht zu gehen, besonders nachdem in öffentlicher Stadtverordneten-Versammlung seitens verschiedener Stadtverordneter Ansprüche auf Mitwirkung beim Erlass von Instruktionen geltend gemacht worden sind.“ Der zu diesem Punkt ernannte Berichterstatter, Stadtr. Rott, machte sich denn auch weiter kein Kopferbrechen, der Begründung des Magistrats Gegenstände gegenüberzustellen, sondern beschränkte sich nach Verlesen einiger Stellen des Magistratsantrages auf Aufhebung des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung diesem der Versammlung zu empfehlen. Demgemäß wurde auch, nachdem einer unserer Genossen dazu gesprochen, ohne weitere Debatte beschlossen. Ganz so leicht wurde den Herren der Unfall, die Vorwahl des leitenden Arztes für das neu zu erbauende Krankenhaus, der Krankenhausbaukommission zu übertragen, nicht gemacht. Genosse Spiermann als Berichterstatter konnte nach Darlegung unseres prinzipiellen Standpunktes über die Wahrnehmung der Selbstverwaltung überhaupt an der Hand der verschiedensten Kommentatoren der Stadtverordnetenversammlung, die auch der Magistrat herangezogen hatte, die Haltlosigkeit der magistratischen Begründung seines Standpunktes nachweisen. Mit Ausnahme des Stadtverordneten Wolff, der in längeren unklaren Redewendungen die Weigerung des Magistrats, den Beschluß der Versammlung auszuführen, lebhaft begrüßte, stimmten sämtliche weiteren Redner der Bürgerlichen diesen Darlegungen zu. Der Magistrat mußte sich im Verlauf der Debatte verschiedentlich recht scharfe Worte über sein krasstes Vorgehen in dieser Frage sagen lassen. Insbesondere wurde protestiert gegen die scharfe, herausfordernde Art, in der diese Magistratsleistung begründet war, wogegen sich Bürgermeister Nießen glaubte verwehren zu müssen.

Nach unterhaltssündiger Debatte, in der der Magistrat wiederholt, aber ohne Erfolg ersucht wurde, doch ein ganz klein wenig nachzugeben, um der bürgerlichen Majorität den Unfall nicht allzu schwer zu machen, wurde ein Antrag Schachtel in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 19 Stimmen angenommen, der den Beschluß vom 25. Mai, den leitenden Arzt anzustellen, aufhebt. Zur Befreiung der durch Heranziehung von Gutachtern notwendigen Ausgaben wurde für die Zeit von 4—5 Jahren, die nach Ansicht der Herren noch vergehen werden, ehe das Krankenhaus erbaut sein wird, ein Pauschale von 1200 M. pro Jahr bewilligt. Damit haben beide Körperschaften ihre Blamaze. Der Magistrat muß die bereits vollzogene Ausdehnung der Stelle des leitenden Arztes rückgängig machen und mag zusehen, wie er sich mit der Deffenlichkeit abfindet, und die Stadtverordnetenversammlung hat den Konflikt mit dem Magistrat, bei dem ja doch nur die Sozialdemokratie Gewinn haben konnte, aus dem Wege geräumt.

Johannisthal.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung vollzog zunächst die Neuwahl der Voreinschätzungskommission. Dieselbe besteht aus den Herren Heßlein, v. Krüger, Margahn, Scherffing und Genossen Göbin. Die Bewilligung der Jahresabrechnung für 1907 hat gezeitigt, mit welcher Oberflächlichkeit die Voranschläge aufgestellt werden. Die Abrechnung schließt mit einem Defizit von 22 849 Mark.

Eine von unseren Genossen beantragte Nachprüfungskommission wurde abgelehnt und somit auch die Abrechnung gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Eine lebhafte Debatte rief die Bewilligung der Fenstervorhänge in der Schulaula hervor, die ausschließlich nur kirchlichen Zwecken dient. Der einzig vernünftige Gedanke unserer Genossen, die Ausgaben zur Renovierung der Schulaula der Kirchengemeinde zu überlassen, fand keine Gegenliebe bei den Bürgerlichen. Die gemeinschaftliche Errichtung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts kommt für Johannisthal nicht mehr in Frage, da durch die Kostenteilung sich Johannisthal gegenüber von Ober- und Niederschöneweide überbietet fühlte. Der Arbeiterchaft Johannisthal erspäht hierdurch kein besonderer Nachteil, da sie fast gänzlich außerhalb des Ortes beschäftigt ist. Das beispiellose Verhalten der Flugplatzgesellschaft, die die Herstellung ihres Terrains durch Soldaten vornehmen läßt, veranlaßt unsere Genossen, folgenden Antrag zu stellen: Der Gemeindevorstand wird beauftragt, Schritte zu unternehmen, damit die Arbeiten anstatt durch das Militär von Beschäftigten der Arbeiterchaft ausgeführt werden. Wenn auch die Berücksichtigung des Antrages von den bürgerlichen Vertretern zugegeben wurde, waren diese doch zu feige, dem Antrage zuzustimmen, weil man glaubte, die Interessen Johannisthals und damit die eigenen zu verletzen. Der vorgelegte Vertragentwurf mit dem Schulrat, der unwillkürliche Veränderungen gegen den vorigen aufweist, wurde einstimmig angenommen.

Treptow.

Eine verhängnisvolle Baukatastrophe hat sich in der gestrigen Nacht in der Gerichtstraße ereignet. Auf einem Neubau stürzten vier Arbeiter, die Nachdienst hatten, in die Tiefe und zogen sich Verletzungen zu. Die Leute hatten sich auf einer provisorisch hergestellten Treppe aufgehalten. Sie waren gerade dabei, Baumaterialien nach den oberen Stockwerken zu schaffen, als ein Verschallungsbohrer brach. Die vier Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen. Während es dreien der Verunglückten gelang, sich an Seitenspielfenstern festzuhalten, stürzte der vierte, der 33 Jahre alte Friedrich Wonn, Bergstr. 155 in Rigdorf wohnhaft, mit solcher Gewalt nach den unteren Stockwerken, daß er in bestimmungslosem Zustande vom Platz getragen werden mußte. Er hatte sich einen schweren Schädelbruch, einen Rippenbruch und innere Verletzungen zugezogen. In fast hoffnungslosem Zustande wurde er nach dem Krankenhaus gebracht. Die anderen drei verunglückten Arbeiter waren mit äußeren Verletzungen davongekommen.

Ober-Schöneweide.

In der am Dienstag aberaunten Gemeindevertreterversammlung erfolgte die Einführung des neugewählten Gemeindevorsteher Berthold durch den Landrat des Kreises Graf Nöbden. An hochtönenden Ausführungen und gegenseitigen Versicherungen hat es in den dabei gehaltenen Reden nicht gefehlt; möge die Zukunft die Befähigung bringen.

Königs-Wusterhausen.

Ein Kanalisations- und Wasserleitungsprojekt beschäftigt schon geraume Zeit die hiesige Gemeindevertretung. Es wurde ein Darlehen in Höhe von 600 000 M. aufgenommen, welches ratenweise abbezahlt werden kann. Die erste Rate (75 000 M.) wurde fällig, bevor das Projekt zur Ausführung gegeben war. Um nun das Geld nicht tot liegen zu lassen, mußte mit der Kanalisation begonnen werden. Wie steht nun die Kanalisation selbst aus? Diese wird in den Straßenzügen zuerst ausgeführt, welche erst teilweise vom Kreise übernommen werden. Ein Teil der anliegenden Straßen, auch da, wo die Gemeinde direkt interessiert ist, wie im Gebiete der Gemeinde-Gasanstalt, wird nicht kanalisiert oder aber man ist sich noch im Zweifel darüber. Sind die bürgerlichen Gemeindevorsteher genügend informiert worden oder liegt hier ein Mißverständnis vor? Es wundert uns jedoch, daß man nur ein gutes Drittel der Ortshäuser kanalisieren will; wir fürchten, daß die Gemeindevorsteher glaubten, für den Preis von circa 125 000 M. den ganzen Ort kanalisieren zu bekommen. Aus diesem Vorgang ergibt sich für die hiesige Arbeiterchaft aufs neue, daß sie mit aller Kraft dahin streben muß, Vertreter ihrer Klasse ins Ortsparlament zu entsenden.

Vermischtes.

Die oft miserable Personbeförderung auf unseren Eisenbahnen wird wieder einmal durch folgende uns übermittelte Zuschrift eines Fahrgastes beleuchtet:

„Als am Sonntagabend 9 Uhr 1 Minute in die Bahnhofshalle zu Straußberg der Zug Richtung Dirschau einfuhr, bemerkten wir, daß 40 bis 50 Männer und Frauen anscheinend polnischer Nationalität mit Kisten und Korbchen beladen den Zug besteigen wollten. Die Leute befanden sich am hintersten Teil des Zuges und wollten nun in die beiden letzten Waggons einsteigen; die Waggons waren jedoch verschlossen. Es wurde den Leuten zugerufen, vorn einzusteigen. Da die vorderen Wagen jedoch dicht gedrängt voll waren, begannen sich die Leute wieder nach hinten. Durch den Ruf des diensttuenden Assistenten: „Steigen Sie ein oder wir fahren ab“, wurden die vor dem Zug Stehenden vollständig irre gemacht. Nun riefen einige Leute vom Publikum, der Schaffner möge doch die Waggons öffnen; endlich, nachdem der Herr Stationsvorsteher erschienen, öffnete der Schaffner die Türen, die verschlossen waren. Alles schob nun seine Koffer hinein, so gut und schnell es ging. Der Assistent schimpfte indessen über die „polnische Nation“, daß sie so langsam machten. Zwei junge Leute, welche Bahnsteigkarten hatten, halfen wohl ihren Landleuten die Koffer in die Kupes befördern. Einer derselben stand noch auf dem Treppchen, als plötzlich der Assistent herankam und den jungen Mann in das Kupée drängen wollte. Als der Hilfsbereite sagte, er bleibe hier, packte der Herr den jungen Mann am Arm und schob ihn in das Bureau des Bahnvorstehers, ging zurück und gab das Zeichen zum Abfahren. Dieser Vorgang rief eine Erregung und gleichzeitig eine Keugierde unter dem zurückbleibenden Publikum, welches nach Berlin wollte, hervor. Schreiber dieser Zeilen drängte sich nach vorn, um zu sehen, was mit dem armen Polen geschehen soll. Die Tür stand offen. Als der Herr Assistent erschien, sagte er zu dem armen Teufel: „Sie kommen mir nicht eher hier weg, als bis Sie 6 M. bezahlt haben.“ Hierauf wandte sich der Beamte wieder um und ging hinaus. Das Publikum war über diesen Vorgang teilweise erzert, so daß Stimmen laut wurden, die dem jungen Manne zuriefen, er solle nicht bezahlen, es sei Freiheitsberaubung. Der arme Teufel hatte es vielleicht anders verstanden, denn er zog sein altes Portemonnaie hervor und legte ein fünf- und ein Einmarkstück unter Tränen auf den Tisch. Mehrere Herren und ich gingen nun dem Assistenten nach und fragten ihn, aus welchem Grunde der Mann 6 M. bezahlen müsse. Uns wurde die Antwort, daß uns das nichts angehe, ich frag den Beamten, wer ihm den Auftrag gegeben habe, so mit dem reisenden Publikum zu verfahren. Auch hierauf gab der Beamte eine abweisende Antwort. Es folgte nun, da der Zug einfuhr, vom Publikum eine Flut von Schmähsreden, die der Herr lächelnd hinnahm.“

Es wäre dringend erwünscht, wenn die Eisenbahnverwaltung diesen Vorgang eingehend untersucht.

Trifft das, was der Schreiber des Vorstehenden mit aller Bestimmtheit versichert, in allen Teilen zu, so müßte dem Herrn von seiner vorgesetzten Behörde ganz unabweislich klargemacht werden, daß er sich im Umgang mit dem reisenden Publikum eines angemessenen Verhaltens befleißigen muß; selbst wenn es sich wie hier um Reisende polnischer Nationalität handelt.

In den Flammen umgekommen. Nach einer Meldung aus Jbenkoping ist gestern früh bei dem Brande eines zweistöckigen Holzhauses in Oristadt ein Ehepaar mit vier Kindern in den Flammen umgekommen.